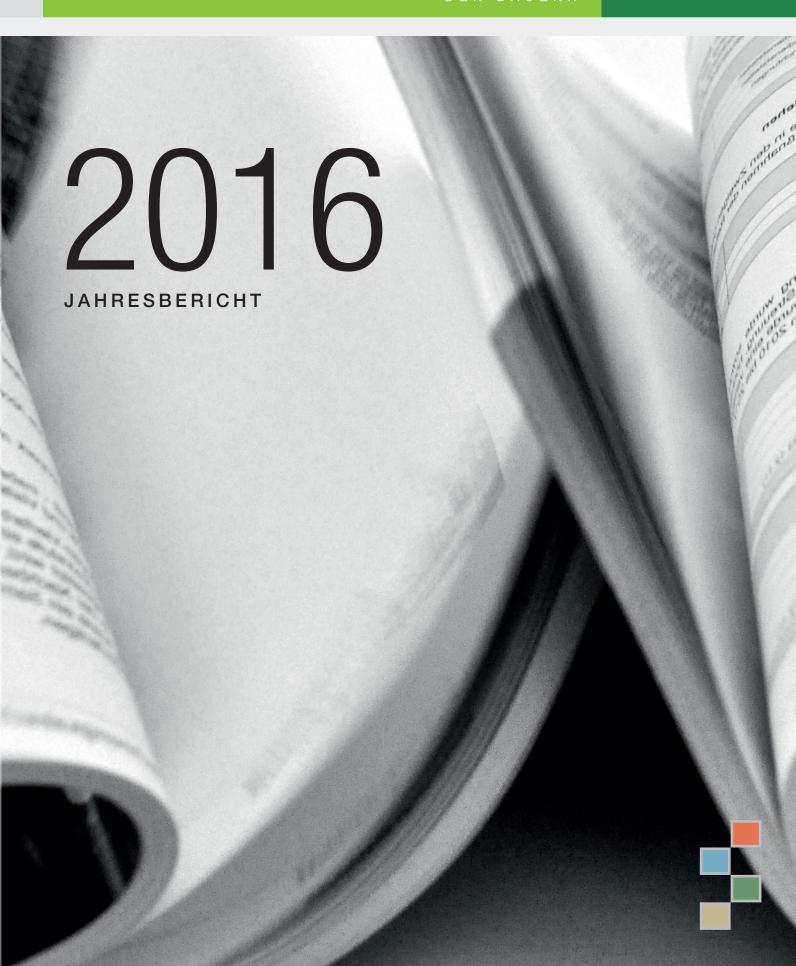
jahresbericht



SOZIALVERSICHERUNGSANSTALT DER BAUERN



		Seite
	Vorwort – Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier Vorwort – Generaldirektor Mag. Franz Ledermüller	. 1
Teil 1	Aktuelles Schwerpunkte Gesetzliche Änderungen	. 7
Teil 2	Rechnungsabschluss Gesamtsicht Krankenversicherung. Unfallversicherung Pensionsversicherung Bundespflegegeld. Schlussbilanz Beteiligungen.	. 17 . 23 . 43 . 57 . 71
Teil 3	Statistiken Krankenversicherung. Unfallversicherung Pensionsversicherung Bundespflegegeld.	. 103 . 117 . 127
Teil 4	Selbstverwaltung Generalversammlung Vorstand Kontrollversammlung Beirat	. 143 . 153 . 167
	Anhang	



Wenn im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich – soweit dies inhaltlich in Betracht kommt – auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Robert Fischer, OE Finanzwesen, DW 1001 Dir.Rat Dr. Georg Schwarz, OE Allgemeine Verwaltung, DW 2201

Medieninhaber und Verleger: Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Herausgeber: GD Mag. Franz Ledermüller

Alle in 1030 Wien, Ghegastraße 1, Telefon 01 797 06, E-Mail: info@svb.at, AV-104, DVR: 0024147, Internet: www.svb.at

Hersteller: Eigendruck – SVD Büromanagement GmbH, Wien.

Fotos: Getz (Seite 1, 3, 145, 169, 173), SVB (155), Heinzel Outline Picture (Seite 92 oben), Wilke (Seite 92 unten), Robert Illemann (Seite 93 oben), Wolkersdorfer (Seite 93 unten), Hannes Loske (Seite 94).

Die SVB – ein stabiles Element der sozialen Sicherheit für bäuerliche Familien

Mit dem Jahr 2016 begann eine neue Funktionsperiode der Verwaltungsgremien der SVB. Im Sinne der Selbstverwaltung wurden von der Interessenvertretung Bäuerinnen und Bauern in die Entscheidungsgremien der SVB entsandt neben erfahrenen Versichertenvertretern wurden viele. insbesondere Berufskolleginnen und -kollegen, neu mit der Funktion betraut, sich mit Fragen der sozialen Absicherung in Bezug auf deren Treffsicherheit und hinsichtlich Möglichkeiten, aber auch Neuentwicklungen auseinanderzusetzen.

Ein Danke an alle VersichertenvertreterInnen für ihre Bereitschaft, in der SVB mitzuarbeiten. Auch wenn es ob der Rahmenbedingungen – seien



es aktuelle Entwicklungen in der Landwirtschaft oder im Gesundheitssektor – nicht immer einfach ist, die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung zu argumentieren und durchzusetzen, so lohnt sich jedes Engagement, die heute umfassende soziale Absicherung für den bäuerlichen Berufsstand zukunftstauglich zu gestalten. Denn die soziale Sicherheit und ein verlässliches Sozialversicherungssystem sind nicht nur wesentliche Elemente für das Wohlergehen jedes Einzelnen, sondern auch Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe. Auf den Wert der bäuerlichen Sozialversicherung mit ihrer berufsspezifischen und alle drei Versicherungssparten umfassenden Ausrichtung hinzuweisen und diese behutsam weiterzuentwickeln, ist auch mein Ziel als wiedergewählte Obfrau der SVB. Dies auch bzw. gerade dann, wenn die politischen oder wirtschaftlichen Bedingungen schwierig sind. Ich bedanke mich bei allen VersichertenvertreterInnen für das in mich gesetzte Vertrauen und zähle auf tatkräftige Unterstützung auch in Zukunft.

Herausforderungen galt es 2016 einige zu meistern. Für unsere landwirtschaftlichen Betriebe war dieses Jahr ein sehr sorgenvolles. Einerseits kam es durch Wetterkapriolen zu massiven Ernteausfällen, andererseits hatte die Landwirtschaft, nicht zuletzt durch den Verlust von Exportmärkten, das dritte Jahr in Folge mit sehr niedrigen Produktpreisen zu kämpfen. Die Last der Sozialversicherungsbeiträge war daher für viele Betriebe nur schwer zu stemmen. Die politisch errungene und von der SVB finanzierte teilweise Beitragserstattung für das vierte Quartal 2016 sollte hier den Druck für die Betriebe ein wenig abfedern. Diese Maßnahme wurde jedoch in den politischen Verhandlungen mit der dauerhaften Wegnahme der Tabaksteuermittel aus der bäuerlichen Krankenversicherung schwer erkauft. Eine Kompensation dieses finanziellen Minus in der Krankenversicherung über Bundesmittel ist in Anbetracht der strukturellen Entwicklungen künftig daher unumgänglich.

Intensiv beschäftigt hat uns in diesem Jahr – sowohl uns Bäuerinnen und Bauern als auch die SVB – die Umsetzung der Einheitswert-Hauptfeststellung 2014 im Bereich der Sozialversicherung zum 1.1.2017. Da allerdings bis Ende des Jahres 2016 nur ein Teil der Hauptfeststellungsbescheide von den Finanzämtern an die Bauern ausgesandt war und die SVB – mit Ausnahme von einigen Musterdatensätzen – über keinerlei Echtdaten aus den neuen Einheitswertbescheiden verfügte, konnten die Vorbereitungsarbeiten für die beitragsrechtliche Berücksichtigung der neuen Einheitswerte nicht abgeschlossen werden. Diese Situation stellte und stellt auch aktuell eine Herausforderung für betriebliche Dispositionen sowie die Beratung dar, da seitens der SVB keine Auskünfte über die Auswirkungen der neuen Einheitswerte auf die Beitragshöhe gegeben werden können. Mit einem auf der SVB-Homepage angebotenen Beitragsrechner konnte Abhilfe geschaffen werden. Damit ist es für die Versicherten möglich, selbst Beitragsveränderungen zu errechnen. Begleitend wurde seitens der SVB über diverse Medien umfassend zu den Übergangsbestimmungen und Auswirkungen auf allenfalls bestehende Pensionsansprüche etc. informiert. Individuelle Beratung erhalten betroffene Bäuerinnen

und Bauern in den Regionalbüros und an den Sprechtagen, einem bewährten und von den Versicherten geschätzten Service-Angebot.

Im Spannungsfeld zwischen sparsamer Verwaltungsführung und serviceorientierter Einrichtung hat die SVB ihren bereits seit Jahren eingeschlagenen Weg auch 2016 erfolgreich fortgesetzt: Wo es ökonomisch sinnvoll ist, werden Aufgaben zusammengefasst und von einer Stelle aus wahrgenommen, wie etwa im Bereich Backoffice durch die SVD-GmbH oder durch Kompetenzzentren an einem Bürostandort. Im Gegensatz dazu soll der Zugang zu Information und Beratung für alle Versicherten in ganz Österreich möglichst einfach sein. Da das Bürogebäude des Regionalbüros Burgenland in Eisenstadt sanierungsbedürftig geworden ist, hat die SVB die Kooperation mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse gesucht und sich in deren neu errichtetem Bürogebäude eingemietet. Damit können einerseits Räumlichkeiten und Betriebsmittel gemeinsam effizient genutzt werden und andererseits die SVB ihrem Anspruch von Kundennähe gerecht werden. Die Eröffnung der neuen Büroräumlichkeiten erfolgte im September 2016.

Auch im Bereich der Leistungen wurden Verbesserungen und Anpassungen evaluiert und – soweit dies im eigenen Ermessen der SVB liegt – auch umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht, wie etwa eine Erhöhung des Kostenzuschusses für Psychotherapie oder eine Gleichstellung bäuerlicher Ausgleichszulagenbezieher mit jenen anderer Berufsgruppen bei der Rezeptgebührenbefreiung. Handlungsbedarf gab es auch bei CT-/MRT-Untersuchungen aufgrund der langen Wartezeiten bei den Röntgeninstituten. Hier wurden von der SVB mit den Institutsvertretern erfolgreich Verhandlungen geführt, um Bäuerinnen und Bauern einen raschen Zugang zu notwendigen Untersuchungen zu gewährleisten.

Ebenso wurden für Bäuerinnen und Bauern die wichtigen wie ebenso beliebten Gesundheitsaktionen weitergeführt – ein bewusstes Hinsehen auf die Entwicklungen der bäuerlichen Lebenswelt führt zu einer ständigen Weiterentwicklung dieser Aktionen und zu neuen Schwerpunktsetzungen. Diese berufsspezifischen Angebote sind eine wichtige Säule der Prävention, um Bäuerinnen und Bauern trotz oftmals schwerer körperlicher oder belastender Arbeit so lange als möglich aktiv und gesund halten zu können.

Für unsere Versicherten auch künftig die notwendigen Leistungen anzubieten, Verbesserungen durchzusetzen und das hohe Niveau der sozialen Absicherung der Bäuerinnen und Bauern zu leistbaren Konditionen zu gewährleisten, daran gilt es mit vereinten Kräften zu arbeiten. Die SVB soll auch für künftige Generationen und ganz besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein stabiles Element der sozialen Sicherheit für die bäuerlichen Familien bleiben.

Mit den besten Grüßen

Ihre

Vizepräsidentin ÖKR Theresia Meier Obfrau

Finanzierung langfristig sicherstellen

2016 war für die Land- und Forstwirtschaft in vielerlei Hinsicht ein schwieriges Jahr. Starke Spätfröste und Hagelunwetter schädigten Wein, Obst und Sonderkulturen in einem Ausmaß, dass es in manchen Regionen überhaupt keine Ernte gab. Die Preise für die wichtigsten agrarischen Güter wie Milch, Getreide, Schweinefleisch waren das dritte Jahr hintereinander im Keller. Es war daher verständlich, dass die Agrarpolitik rasche Hilfe für die österreichischen Bauern forderte. Wenig überraschend kamen dabei auch die Rücklagen der bäuerlichen Krankenversicherung in das Blickfeld der Finanz- und Agrarpolitik. Grundsätzlich war die SVB von Anfang an bereit, den bäuerlichen Betrieben mit einem Teil der Rücklagen aus der Krankenversicherung in ihrer bedrängten wirtschaftlichen Situation zu helfen. Konkret ging es



um das Aussetzen des Quartalsbeitrages für das 4. Quartal 2016. Dies hätte Kosten von rund 170 Mio. Euro verursacht, hätte jedoch die mittel- und langfristige Finanzierung der Krankenversicherung nicht gefährdet. Allerdings haben wir von Anfang an klargestellt, dass darüber hinausgehende Maßnahmen, wie die Absenkung des Hebesatzes in der Krankenversicherung der Pensionisten oder die Wegnahme der GSBG-Mittel auf keinen Fall akzeptiert werden können. Genau das passierte aber im Ministerrat im November 2016. Um eine Teilentlastung bei den Beiträgen für das 4. Quartal im Ausmaß von 90 Mio. Euro für die Bauern zustande zu bringen, wurde im Gegenzug der Forderung des Koalitionspartners nach dauerhafter Streichung der GSBG-Mittel im Ausmaß von 31 Mio. Euro pro Jahr stattgegeben. Alle Versuche von unserer Seite, im Parlament noch eine Änderung zu bewirken, blieben erfolglos. Unser Anteil von 26 Prozent an den GSBG-Mitteln wurde zur Gänze dem Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen zugeschlagen. Im Ergebnis bedeutet das, dass der strukturschwächste Träger in der österreichischen Krankenversicherung aus politischen Gründen keine Strukturmittel bekommt. Für die Krankenversicherung der SVB bedeutet dies, dass mittelfristig die Krankenversicherung genauso wie die Unfallversicherung negative Ergebnisse schreiben wird. Für einige Jahre sind noch Rücklagen vorhanden, um diese negativen Ergebnisse auszugleichen. Trotzdem müssen wir uns bereits nach den Nationalratswahlen im Oktober 2017 bemühen, nicht nur die GSBG-Mittel, die uns sachlich zustehen, wiederzuerlangen, sondern auch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen zur Finanzierung der bäuerlichen Kranken- und Unfallversicherung umzusetzen.

Das Jahr 2016 war auch geprägt von teilweise heftigen Diskussionen um die Auswirkung der Hauptfeststellung der Einheitswerte. Aus bäuerlicher Sicht wurde immer wieder argumentiert, dass gerade zu einem Zeitpunkt, wo es den Bauern wirtschaftlich schlecht geht, durch die Anpassung der Einheitswerte eine neue, zusätzliche Belastung auf die Betriebe zukommt. In Teilen der bäuerlichen Interessenvertretung wurden Diskussionen in Gang gesetzt, die die Grundlagen des Beitragsrechtes des BSVG in Frage stellen. Es ist ein wichtiger politischer Erfolg für die bäuerliche Interessenvertretung gewesen, dass es gelungen ist, die Hauptfeststellung der Einheitswerte zur Absicherung des pauschalen Systems durchzusetzen. Das pauschale System baut auf mittleren Ertragswerten in einer mehrjährigen Betrachtung auf. Der letzte Betrachtungszeitraum, also der Zeitraum seit der letzten Hauptfeststellung, hat 30 Jahre betragen, der gesetzlich vorgesehene Zeitraum für die nun geltende Hauptfeststellung beträgt 10 Jahre. So verständlich es ist, dass viele Bauern angesichts dreier aufeinanderfolgender schwieriger wirtschaftlicher Jahre die Einheitswerte in Frage stellen, so muss man doch darauf verweisen, dass in der langfristigen Betrachtung die aus den Einheitswerten abgeleiteten Versicherungswerte den tatsächlichen Einkommensentwicklungen der Betriebe im Großen und Ganzen entsprechen. Die Einkommensergebnisse des Grünen Berichtes im Vergleich zu den Versicherungswerten zeigen dies. Gott sei Dank hat es 2017 eine Trendwende bei den landwirtschaftlichen Produktpreisen gegeben und wenn dieser Trend auch in den kommenden Jahren anhält, dann wird auch für die Bewertungsperiode von 2014-2024 der durchschnittliche Ertragswert,

der sich im Einheitswert spiegelt, wieder zu einer Übereinstimmung von Einkommen und Versicherungswerten führen. Unsere Rechnungen haben ergeben, dass die Zusatzbelastung aus der Hauptfeststellung für alle Betriebe in einer Größenordnung von 30-31 Mio. Euro pro Jahr liegen wird. Im Rahmen der Steuerreform 2015 haben wir 15 Mio. Euro jährlich für jene Betriebe verhandelt, die eine Steigerung ihres Einheitswertes um mehr als 10 Prozent haben. Die Gutschrift für die betroffenen Betriebe wird automatisch erstmals für die Beitragsvorschreibung 4. Quartal 2018 erfolgen. Die technische Durchführung der Hauptfeststellung in der SVB gestaltet sich überaus schwierig. Eigentlich hätten wir ab Mitte 2015 vom Finanzministerium die neuen Einheitswertbescheide bekommen müssen. Tatsächlich haben wir erst im April 2017 eine erste umfangreiche Lieferung der neuen Bescheide bekommen. Wir können daher bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen für Einzelbetriebe über die Auswirkungen der Hauptfeststellung machen. Erst mit der Vorschreibung für das erste Quartal 2018 im April 2018 werden wir einen größeren Teil der neuen Einheitswertbescheide in der Vorschreibung berücksichtigen können. Wir gehen davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt dann auch tatsächlich der allergrößte Teil der Hauptfeststellungsbescheide bei uns eingelangt sein wird. Aufgrund der technischen Verzögerungen im Bereich der Finanz bemühen wir uns derzeit darum, die sozialversicherungsrechtliche Wirksamkeit vom 1.1.2017 auf den 1.1.2018 zu verschieben. Dies wird allerdings erst nach den Nationalratswahlen 2017 im neu gewählten Nationalrat politisch verhandelbar sein.

Auf der Leistungsseite ist für das Jahr 2016 auf drei wesentliche Verbesserungen zu verweisen: Im Jahr 2016 wurde die Sachleistung für Kinder und Jugendliche bei schweren Zahn- und Kieferfehlstellungen umgesetzt. Die Kosten dafür werden jetzt zu 100 Prozent von der SVB übernommen. Bei geringeren Zahnfehlstellungen, die nicht in die Sachleistung fallen, gibt es weiterhin Kostenzuschüsse. Im Dezember 2016 haben wir auch die Gleichstellung der bäuerlichen Versicherten bei der Rezeptgebührenbefreiung in der entsprechenden Richtlinie des Hauptverbandes durchgesetzt. Auch für unsere Versicherten gilt als Einkommensgrenze jetzt, so wie für alle anderen, der Ausgleichzulagenrichtsatz. Dadurch steigt der Personenkreis der rezeptgebührenbefreiten Personen und es ergibt sich für diese Gruppe eine Entlastung von jährlich 5 Mio. Euro. Weiters hat der Nationalrat einen eigenen Ausgleichszulagenrichtsatz von 1.000 Euro bei 30 Beitragsjahren beschlossen. Für rund 6.000 bäuerliche Pensionisten ergibt das eine Mehrleistung von jährlich 8 Mio. Euro.

Trotz der eben dargestellten politischen Turbulenzen haben wir auch das Jahr 2016 in der Krankenversicherung zum 15. Mal hintereinander mit einem positiven Bilanzergebnis abgeschlossen. Wir sind der einzige Träger, dem dies in diesem Zeitraum gelungen ist. Möglich war dies nur aufgrund der Maßnahmen, die wir zur langfristigen Finanzierung der Krankenversicherung im Jahr 2004 ergriffen haben. Die Versicherten, die Versichertenvertreter und das Büro haben ihre Verantwortung für eine solide Finanzierung der bäuerlichen Krankenversicherung wahrgenommen. Die Rücklagen, die wir erwirtschaftet haben, beruhen darauf. Wir lehnen daher jeglichen Eingriff seitens des Hauptverbandes oder der Politik in diesem Bereich ab.

Ich bedanke mich bei allen VersichertenvertreterInnen und bei den MitarbeiterInnen des Büros dafür, dass wir mit großem Einsatz auch unter widrigen Umständen das Jahr 2016 positiv bewältigt haben.

Mit besten Grüßen

Mag. Franz Ledermüller Generaldirektor



Schwerpunkte

Neukonstituierung der Verwaltungskörper der SVB

Mit 1. Jänner 2016 begann die 9. Funktionsperiode für die Verwaltungskörper der SVB. Damit wurden die VersichertenverterInnen in die Verwaltungsgremien des Unternehmens, wie Vorstand, Generalversammlung und Kontrollversammlung, neu entsandt. Auftakt bei den konstituierenden Sitzungen machten am 26. Jänner der Vorstand und die Kontrollversammlung:

Vom Vorstand wurde Vizepräs. ÖKR Theresia Meier als Obfrau einstimmig wiedergewählt, als 1. Stellvertreter der Obfrau wurde KR ÖKR Klaus Schwarz und als 2. Stellvertreter wurde BBKO ÖKR Ludwig Schurm bestätigt.

Die Mitglieder der Kontrollversammlung bestätigten Vizepräs. LKR Maria Pein als Vorsitzende sowie Dr. Peter Kaluza als deren Stellvertreter.

In weiterer Folge konstituierten sich in den Monaten Februar und März die regionalen Leistungsausschüsse in den einzelnen Bundesländern, bei denen auch Persönlichkeiten aus Interessenvertretung und Agrarpolitik vor Ort waren. Die Angelobungen der neu entsendeten Mitglieder wurden von Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier und die der neu gewählten Vorsitzenden wurden von den Vertretern der Aufsichtsbehörde durchgeführt.

Der Abschluss erfolgte mit der Sitzung der Generalversammlung am 13. April, bei welcher die Mitglieder des Beirates für die aktuelle Funktionsperiode eingesetzt wurden.

Die aktuelle Entsendung (Stand 1. Oktober 2017) finden Sie ab Seite 141.

CT-/MRT-Untersuchungen: Wartezeiten, Deckelung, Gesamtvertrag

Aufgrund der untragbaren Situation betreffend die langen Wartezeiten für Versicherte bei CTund MRT-Untersuchungen hat die SVB mit der Wirtschaftskammer Österreich entsprechende
Gesamtverträge abgeschlossen, auf deren Basis mit den einzelnen Institutsbetreibern Verträge
in ganz Österreich abgeschlossen wurden. Die Gesamtverträge legen fest, dass alle erforderlichen und bewilligten CT- und MRT-Untersuchungen für bäuerliche Versicherte auf Kosten der
SVB durchzuführen sind und sie regeln die Honoraransprüche der Institutsbetreiber. Die SVB
hat für einzelne Institute die jeweilige Deckelung (und damit auch den Landesdeckel) angehoben, um damit die Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen zu können. Somit wurden für
jedes Bundesland Ausgabenobergrenzen festgelegt, welche allerdings die Anzahl der durchzuführenden Untersuchungen nicht einschränken. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer war
die SVB bemüht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass für die Versicherten alle medizinisch erforderlichen Leistungen als Sachleistung angeboten werden und die Wartezeiten
nicht zu lange werden.

Gemeinsame Büroraumnutzung SVB und BGKK

Seit September 2016 hat das Regionalbüro Burgenland einen neuen Standort in der Siegfried-Marcus-Straße 5. Rund 45 Jahre diente das alte Bürogebäude im Krautgartenweg 4 als Anlaufstelle für bäuerliche Versicherte. Doch bei dem im Jahr 1971 erbauten Gebäude wäre eine notwendige Sanierung wirtschaftlich nicht mehr rentabel gewesen. Aus diesem Grund mietete sich das Regionalbüro Burgenland in dem Neubau der Burgenländischen Gebietskrankenkasse ein, um Synergieeffekte mit der neuen Bürogemeinschaft zu nutzen und somit Verwaltungskosten einsparen zu können. Die räumliche Zusammenlegung der SVB mit der BGKK bringt viele Vorteile sowohl für die jeweilige Versichertengemeinschaft als auch für die beiden Sozialversicherungsträger mit sich. Wesentliche Verbesserungen für Versicherte sind beispielsweise

der zentrale Parteienverkehr, als auch die 100-prozentige Barrierefreiheit des neuen Gebäudes. Für die beiden Träger ergeben sich durch die gemeinsam genutzten Bereiche sowie durch technische und energetische Verbesserungen Kosteneinsparungen.

Zahlungserleichterung bei Frost- und Schneedruckschäden

Aufgrund von Frost- und Schneedruckschäden in weiten Teilen Österreichs waren viele landund forstwirtschaftliche Betriebe von Ernteeinbußen betroffen. Für Bäuerinnen und Bauern, denen es folglich nicht möglich war, ihre Sozialversicherungsbeiträge rechtzeitig zu entrichten, gewährte die SVB eine Zahlungserleichterung in Form von zinsenfreien Ratenzahlungen und Stundungen.

Zuschussaktion zum Kauf von Persönlicher Schutzausrüstung

Im Jahr 2016 unterstützte die SVB Bäuerinnen und Bauern, die aufgrund von Schneebruch im 1. Halbjahr und Sturmschäden im 2. Halbjahr von Waldschäden betroffen waren, in Form eines Zuschusses bei Ankauf von Persönlicher Schutzausrüstung, um die Verletzungsgefahr bei der Schadholzaufarbeitung zu minimieren. Nach Beratung und Beschlussfassung im Vorstand leistete die SVB einen Kostenzuschuss von 60 Euro bei Ankauf einer Waldarbeiterschutzausrüstung im Wert von mindestens 110 Euro.

Zusammenführung und Überarbeitung der Kooperationsverträge REHAMED und KBB

Mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2016 wurde die KBB als aufnehmende Gesellschaft mit der RE-HAMED als übertragende Gesellschaft verschmolzen. Der neue Firmenname lautet nunmehr KLINIKUM-AUSTRIA GmbH (kurz KA). Im Zuge dieser Fusion wurden auch die bisher gültigen Kooperationsverträge zwischen der SVB und den privaten Betreibern RBG und KMG zusammengeführt. Inhaltlich wurden sie in zentralen Punkten neu verhandelt und dort wo es notwendig erschien, harmonisiert. Der neue Vertrag bildet das zentrale Regelwerk in der Zusammenarbeit und Kooperation sowohl auf der Gesellschafterebene (d. h. zwischen SVB und dem privaten Partner KMG) als auch in der Kunden-/Lieferantenbeziehung.

Ab 1. Jänner 2016 wirksame Neuerungen im Kooperationsvertrag:

- Definition eines Grundleistungsprofils in der Diagnostik, Therapie, Pflege und Ärzteausstattung in Anlehnung an das PVA-Leistungsprofil und Vereinbarung eines den Tarifunterschied zur PVA entsprechenden SVB-Mehrleistungsprofils.
- Umstellung auf Mischtarife je Indikation auf der Grundlage der bisher g\u00fcltigen HV/AHV-Tarife und bisher garantierten HV/AHV-Verh\u00e4ltnisses ebenfalls in Anlehnung an das Tarifsystem der PVA.
- Rabattierung der die Garantieumsätze übersteigenden SVB-Umsätze (Garantieüberschreitung). Diese beträgt 12 Prozent bei Erfüllung der vereinbarten Gesamtgarantiesumme. Werden zusätzlich auch die je Klinikum festgesetzten Standortgarantiesummen erfüllt, erhöht sich der Rabattsatz je Klinikum um 1,6 Prozent (Bad Gleichenberg 2,4 Prozent), d. h. in Summe bis auf 20 Prozent.
- Umstellung auf eine Gesamtumsatzgarantie anstelle der bisherigen klinikbezogenen Garantien in Belagstagen (Umsatzpooling). In diese werden nunmehr zusätzlich auch die Umsätze in Verbindung mit den Begutachtungen und den Gesundheits-Aktiv-Wochen mit eingerechnet.



- Absenkung des SVB-Pönales bei Unterschreitung der Gesamtgarantiesumme von bisher 87 Prozent (REHAMED) bzw. 80 Prozent (KBB) auf nunmehr einheitlich 60 Prozent des Unterschreitungsbetrages.
- Präzisierung und Neufassung der Nachweise für die Leistungserbringung. Sie sind nunmehr differenziert nach Diagnostik, Pflege, Therapie und Ärzteausstattung zu erbringen. Diese sind unterjährig vierteljährlich und für das abgelaufene Jahr bis 15. April des Folgejahres vorzulegen.
- Präzisierung der Pönalebestimmungen, ebenfalls differenziert nach Diagnostik, Pflege, Therapie und Ärzteausstattung bzw. Nichterfüllung der Behandlungspflicht. Die Höhe des Pönales orientiert sich im Wesentlichen am Grad der Nichterfüllung.
- Garantieverlängerung Klinikum Bad Gleichenberg bis 31. Dezember 2026, d. h. Angleichung an die Garantielaufzeit der bisherigen KBB-Kliniken Bad Hall, Bad Schallerbach, Bad Gastein und Baden.
- Aktualisierung der Pauschalabgeltung (Refundierungssätze je Berufsgruppe) für die Lohn- und Gehaltskosten der KA an die SVB für das überlassene SVB-Personal.
- Adaptierung/Harmonisierung der Bestimmungen über die Gewinnverteilung auf Grund voneinander abweichenden Regelungen in den bisherigen Kooperationsverträgen RE-HAMED und KBB.
- Harmonisierung der in Bezug auf die Höhe unterschiedlich vereinbarten Managementfee in den alten Kooperationsverträgen REHAMED und KBB.

Gesetzliche Änderungen



Allgemeines

Der Anpassungsfaktor, mit dem Renten, Pensionen und leistungsbezogene feste Beträge in der Sozialversicherung erhöht werden, wird mit 1,012 festgesetzt. Pensionen mit einem Stichtag im Jahr 2015 werden erstmals zum 1. Jänner 2017 angepasst. Hinterbliebenenpensionen, die 2015 angefallen sind, werden mit Jahresbeginn 2016 erhöht, wenn der Verstorbene im Jahr 2014 bereits eine Pension bezogen hat.

Die Aufwertungszahl, die für die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage und der festen Beträge, die der Beitragsberechnung dienen, herangezogen wird, wird mit 1,024 festgesetzt.

Als kurzfristige Maßnahme zur Entlastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird vollversicherten Bauern die BSVG-Beitragszahlung für das vierte Quartal 2016 (Fälligkeit zum 31. Jänner 2017) im Ausmaß von 53 Prozent gutgeschrieben. Die Finanzierung dieser Beitragsentlastung erfolgt aus den Mitteln der allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung der SVB.

Mit BGBI. I Nr. 17/2017 wird die Rechtsgrundlage für die Verordnungsermächtigung, dass einzelnen Sozialversicherungsträgern ein Teil der pauschalierten Beihilfe gem. § 1a GSBG überwiesen werden kann, aufgehoben. Begründet wird dies mit einem Ungleichgewicht bei der Ausgestaltung der Finanzierung der einzelnen Sozialversicherungsträger. Für die SVB entfällt dadurch ab 1. Jänner 2017 ein Betrag von ca. 31 Mio. Euro jährlich.

Änderungen im Versicherungs- und Beitragsrecht

Die Höchstbeitragsgrundlage wird in allen Sozialversicherungssystemen zusätzlich zur jährlichen Aufwertung erhöht. Im Bereich des BSVG beträgt sie im Jahr 2016 5.670,00 Euro.

Pflegende Angehörige mit sozialer Schutzbedürftigkeit können eine Selbstversicherung in der Krankenversicherung nach dem ASVG beantragen, die Beiträge werden zur Gänze aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe übernommen.

Der Hebesatz – der für den Überweisungsbetrag der Pensionsversicherung an die Krankenversicherung der Pensionisten maßgeblich ist – wird nach allen Gesetzen abgesenkt. Gem. § 26 Abs. 2 BSVG beträgt er ab 1. Jänner 2016 387 Prozent.

Ergibt sich im Zuge des Datenabgleichs mit der AMA, dass im Förderantrag ein größeres Flächenausmaß angegeben wurde als gegenüber der SVB gemeldet, so besteht bei Verletzung der Melde- und Auskunftspflicht durch den Versicherten die gesetzliche Vermutung, dass diese Flächen ab dem Monatsersten der Förderantragstellung auf seine Rechnung und Gefahr bewirtschaftet werden.

Änderungen im Leistungsrecht der Krankenversicherung und Unfallversicherung

Der Kostenzuschuss für Psychotherapie wird von bisher 21,80 Euro für 60 Minuten auf 50,00 Euro erhöht.

Der Kostenanteil der Versicherten für abnehmbaren Zahnersatz mit Metallgerüstprothesen wird ab 1. Mai 2016 von 50 Prozent auf 25 Prozent herabgesetzt.

Um die missbräuchliche Verwendung der e-card zu verhindern, hat der behandelnde Arzt die Identität seiner Patienten zu überprüfen.



Die Ausgleichszulagen-Richtsätze werden um 1,2 Prozent erhöht. Der Ausgleichszulagen-Einzelrichtsatz beträgt damit im Jahr 2016 882,78 Euro, der Familienrichtsatz 1.323,58 Euro.

Der Prozentsatz für die Anrechnung des fiktiven Ausgedinges bei Ausgleichszulagenbeziehern beträgt für das Jahr 2016 maximal 13 Prozent des Ausgleichszulagen-Richtsatzes.

Die Wartezeit für die Korridorpension und die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer bei Pensionsstichtagen im Jahr 2016 beträgt 474 für die Bemessung der Leistung zu berücksichtigende Versicherungsmonate (bei vorzeitiger Alterspension bei langer Versicherungsdauer alternativ 444 Beitragsmonate der Pflichtversicherung).

Das maßgebliche Alter für den Tätigkeitsschutz bei einer Erwerbsunfähigkeitspension gemäß § 124 Abs. 2 BSVG ist das vollendete 59. Lebensjahr.

Der Durchrechnungszeitraum für Personen, die vor 1955 geboren sind, für einen Pensionsanspruch nach dem "Altrecht" wird stufenweise verlängert: Bei einem Pensionsbeginn im Jahr 2016 werden die 336 Monate (28 Jahre) mit den höchsten Beitragsgrundlagen berücksichtigt.

Änderungen im Bereich des Bundespflegegeldgesetzes

Das Pflegegeld wird in allen Stufen um 2 Prozent erhöht. Die neuen Beträge sind: Stufe 1 157,30 Euro, Stufe 2 290,00 Euro, Stufe 3 451,80 Euro, Stufe 4 677,60 Euro, Stufe 5 920,30 Euro, Stufe 6 1.285,20 Euro, Stufe 7 1.688,90 Euro.

Rechnungsabschluss

Gesamtsicht



Nach den Weisungen für die Rechnungslegung und Rechnungsführung der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes (Rechnungsvorschriften - RV) hat der Geschäftsbericht alle wichtigen Vorgänge, die sich beim Versicherungsträger im Laufe des Berichtsjahres ereignet haben, darzustellen, soweit sie nicht aus den Angaben des Rechnungsabschlusses und den statistischen Nachweisungen zu ersehen sind. Der Geschäftsbericht des Versicherungsträgers hat insbesondere eine Erläuterung des Rechnungsabschlusses zu enthalten. Bestandteile des Rechnungsabschlusses sind die Erfolgsrechnung und die Schlussbilanz. Unter anderem sind auch die besonderen, für den Gesamt- und Teilerfolg des Berichtsjahres, maßgebenden Umstände darzulegen. Dabei sind auch wesentliche Abweichungen vom Rechnungsabschluss für das unmittelbar vorangegangene Geschäftsjahr zu erörtern.

In den folgenden Berichtsteilen zum Jahresabschluss 2016 wird nicht nur das Jahr 2015, sondern als ergänzende Information auch das Jahr 2014 dargestellt.

Gebarung

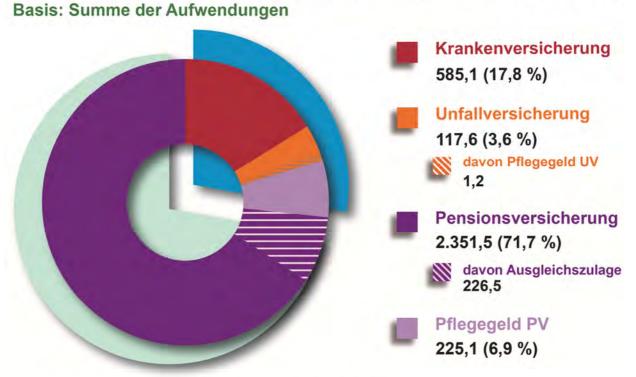
Gemessen an den Relationen zwischen Erträgen und Aufwendungen zeigen die Kennzahlen in der Krankenversicherung positive Ergebnisse. Die Unfallversicherung bilanziert ab 2011 durch den gänzlichen Entfall des Bundesbeitrages - ausgelöst durch das Budgetbegleitgesetz 2011 - stark negativ. In der Pensionsversicherung leistet der Bund im Rahmen seiner Ausfallhaftung einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen, wodurch ein fast ausgeglichenes Ergebnis entsteht. Lediglich die Dotierung des Unterstützungsfonds bewirkt in der Pensionsversicherung einen Bilanzverlust in gleicher Höhe. Die Aufwendungen für das Pflegegeld in der Pensionsversicherung werden zur Gänze vom Bund ersetzt und der Mehraufwand für das Pflegegeld in der Unfallversicherung wird aus der ordentlichen Gebarung der Unfallversicherung abgedeckt, wobei dies in den Zahlen der Unfallversicherung bereits berücksichtigt ist.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Erträge in der Krankenversicherung	584.506.865,42	628.601.869,95	612.485.711,29	- 2,6
Aufwendungen in der Krankenversicherung	555.025.995,36	568.987.189,62	585.075.170,68	+ 2,8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	29.480.870,06	59.614.680,33	27.410.540,61	- 54,0
Erträge in der Unfallversicherung	96.908.075,57	97.969.821,48	99.199.754,37	+ 1,3
Aufwendungen in der Unfallversicherung	112.762.905,05	112.857.620,90	117.614.319,71	+ 4,2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-15.854.829,48	-14.887.799,42	-18.414.565,34	+ 23,7
Erträge in der Pensionsversicherung	2.262.265.834,60	2.318.182.163,13	2.351.205.129,68	+ 1,4
Aufwendungen in der Pensionsversicherung	2.262.565.834,60	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	+ 1,4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 300.000,00	- 300.000,00	- 300.000,00	-
Erträge BPGG/PV	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Aufwendungen BPGG/PV	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-	-	-	-

Summe Erträge KV / UV / PV / BPGG-PV	3.165.472.934,32	3.266.272.688,81	3.288.045.360,67	+ 0,7
Summe Aufwendungen KV/UV/PV/BPGG-PV	3.152.146.893,74	3.221.845.807,90	3.279.349.385,40	+ 1,8
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	13.326.040,58	44.426.880,91	8.695.975,27	- 80,4



Erfolgsrechnungsvolumen 2016: 3.279,3 (100 %) in Millionen Euro



Finanzierung 2016: 3.288,0 (100 %)

Basis: Summe der Erträge

vom Bund 2.372,8 (72,2 %) vom Versicherten 915,2 (27,8 %)

Das Gebarungsvolumen, welches sich an der Summe der Aufwendungen orientiert, hat sich um 1,8 % erhöht.

Gebarungsvolumen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
in der Krankenversicherung	555.025.995,36	568.987.189,62	585.075.170,68	+ 2,8
in der Unfallversicherung *)	112.762.905,05	112.857.620,90	117.614.319,71	+ 4,2
in der Pensionsversicherung	2.262.565.834,60	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	+ 1,4
im BPGG/PV	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Summe Gebarungsvolumen	3.152.146.893,74	3.221.845.807,90	3.279.349.385,40	+ 1,8

*) inkl. BPGG/UV	1.199.709,37	1.165.898,34	1.172.787,78	+ 0,6

Für das Pflegegeld aus der Pensionsversicherung ist die SVB vollziehende Stelle. Der Mehraufwand wird zur Gänze vom Bund ersetzt. Ohne Pflegegeld-PV beträgt das Gebarungsvolumen 3.054,2 Mio., wovon auf den Bund 70,1 % und auf die Versicherten 29,9 % fallen.



Mittelherkunft / Mittelverwendung

Krankenversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Krankenversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge der Versicherten	278.010.891,23	281.295.402,57	259.264.838,34	- 7,8
Sonstige Erträge	55.302.981,80	58.835.532,53	63.084.404,57	+ 7,2
Bundesmittel	251.192.992,40	288.470.934,85	290.136.468,38	+ 0,6
Mittelherkunft	584.506.865,42	628.601.869,95	612.485.711,29	- 2,6
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	121.068.504,04	124.105.589,70	126.569.392,29	+ 2,0
Heilmittel	125.930.943,80	128.820.503,24	130.324.743,39	+ 1,2
Anstaltspflege und medizinische Hauskrankenpflege	171.813.432,13	174.398.254,94	183.491.604,34	+ 5,2
Andere Versicherungsleistungen	92.299.216,13	94.214.669,86	96.799.292,73	+ 2,7
Sonstige Aufwendungen	43.913.899,26	47.448.171,88	47.890.137,93	+ 0,9
Mittelverwendung	555.025.995,36	568.987.189,62	585.075.170,68	+ 2,8

Details zu den Bundesmitteln in der Krankenversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Hebeanteil zur Krankenversicherung der Pensionisten	216.949.910,95	251.555.008,70	251.137.694,36	- 0,2
Beiträge für Angehörige von Wehrpflichtigen	812,00	-	26,80	•
Ersätze für Betriebshilfe (70 % der Aufwendungen)	6.437,82	-	4.302,71	•
Ersätze für Wochengeld (70 % der Aufwendungen)	4.819.112,03	5.295.736,67	5.408.467,77	+ 2,1
Ersätze für Mutter-Kind-Pass-Leistungen	358.722,00	366.172,00	358.636,00	- 2,1
Beihilfenzuschlag lt. GSBG	28.334.321,30	29.938.800,00	30.671.971,20	+ 2,4
Fonds für Zahngesundheit § 447i ASVG	-	539.962,90	1.749.443,19	•
Kinderbetreuungsgeld KV-Beiträge	723.676,29	775.254,58	805.926,35	+ 4,0
Summe Bundesmittel	251.192.992,40	288.470.934,85	290.136.468,38	+ 0,6



vom Bund

290.136.468 (47,4 %)



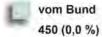
vom Versicherten 322.349.243 (52,6 %) Gesamt

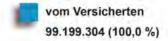
612.485.711 (100,0 %)

Unfallversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Unfallversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge der Versicherten	95.040.544,07	95.758.017,97	96.854.885,92	+ 1,1
Sonstige Erträge	1.866.721,50	2.211.353,51	2.344.418,45	+ 6,0
Bundesmittel	810,00	450,00	450,00	-
Mittelherkunft	96.908.075,57	97.969.821,48	99.199.754,37	+ 1,3
Rentenaufwand inkl. Abfertigungen, Abfindungen	76.995.353,81	76.099.017,90	79.047.578,01	+ 3,9
Andere Versicherungsleistungen	20.027.929,55	20.914.965,29	22.094.368,27	+ 5,6
Sonstige Aufwendungen	15.739.621,69	15.843.637,71	16.472.373,43	+ 4,0
Mittelverwendung	112.762.905,05	112.857.620,90	117.614.319,71	+ 4,2

Details zu den Bundesmitteln in der Unfallversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	810,00	450,00	450,00	-
Summe Bundesmittel	810,00	450,00	450,00	-





Gesamt 99.199.754 (100,0 %)



Pensionsversicherung

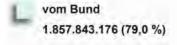
Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Pensionsversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge der Versicherten *)	464.771.217,62	478.491.802,38	481.765.597,86	+ 0,7
Sonstige Erträge	10.493.523,47	10.994.820,29	11.596.355,64	+ 5,5
Bundesmittel	1.787.001.093,51	1.828.695.540,46	1.857.843.176,18	+ 1,6
Mittelherkunft	2.262.265.834,60	2.318.182.163,13	2.351.205.129,68	+ 1,4
Pensionsaufwendungen	1.669.487.144,56	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	+ 1,4
Ausgleichszulagen	240.868.372,33	233.569.564,13	226.512.593,25	- 3,0
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	216.949.910,95	251.555.008,70	251.137.694,36	- 0,2
Andere Versicherungsleistungen	76.473.176,93	77.292.822,67	80.138.707,80	+ 3,7
Sonstige Aufwendungen	58.787.229,83	58.725.652,35	73.444.593,38	+ 25,1
Mittelverwendung	2.262.565.834,60	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	+ 1,4

^{*)} Beitragssatz für Versicherte ab 1.1.2012: 15,5%, ab 1.7.2012: 16,0%, ab 1.7.2013: 16,5%, ab 1.1.2015: 17,0%

Details zu den Bundesmitteln in der Pensionsversicherung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Partnerleistung 1)	158.860.597,35	146.961.136,00	148.000.273,67	+ 0,7
abzüglich Abgabe von land- und forstw. Betrieben 2)	- 31.762.862,24	- 30.434.324,46	- 30.291.668,43	- 0,5
Partnerleistung ohne Abgabe	127.097.735,11	116.526.811,54	117.708.605,24	+ 1,0
Teilversicherte	- 19.629.078,33	13.534.727,41	15.963.193,98	+ 17,9
Ausfallhaftung des Bundes	1.437.562.447,40	1.464.091.228,33	1.496.746.052,41	+ 2,2
Ausgleichszulagen	240.868.372,33	233.569.564,13	226.512.593,25	- 3,0
Entschädigung für Kriegsgefangene	481.605,20	393.732,50	318.473,00	- 19,1
Weiterversicherung für die Pflege naher Angehöriger	620.011,80	579.476,55	594.258,30	+ 2,6
Bundesmittel gesamt	1.787.001.093,51	1.828.695.540,46	1.857.843.176,18	+ 1,6

 $^{1) \ &}quot;Beitragssatz" \ f\"{u}\'{r} \ Partnerleistung \ ab \ 1.1.2012: \ 7,3\%, \ ab \ 1.7.2012: \ 6,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.7.2013: \ 6,3\%, \ ab \ 1.1.2015: \ 5,8\%, \ ab \ 1.1.2015: \$

²⁾ Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist als "zusätzliche Beitragsleistung" der Versicherten zu werten.



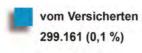


Gesamt 2.351.205.130 (100,0 %)

Pflegegeld in der Pensionsversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung des BPGG/PV	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Sonstige Erträge	273.157,54	311.276,97	299.161,29	- 3,9
Ersatzleistung des Bundes	221.519.001,19	221.207.557,28	224.855.604,04	+ 1,6
Mittelherkunft	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Pflegegeld	212.588.609,77	211.394.353,41	215.409.909,40	+ 1,9
Sonstige Aufwendungen	9.203.548,96	10.124.480,84	9.744.855,93	- 3,7
Mittelverwendung	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6



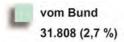


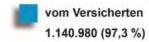
Gesamt 225.154.765 (100,0 %)



Pflegegeld in der Unfallversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung des BPGG/UV	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Sonstige Erträge	6.542,38	37,32	3.476,87	•
Ersatzleistung des Bundes	27.551,32	22.438,58	31.808,03	+ 41,8
Überweisung der Unfallversicherung (Mehraufwand)	1.165.615,67	1.143.422,44	1.137.502,88	- 0,5
Mittelherkunft	1.199.709,37	1.165.898,34	1.172.787,78	+ 0,6
Pflegegeld	1.166.979,80	1.133.750,70	1.140.041,15	+ 0,6
Sonstige Aufwendungen	32.729,57	32.147,64	32.746,63	+ 1,9
Mittelverwendung	1.199.709,37	1.165.898,34	1.172.787,78	+ 0,6





Gesamt 1.172.788 (100,0 %)

Finanzstatus

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Anstalt im Geschäftsjahr 2016 positiv bilanziert hat, da dem Gewinn in der Krankenversicherung von rd. 27,4 Mio. Euro ein niedrigerer Verlust in der Unfallversicherung von rd. 18,4 Mio. Euro gegenüber steht.

Da die Beitragserstattung für das 4. Quartal 2016 gem. § 357b BSVG für die Zweige Unfallund Pensionsversicherung aus der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung zu finanzieren war, verringerte sich diese von 165,5 Mio. Euro im Jahr 2015 auf 129,6 Mio. Euro im Jahr 2016. Die Leistungssicherungsrücklage ist in der Krankenversicherung Ende 2016 mit einem Sollbetrag von rund 44,8 Mio. Euro voll dotiert.

Die Allgemeine Rücklage in der Unfallversicherung beträgt am Ende des Jahres 2016 rund 43,4 Mio. Euro. Die Leistungssicherungsrücklage hat per 31.12.2016 den erforderlichen Sollstand von rund 8,4 Mio. Euro.

In der Pensionsversicherung ist die Leistungssicherungsrücklage nicht voll dotiert und es gibt auch keine Allgemeine Rücklage. Durch die Ausfallhaftung des Bundes ergibt sich praktisch ein ausgeglichenes Ergebnis. Nur die Dotierung des Unterstützungsfonds ist von der Ausfallhaftung nicht umfasst. Durch die nicht am konkreten jeweiligen Finanzierungsbedarf orientierte monatliche Bevorschussung der Beiträge des Bundes mussten dadurch entstandene finanzielle Engpässe mit kreditorischen Maßnahmen überbrückt bzw. Überschüsse kurzfristig veranlagt werden.





Erfolgsrechnungen 2014 – 2016

Bezeichnung	2014	2015	2016	Δ 2015 201 in %
Beiträge für				
a) pflichtversicherte Selbständige	168.614.202,74	171.020.612,75	150.785.978,04	- 11,8
b) pflichtversicherte Angehörige	10.862.153,34	10.993.313,77	9.497.550,92	- 13,0
c) freiwillig Versicherte	286.281,16	292.775,32	311.609,42	+ 6,4
d) pflichtversicherte Pensionisten	302.620.176,05	338.532.694,45	339.257.396,40	+ 0,
e) Familienangehörige der Wehrpflichtigen	812,00	-	26,80	-
f) Zusatzbeitrag für Angehörige	83.011,48	71.190,03	59.847,65	- 15,
Beitrag zur Spitalfinanzierung (§ 447f Abs. 11 Z1 ASVG)	12.494.977,41	12.715.079,53	11.296.076,62	- 11,
Summe der Beiträge	494.961.614,18	533.625.665,85	511.208.485,85	- 4,:
Beitragszuschläge	454.082,73	466.122,72	462.206,54	- 0,
Ersätze für Leistungsaufwendungen	22.689.178,42	24.788.549,64	26.087.945,77	+ 5,
Gebühren, Kostenbeteiligungen und Kostenanteile				
a) Rezeptgebühren	14.711.439,79	16.138.394,16	15.188.531,72	- 5,
b) Service-Entgelt	-	-	-	-
c) Kostenbeteiligungen	5.022.128,13	4.777.535,58	4.018.797,23	- 15,
d) Kostenanteile	14.367.005,73	14.463.203,05	13.879.083,22	- 4,
Sonstige betriebliche Erträge	1.726.762,66	1.834.193,34	7.826.432,63	+ 326,
Summe der Erträge	553.932.211,64	596.093.664,34	578.671.482,96	- 2,
Krankenbehandlung				
ä) Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	121.068.504,04	124.105.589,70	126.569.392,29	+ 2,
b) Heilmittel (Arzneien)	125.930.943,80	128.820.503,24	130.324.743,39	+ 1,
c) Heilbehelfe und Hilfsmittel	18.827.405,85	19.616.222,45	20.393.337,42	+ 4,
Zahnbehandlung und Zahnersatz	,	, -	·- , -	.,
a) Zahnbehandlung	18.717.789,40	18.380.637,58	19.058.342,61	+ 3,
b) Zahnersatz	13.239.868,94	13.080.480,23	13.424.098,78	+ 2,
Anstaltspflege und med. Hauskrankenpflege				· - ,
a) Verpflegskosten und sonstige Leistungen	2.917.837,77	3.274.689,89	3.389.994,19	+ 3,
b) Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	167.882.585.45	170.077.659,01	179.070.803,88	+ 5,
c) Medizinische Hauskrankenpflege	1.013.008.91	1.045.906,04	1.030.806,27	- 1,
Mutterschaftsleistungen	1.013.000,31	1.043.300,04	1.000.000,27	٠,
a) Arzt(Hebammen)hilfe	468.550,88	506.207,31	513.589,17	+ 1,
, , ,	2.502.293,46	2.582.664,50	2.639.532,44	+ 2,
b) Anstalts(Entbindungsheim)pflege	9.196,89	2.362.664,30		+ 2,
c) Betriebshilfe		7.505.000.40	6.146,73	
d) Wochengeld	6.884.445,76	7.565.338,10	7.726.382,53	+ 2,
Medizinische Rehabilitation	10.620.262,12	10.834.618,18	10.584.402,79	- 2,
Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung	1.954.839,47	2.477.084,33	2.502.834,25	+ 1,
Früherkennung von Krankheiten und				
Gesundheitsförderung				
a) Jugendlichenuntersuchungen	-	-	-	-
b) Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	3.235.267,39	3.272.678,28	3.819.853,18	+ 16,
c) Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen	2.658.509,13	2.357.629,26	2.466.450,44	+ 4,
Bestattungskostenzuschuss	-	-	-	-
Fahrtspesen und Transportkosten für				
Leistungsempfänger				
a) Fahrtspesen	802,83	532,21	1.017,47	+ 91,
b) Transportkosten	11.425.330,01	11.404.838,04	11.561.110,50	+ 1,
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	1.754.654,00	2.135.739,39	2.102.194,42	- 1,
Summe der Versicherungsleistungen	511.112.096,10	521.539.017,74	537.185.032,75	+ 3,
Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	36.496.193,59	38.393.589,15	38.994.397,58	+ 1,
Abschreibungen	,	,		
a) vom Anlagevermögen	99.858,78	99.527,03	109.903,43	+ 10,
b) vom Umlaufvermögen	93.202,55	88.881,10	57.948,80	- 34,
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.326.235,89	5.343.382,93	6.420.053,53	+ 20,
Summe der Aufwendungen	553.127.586,91	565.464.397,95	582.767.336,09	+ 3,
				,
Betriebsergebnis	804.624,73	30.629.266,39	- 4.095.853,13	-
Vermögenserträgnisse von				
a) Wertpapieren	321.716,75	1.177.389,65	2.258.195,27	+ 91,
b) Darlehen	-	-	462,50	-
c) Geldeinlagen	1.693.615,73	1.392.015,96	776.599,36	- 44,
d) Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
e) Verkauf von Finanzvermögen	225.000,00	-	107.000,00	-
Finanzaufwendungen				
a) Zinsaufwendungen	-	1,54	-	- 100,
b) aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	-	1.653.880,00	604.000,00	- 63,
Finanzergebnis	2.240.332,48	915.524,07	2.538.257,13	-
				_
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.044.957,21	31.544.790,46	- 1.557.596,00	
außerordentliche Erträge	28.334.321,30	29.938.800,00	30.671.971,20	+ 2,
außerordentliche Aufwendungen	-	-		-
außerordentliches Ergebnis	28.334.321,30	29.938.800,00	30.671.971,20	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	31.379.278,51	61.483.590,46	29.114.375,20	
				_
Auflösung von Rücklagen	_			
	1,898 408 45	1,868,910,13	1,703 834 59	- 8
Auflösung von Rücklagen Zuweisung an Rücklagen Bilanzgewinn / Bilanzverlust	1.898.408,45 29.480.870,06	1.868.910,13 59.614.680,33	1.703.834,59 27.410.540,61	- 8



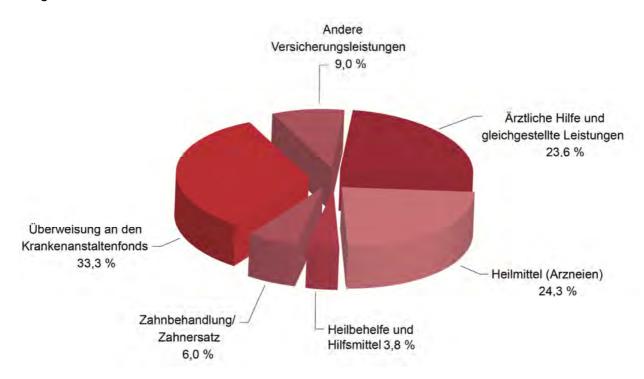
Erträge und Aufwendungen der Krankenversicherung

Die in der Erfolgsrechnung für das Betriebsergebnis zu berücksichtigenden Erträge sind um 2,9 % geringer als im Vorjahr, während die entsprechenden Aufwendungen um 3,1 % angestiegen sind. Dadurch hat sich das Betriebsergebnis von +30,6 Mio. im Jahr 2015 auf -4,1 Mio. im Jahr 2016 verschlechtert. Verursacht wird das negative Betriebsergebnis durch die Beitragsgutschrift für das 4. Quartal 2016 gem. § 357b BSVG. Insbesondere durch den im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen GSBG-Beihilfenzuschlag ergibt sich für 2016 ein Bilanzgewinn von rund 27,4 Mio. Euro.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Erfolgsrechnungspositionen finden sich nachfolgend in diesem Bericht.

Leistungen der Krankenversicherung

Die Grafik macht deutlich, dass die Aufwendungen für ärztliche Hilfe, Heilmittel und die Überweisung an den Krankenanstaltenfonds den überwiegenden Anteil an den Versicherungsleistungen darstellen:



Die **anderen Versicherungsleistungen** umfassen Verpflegskosten und sonstige Leistungen, die medizinische Hauskrankenpflege, Mutterschaftsleistungen, die medizinische Rehabilitation, die Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung, Vorsorge(Gesunden)untersuchungen, die Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen, Fahrtspesen und Transportkosten sowie den vertrauensärztlichen Dienst.



Beitragseinnahmen

Beiträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge für pflichtversicherte Selbständige	168.614.202,74	171.020.612,75	150.785.978,04	- 11,8
pflichtversicherte Angehörige	10.862.153,34	10.993.313,77	9.497.550,92	- 13,6
freiwillig Versicherte	286.281,16	292.775,32	311.609,42	+ 6,4
pflichtversicherte Pensionisten	302.620.176,05	338.532.694,45	339.257.396,40	+ 0,2
Familienangehörige der Wehrpflichtigen	812,00	-	26,80	•
Zusatzbeitrag für Angehörige	83.011,48	71.190,03	59.847,65	- 15,9
Beitrag zur Spitalfinanzierung (§ 447f Abs. 11 Z1 ASVG)	12.494.977,41	12.715.079,53	11.296.076,62	- 11,2
Summe der Beiträge	494.961.614,18	533.625.665,85	511.208.485,85	- 4,2

Der Rückgang der Beitragseinnahmen der Beiträge für pflichtversicherte Selbständige und pflichtversicherte Angehörige ist in erster Linie auf die Beitragsgutschrift in Höhe von 53 % für das 4. Quartal 2016 gem. § 357b BSVG zurückzuführen. Diese Beitragsgutschrift bedeutet für die in der bäuerlichen Krankenversicherung Versicherten eine Entlastung im Ausmaß von 25,7 Mio. Euro.

Die Anzahl der pflichtversicherten Pensionisten ist von 2015 auf 2016 von 146.893 auf 146.027 um 0,6 %, die Anzahl der anderen in der Krankenversicherung pflichtversicherten Personen von 134.942 auf 133.399 um 1,1 % zurückgegangen. Detaillierte Informationen dazu finden sich im statistischen Teil dieses Berichtes.

Der allgemein beitragsrelevante Faktor 2016 war für die Aktiven die Aufwertungszahl von 1,024. Bei den Pensionisten ist die Berechnungsbasis die zur Auszahlung gelangende Pension (inkl. Kinderzuschuss und Ausgleichszulage) und Pensionssonderzahlung, sofern keine Ausnahme von der Krankenversicherung besteht und es sich nicht um eine Waisenpension handelt (für welche kein Beitrag zu entrichten ist).

Die Beiträge für pflichtversicherte Pensionisten setzen sich zusammen aus den von den Pensionszahlungen einbehaltenen Beiträgen und dem von der SVB aus dem Versicherungszweig Pensionsversicherung an die Krankenversicherung zu überweisenden Betrag. Ab dem Jahr 2016 ist gem. Steuerreformgesetz 2015/2016 von den Pensionszahlungen ein Betrag von 5,1 % (bis 2015 5,0 % sowie ein Ergänzungsbeitrag von 0,1 %) einzubehalten, wenn und solange sich der in Betracht kommende Pensionist ständig im Inland aufhält.

Die SVB als Träger der Pensionsversicherung hat im Jahr 2016 gem. Steuerreformgesetz 2015/2016 387 % der aufgrund des Beitragssatzes von 5,1 % einbehaltenen Beiträge (Einbehalt = 100 %; "Hebeanteil" = 287 %) an die von ihr durchgeführte Krankenversicherung zu überweisen. 2015 galt ein Hebesatz von 397 %, 2014 war dieser abgesenkt auf 360 %.

Vom Beitragssatz in Höhe von 7,65 % der pflichtversicherten Selbständigen und Angehörigen sind 0,5 % für die Spitalsfinanzierung zweckgebunden und werden in der Erfolgsrechnung gesondert ausgewiesen.



Weitere Ertragspositionen

Beitragszuschläge

Gemessen am gesamten Beitragsaufkommen der Aktiven machen die Beitragszuschläge im Jahr 2016 nur 0,27 % aus:

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beitragszuschläge	454.082,73	466.122,72	462.206,54	- 0,8

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Die Ersätze für Leistungsaufwendungen sind in einer Einzelnachweisung zum Rechnungsabschluss - wie unten dargestellt - aufzugliedern. Ersätze aus Schadenersatzansprüchen variieren im Zeitablauf naturgemäß sehr stark. Gemäß Stabilitätsgesetz 2012 wurde das GSBG dahingehend geändert, dass an Stelle der pauschalierten Abgeltung ab 1.1.2014 eine 1:1-Abgeltung der nicht abziehbaren Vorsteuerbeträge getreten ist. Da auch die bis dahin geltende Regelung zu einem vollständigen Ersatz der Vorsteuer geführt hat, ergibt sich dadurch für die SVB bei den Ersätzen gemäß GSBG keine Änderung. Die seit 2013 höheren Ersätze aus dem FLAF sind im Zusammenhang mit der Erhöhung des Wochengeldes ab 2013 von knapp 27 auf 50 Euro (2016: 52,69 Euro) zu sehen, da die entstandenen Aufwendungen an Wochengeld und Betriebshilfe zu 70 % aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds ersetzt werden.

Die Steigerung bei den Ersätzen ist auf die ab 1. Juli 2015 neu in Kraft getretene Regelung betreffend die Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche zurückzuführen. Demnach gibt es für schwerwiegende Zahnfehlstellungen die sogenannte Gratiszahnspange, wenn die Behandlung vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wird. Die Finanzierung erfolgt über den beim Hauptverband neu eingerichteten Zahngesundheitsfonds.

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ersätze aus Schadenersatzansprüchen § 178 BSVG	326.273,14	761.113,11	639.708,91	- 16,0
Sonstige Ersätze	223.861,36	226.665,78	267.212,94	+ 17,9
Kostenersatz für Mutter-Kind-Pass-Leistungen	358.722,00	366.172,00	358.636,00	- 2,1
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	16.537.733,23	17.093.040,34	16.977.379,22	- 0,7
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, Betriebshilfe und Wochengeld	4.825.549,86	5.295.736,67	5.412.770,48	+ 2,2
Ersätze von Landesgesundheitsfonds uplattformen	123.642,29	314.268,50	520.370,06	+ 65,6
Fonds für Zahngesundheit	-	539.962,90	1.749.443,19	+ 224,0
Fremdkassen-Beihilfen-Äquivalent	293.396,54	191.590,34	162.424,97	- 15,2
Summe	22.689.178,42	24.788.549,64	26.087.945,77	+ 5,2



Rezeptgebühren

Die Rezeptgebühr wurde ab Jahresbeginn 2016 von 5,55 auf 5,70 erhöht. Die ab 1.1.2008 geltende Regelung zur Rezeptgebührenobergrenze (Deckelung der Rezeptgebühr mit 2 % des Nettoeinkommens) beeinflusst ebenfalls die Einnahmen aus den Rezeptgebühren und führte zu einem Einnahmenentgang von ungefähr 6,4 Mio. jährlich. Der niedrigere Wert 2014 ist auf ein organisatorisches Update für die Aktivierung einer Vorausberechnung zur Abfederung der sich zum Jahresende ergebenden Guthabensproblematik zurückzuführen. Der Rückgang 2016 ist unter anderem durch rückläufige Heilmittelverordnungen im Ausmaß von 4 % bedingt.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Rezeptgebühren	14.711.439,79	16.138.394,16	15.188.531,72	- 5,9

Kostenbeteiligungen

Der Rückgang unter dem Punkt Zahnbehandlung ist auf eine ab 1.1.2014 satzungsmäßige Verringerung der vom Versicherten zu tragenden Beteiligung von 50% auf 20% des Vertragstarifes bei kieferorthopädischen Leistungen zurückzuführen. Weiters steht die Verringerung auch im Zusammenhang mit der ab 1.7.2015 eingeführten "Gratiszahnspange", welche bei schwerwiegenden Zahnfehlstellungen in Anspruch genommen werden kann, wenn die Behandlung vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wird. Der Rückgang unter dem Punkt Zahnersatz ist auf eine weitere Satzungsänderung ab 1.5.2016 zurückzuführen, in welcher die Kostenbeteiligung des Versicherten für den abnehmbaren und den – ausnahmsweise zu gewährenden – festsitzenden Zahnersatz mit einheitlich 25% festgelegt wurde.

Kostenbeteiligungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Zahnbehandlung	302.652,28	186.805,46	131.616,10	- 29,5
Zahnersatz	4.629.204,44	4.499.868,44	3.778.622,51	- 16,0
Medizinische Rehabilitation	11.792,94	7.876,62	7.891,36	+ 0,2
Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung	70.438,47	73.221,06	89.448,76	+ 22,2
Gesundheitsförderung	8.040,00	9.764,00	11.218,50	+ 14,9
Summe	5.022.128,13	4.777.535,58	4.018.797,23	- 15,9

Kostenanteile

In der Position "Kostenanteile" werden (siehe auch vorstehende Anmerkungen bei den Kostenbeteiligungen) die von der SVB vorgeschriebenen Kostenanteile und die Behandlungsbeiträge im Zusammenhang mit der vertragsärztlichen Hilfe ausgewiesen.

Der Behandlungskostenbeitrag wurde 2015 von 8,92 auf 9,16 und 2016 auf 9,38 angehoben. Ab Einführung der Chipkarte ist diese Gebühr bei Überweisung an Fachärzte nicht nochmals zu entrichten. Wenn auch ein Zahnarzt konsultiert wird, fallen daher höchstens 2 Behandlungsbeiträge pro Quartal an.

Bei Behandlungen in Spitalsambulanzen wird anstatt wie bisher pro Behandlungsfall ab 1.1.2016 nur mehr ein Kostenanteil pro Quartal in Höhe von 15,40 Euro eingehoben.

Die bis 2014 unter dem Punkt Zahnbehandlung ausgewiesenen Beträge sind ab 2015 den Kostenbeteiligungen zugeordnet.



Kostenanteile	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Behandlungskostenbeiträge	7.196.401,52	7.275.732,26	7.329.942,57	+ 0,7
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	6.492.335,40	6.571.422,69	6.612.403,09	+ 0,6
Zahnbehandlung	704.066,12	704.309,57	717.539,48	+ 1,9
Kostenanteile	7.170.604,21	7.187.470,79	6.549.140,65	- 8,9
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	5.313.946,33	5.385.157,20	4.769.457,84	- 11,4
Heilbehelfe und Hilfsmittel	92.323,21	93.194,61	98.335,81	+ 5,5
Zahnbehandlung	58.124,41	- 12,46	- 44,32	•
Medizinische Hauskrankenpflege	40.576,80	42.904,76	43.453,88	+ 1,3
Transportkosten	1.665.633,46	1.666.226,68	1.637.937,44	- 1,7
Summe	14.367.005,73	14.463.203,05	13.879.083,22	- 4,0

Sonstige betriebliche Erträge

Die größte Einzelposition unter den sonstigen betrieblichen Erträgen stellt das Pharmapaket dar. Es basiert auf dem zwischen der Pharmawirtschaft und dem Hauptverband in Vertretung der Krankenversicherungsträger abgeschlossenen Rahmen-Pharmavertrag. Im Jahr 2016 verpflichtete sich die Pharmawirtschaft, einen Solidarbeitrag von 125 Mio. an die Krankenversicherungsträger zu leisten. Der Anteil, den die SVB im Jahr 2016 dadurch erhalten hat, beträgt 4.918.180,41 Euro.

Der Punkt Verkaufserlöse beinhaltet den KV-Anteil des Verkaufs der Büroimmobilie in Eisenstadt mit 468.996 Euro (Verkaufserlös insgesamt 1.320.000 Euro).

Unter der Position "Andere" sind die für die Krankenversicherung anteiligen Beträge aus der Gewinnausschüttung der teilprivatisierten ehemaligen Eigenen Einrichtungen (an denen die SVB mit 26 % beteiligt ist) enthalten. Diese Gewinnausschüttungen sind intern nach der Frequenz (Anzahl der Verpflegstage im betreffenden Geschäftsjahr) auf die Versicherungszweige zu verteilen. Im Jahr 2016 betrug der KV-Anteil 52.097 Euro (alle Zweige: 1.653.110).

Darüber hinaus sind hier auch Heilmittelgutschriften (Gutschriften von Pharmafirmen) sowie im Jahr 2016 Berichtigungen abgeschlossener Rechnungsjahre im Transportbereich enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	25.025,13	27.070,38	25.756,19	- 4,9
Verkaufserlöse	1.136,14	261,97	469.317,43	•
Skonti	322.865,60	350.528,55	360.835,76	+ 2,9
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	192.653,70	168.122,94	157.112,67	- 6,5
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	51.354,04	63.091,04	72.995,96	+ 15,7
Pharmapaket	897.208,42	883.294,51	4.918.180,41	•
Andere	236.519,63	341.823,95	1.822.234,21	•
Summe	1.726.762,66	1.834.193,34	7.826.432,63	+ 326,7



Versicherungsleistungen

Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen

Die Position "Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen" setzt sich aus den in der Tabelle ersichtlichen Teilpositionen zusammen, wobei der Honoraraufwand für Vertragsärzte die entwicklungsbestimmende Größe darstellt und im Jahr 2016 eine Veränderung von +1,4% zum Vorjahr aufweist.

Die Änderungsursachen bei den anderen Einzelpositionen sind vielschichtig und zum Teil auch bundesländerweise unterschiedlich.

Im Zusammenhang mit den einzelnen Aufwandsentwicklungen stehen auch die Fallzahlenentwicklungen über die E-Card-Konsultationen bei Vertragsärzten, welche im statistischen Teil dieses Berichtes nach einzelnen Fachgebieten ersichtlich sind.

Auch kommt es durch Nachverrechnungen öfters zu Aufwandsverschiebungen innerhalb der einzelnen Jahre, wie dies zum Beispiel im Jahr 2015 bei den Vertragslogopäden und den "SV-Abkommen" der Fall war.

Die Anstiege bei den Wahlphysiotherapeuten ab 2015 und bei den Wahlpsychotherapeuten ab 2016 sind jeweils auf Erhöhungen der in der Satzung festgeschriebenen Kostenzuschüsse zurückzuführen.

Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Leistungen durch Vertragsärzte	76.688.136,67	76.697.844,00	77.757.146,55	+ 1,4
Leistungen durch Wahlärzte	4.119.376,34	4.469.216,52	4.784.477,64	+ 7,1
Ambulante Leistungen in Krankenanstalten	20.923.729,27	21.595.777,94	22.071.296,95	+ 2,2
Ambulante Leistungen in sonstigen Einrichtungen	11.683.202,07	12.548.332,68	12.627.302,81	+ 0,6
Leistungen durch Vertragspsychotherapeuten	701.741,67	725.079,44	855.872,45	+ 18,0
Leistungen durch Wahlpsychotherapeuten	114.223,63	126.594,71	374.131,22	+ 195,5
Leistungen durch Vertragspsychologen	84.448,50	77.726,57	86.717,55	+ 11,6
Leistungen durch Wahlpsychologen	11.640,28	14.358,53	11.076,61	- 22,9
Leistungen durch Vertragsphysiotherapeuten	1.250.268,01	1.335.123,45	1.252.799,10	- 6,2
Leistungen durch Wahlphysiotherapeuten	2.587.098,89	3.021.802,91	3.518.498,34	+ 16,4
Leistungen durch Vertragslogopäden	275.868,83	330.529,97	320.805,07	- 2,9
Leistungen durch Wahllogopäden	290.418,37	287.051,99	317.933,51	+ 10,8
Leist. aufgrund von Sozialversicherungsabkommen	873.747,49	1.314.042,89	963.444,40	- 26,7
Nicht abziehbare Vorsteuer	791.109,61	938.399,89	947.202,47	+ 0,9
Sonstiges	673.494,41	623.708,21	680.687,62	+ 9,1
Summe	121.068.504,04	124.105.589,70	126.569.392,29	+ 2,0



Heilmittel

Einflussfaktoren für die Aufwandsveränderungen insgesamt sind unter anderem Preise und Packungsgrößen, Verschreibungs- und Konsumverhalten, Generikaanteile, Verhandlungsergebnisse mit Partnern und die demografische und gesundheitliche Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung.

Nachdem der Heilmittelaufwand in den Jahren 2009 - 2013 stagnierte, ist er ab 2014 wieder gestiegen. Der Anstieg war aber sowohl 2016 als auch 2015 und 2014 im Vergleich zu allen Krankenversicherungsträgern (2016: +2,5 %, 2015: +5,0 %, 2014: +5,4 %) nur halb so hoch.

Einerseits hat es eine rückläufige Anzahl von verschriebenen Packungen gegeben, und es steht diese Rückläufigkeit auch im Zusammenhang mit einem Rückgang der Anzahl der Patienten mit Heilmittelbezug. Dieser Rückläufigkeit der Mengen steht andererseits ein kräftiger Anstieg der Preiskomponente gegenüber, welcher durch die Situation am Medikamentenmarkt geprägt ist, sodass sich in Summe eine vergleichsweise moderate Steigerungsrate ergibt.

Die Fallzahlenentwicklung zu den Heilmittelverordnungen findet sich im Statistikteil des Jahresberichtes.

Heilmittel	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Öffentliche Apotheken *)	71.227.170,34	73.585.370,10	74.980.542,61	+ 1,9
Hausapotheken	43.400.234,88	43.665.562,09	43.643.040,45	- 0,1
Nicht abziehbare Vorsteuer	11.303.538,58	11.569.571,05	11.701.160,33	+ 1,1
Summe	125.930.943,80	128.820.503,24	130.324.743,39	+ 1,2

^{*)} inklusive Kostenzuschüsse (2014: rd. 8.000, 2015: rd. 14.000, 2016: rd. 9.000)

Heilbehelfe und Hilfsmittel

Die Position "Heilbehelfe und Hilfsmittel" kann - wie in der Tabelle ersichtlich - detailliert werden und umfasst solche Behelfe, die zur Heilung oder Linderung des Krankheitszustandes dienen.

Heilbehelfe und Hilfsmittel	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Brillen, Augenprothetik und Instandsetzung	533.446,36	509.123,10	501.858,46	- 1,4
Orthopäd. Schuheinlagen, Bruchbänder und Instandsetzung	1.025.298,50	969.890,85	993.351,92	+ 2,4
Sonstige notwendige Heilbehelfe und Instandsetzung	5.570.154,48	5.633.743,61	5.663.720,98	+ 0,5
In Apotheken abgegebene Heilbehelfe und Hilfsmittel	9.621,02	7.330,38	7.744,67	+ 5,7
Hilfsmittel, Reparaturen, Instandsetzung Krankenfahrstühle	8.799.572,38	9.492.627,45	10.107.068,37	+ 6,5
Nicht abziehbare Vorsteuer	2.889.313,11	3.003.507,06	3.119.593,02	+ 3,9
Summe	18.827.405,85	19.616.222,45	20.393.337,42	+ 4,0



Zahnbehandlung

Der Zahnbehandlerfaktor, mit dem die meisten Zahntarife für 2016 verändert wurden, betrug 1,64 %. Sowohl die Anzahl der Behandlungsfälle als auch der Einzelleistungen sind bei der Zahnbehandlung von 2015 auf 2016 um je + 0,7 % gestiegen. Die genaue Fallzahlenentwicklung ist dem Statistikteil dieses Berichtes zu entnehmen. Die Anzahl der E-Card-Konsultationen ist hingegen um 0,2 % gesunken.

Zahnbehandlung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Zahnbehandlung	16.796.832,83	16.550.408,10	16.696.595,17	+ 0,9
Kieferregulierung	1.918.662,17	1.827.448,00	2.358.730,53	+ 29,1
Nicht abziehbare Vorsteuer	2.294,40	2.781,48	3.016,91	+ 8,5
Summe	18.717.789,40	18.380.637,58	19.058.342,61	+ 3,7

Zahnersatz

Die Veränderungen von 2015 auf 2016 erklären sich mit dem oben angeführten Zahnbehandlerfaktor und der entsprechenden Fallzahlenentwicklung im Statistikteil dieses Berichtes.

Zahnersatz	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Neuanschaffung	9.976.237,30	9.861.128,79	10.170.720,00	+ 3,1
Instandsetzung	3.262.008,96	3.216.205,02	3.250.927,17	+ 1,1
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.622,68	3.146,42	2.451,61	- 22,1
Summe	13.239.868,94	13.080.480,23	13.424.098,78	+ 2,6

Verpflegskosten und sonstige Leistungen

Diese Position umfasst insbesondere den Pauschalbetrag für stationäre Anstaltspflege in Unfallkrankenhäusern der AUVA sowie den Pauschalbetrag an den Privatkrankenanstaltenfinanzierungsfonds (PRIKRAF). Außerdem sind hier die Überweisungen für das GKH Graz (Albert Schweitzer Klinik) zu verbuchen.

Verpflegskosten und sonstige Leistungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Anstaltspflege	212.224,52	276.890,84	250.838,97	- 9,4
Überweisung an Unfallkrankenhäuser der AUVA	1.631.760,48	1.693.840,00	1.739.179,00	+ 2,7
Überweisung an PRIKRAF	816.108,95	1.049.456,09	1.127.309,93	+ 7,4
Albert Schweitzer Klinik Graz	174.076,20	150.860,62	162.266,09	+ 7,6
Nicht abziehbare Vorsteuer	83.667,62	103.642,34	110.400,20	+ 6,5
Summe	2.917.837,77	3.274.689,89	3.389.994,19	+ 3,5



Überweisung an den Krankenanstaltenfonds

Der Aufwand für die Behandlung in landesfondsfinanzierten Krankenanstalten wird gemäß § 447f ASVG durch die Entrichtung von Pauschalbeiträgen abgegolten und orientiert sich - mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - an der Entwicklung der Beitragseinnahmen der Krankenversicherungsträger. Unterschiede zwischen den Krankenversicherungsträgern in der Beitragsentwicklung werden durch den Belastungsausgleich gemäß § 322a ASVG ausgeglichen.

Die hohe Gutschrift in der Position "Belastungsausgleich für das Vorjahr" im Jahr 2015 resultiert aus den verminderten Beitragseinnahmen infolge der Absenkung des Hebesatzes in der Krankenversicherung der Pensionisten im Jahr 2014 auf 360. Im Jahr 2015 betrug der Hebesatz wieder 397, was die Nachzahlung der SVB im Jahr 2016 erklärt.

Daraus abgeleitet ist es für die bäuerliche Krankenversicherung im Geschäftsjahr 2016 zu folgenden Zahlungen an den Ausgleichsfonds für die Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) gekommen (gerundet auf ganze Euro):

Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Pauschalbeitrag	184.702.257	191.635.318	196.439.447	+ 2,5
Bundesgesundheitsagentur	3.280.387	3.272.865	3.264.558	- 0,3
Landesgesundheitsfonds	2.943.855	2.937.105	2.929.650	- 0,3
Vorjahresabrechnung Pauschalbeitrag	1.388.426	661.000	251.111	- 62,0
Belastungsausgleich für das Vorjahr	- 747.995	- 3.969.162	1.191.632	•
Vorjahresabrechnung Bundesgesundheitsagentur	- 652	- 8.265	- 12.427	•
Vorjahresabrechnung Landesgesundheitsfonds	- 585	- 7.418	- 11.153	•
Summe	191.565.693	194.521.443	204.052.818	+ 4,9

Die o.a. Überweisungen sind grundsätzlich aufgrund der Aufwandserhebung 1994 auf die Aufwendungen für ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen (Ambulanzkosten) und stationäre Aufenthalte aufzuteilen. Die Aufwendungen für stationäre Aufenthalte verteilen sich schlüsselmäßig aufgrund der Erfolgsrechnung 1994 auf die Aufwandspositionen "Überweisung an den Krankenanstaltenfonds", "Anstalts(Entbindungsheim)pflege" sowie "Medizinische Rehabilitation".

Somit ergibt sich zusammenfassend folgende Aufteilung der gesamten Überweisungen im Rahmen der Krankenanstaltenfinanzierung:

Aufteilung der Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	20.923.729,27	21.595.777,94	22.071.296,95	+ 2,2
Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	167.882.585,45	170.077.659,01	179.070.803,88	+ 5,3
Anstalts(Entbindungsheim)pflege	2.502.293,46	2.582.664,50	2.639.532,44	+ 2,2
Medizinische Rehabilitation	257.084,95	265.342,19	271.184,76	+ 2,2
Summe	191.565.693,13	194.521.443,64	204.052.818,03	+ 4,9



Medizinische Hauskrankenpflege

Die medizinische Hauskrankenpflege als krankenhausersetzende Leistung wird anstelle von Anstaltspflege gewährt, wenn und solange es die Art der Krankheit zulässt. Hierdurch soll der Erkrankte außerhalb des Spitals von seinem Arzt (Hausarzt) und dem mit ihm zusammenarbeitenden Pflegepersonal behandelt bzw. betreut werden. Die Position ist von unterschiedlichen vertraglichen Situationen, wie fixen Pauschalbeträgen (mit unterschiedlichen Verteilungsalgorithmen auf einzelne Träger - nach in Anspruch genommenen Einsatztagen oder auch nach dem Versichertenstand) und Einzelfallvergütungen geprägt.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Medizinische Hauskrankenpflege	1.013.008,91	1.045.906,04	1.030.806,27	- 1,4

Mutterschaftsleistungen

Die Mutterschaftsleistungen setzen sich – wie aus der Tabelle ersichtlich – zusammen. Die Anstalts(Entbindungsheim)pflege ergibt sich als bestimmter Prozentsatz der Überweisungen im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (siehe auch die Ausführungen bei der Position "Überweisung an den Krankenanstaltenfonds"). Dementsprechend sind auch die jährlichen Steigerungsraten an diese Überweisungen gekoppelt.

Durch die starke Anhebung des Wochengeldes ab dem Jahr 2013 von knapp 27 auf 50 Euro täglich (2016: 52,69 Euro) wird die Betriebshilfe praktisch nicht mehr in Anspruch genommen. Das Wochengeld wird zu 70 % aus dem Familienlastenausgleichsfonds (siehe Position "Ersätze für Leistungsaufwendungen") finanziert.

Mutterschaftsleistungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Arzt(Hebammen)hilfe	468.550,88	506.207,31	513.589,17	+ 1,5
Anstalts(Entbindungsheim)pflege	2.502.293,46	2.582.664,50	2.639.532,44	+ 2,2
Betriebshilfe	9.196,89	-	6.146,73	•
Wochengeld	6.884.445,76	7.565.338,10	7.726.382,53	+ 2,1
Summe	9.864.486,99	10.654.209,91	10.885.650,87	+ 2,2

Medizinische Rehabilitation

Die Position "Medizinische Rehabilitation" umfasst die Aufwendungen für die Unterbringung in Krankenanstalten, die vorwiegend der Rehabilitation dienen, die Überweisung an den Krankenanstaltenfonds, Aufwendungen für Heilbehelfe, Hilfsmittel und Körperersatzstücke, den Personal- und Sachaufwand für Rehabilitationsberater sowie die nicht abziehbare Vorsteuer.

Medizinische Rehabilitation	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Rehabilitation	2.459.137,77	2.402.244,58	2.127.515,91	- 11,4
Heilbehelfe, Hilfsmittel, Körperersatzstücke	6.707.054,98	6.938.594,88	6.983.243,13	+ 0,6
Reise- und Transportkosten	12.409,08	10.529,38	9.590,01	- 8,9
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.441.660,29	1.483.249,34	1.464.053,74	- 1,3
Summe	10.620.262,12	10.834.618,18	10.584.402,79	- 2,3



Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung

Unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschrittes sowie unter Bedachtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit als KV-Träger können neben der oder im Anschluss an die Krankenbehandlung geeignete Maßnahmen zur Festigung der Gesundheit gewährt werden. Die entsprechenden Leistungen sind in der Tabelle ersichtlich.

Der starke Anstieg der Krankheitsverhütung im Jahr 2015 ist auf den Kostenzuschuss zur Mundhygiene zurückzuführen, der ab 2014 durch die Satzung neu eingeführt wurde und ab dem Jahr 2015 unter dieser Position ausgewiesen wird. Im Jahr 2014 erfolgte die Verbuchung unter der Position "Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen".

Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufwand für die Pflege in fremden Einrichtungen	114.574,76	101.935,86	107.127,98	+ 5,1
Krankheitsverhütung	568.974,01	985.825,54	1.024.252,55	+ 3,9
Kindererholungsaktionen	387.493,82	371.227,62	378.843,64	+ 2,1
Kostenzuschüsse für Betriebshelfer	774.291,96	885.102,05	859.576,64	- 2,9
Sonstige Leistungen	-	511,28	3.261,66	•
Nicht abziehbare Vorsteuer	109.504,92	132.481,98	129.771,78	- 2,0
Summe	1.954.839,47	2.477.084,33	2.502.834,25	+ 1,0

Vorsorge(Gesunden)untersuchungen

Die Versicherten haben für sich und ihre Angehörigen jährlich Anspruch auf eine Vorsorge(Gesunden)untersuchung. Zweck dieser Untersuchung ist insbesondere die Früherkennung von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes, Herz- und Kreislaufstörungen. Nach den derzeit geltenden Richtlinien kommen für die Vorsorgeuntersuchung Frauen und Männer ab dem 18. Lebensjahr in Betracht. 2016 wurde der Vorsorgeuntersuchungs-Gesamtvertrag überarbeitet und im Zuge dessen kam es auch zu einer Tarifanpassung (erstmals seit 2005).

Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Vorsorgeuntersuchungen	3.234.023,85	3.270.954,63	3.817.551,28	+ 16,7
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.243,54	1.723,65	2.301,90	+ 33,5
Summe	3.235.267,39	3.272.678,28	3.819.853,18	+ 16,7



Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen

Den Krankenversicherungsträgern ist auch die Durchführung sonstiger Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit durch Verordnungen übertragen. Solche Verordnungen bestehen für humangenetische Vorsorgemaßnahmen und für die Durchführung der Impfungen gegen Frühsommer-Meningoenzephalitis (Zeckenschutzimpfung). Aufgabe der Krankenkasse bei der Gesundheitsförderung ist es, gesundheitsriskante Faktoren im Leben und in der Arbeitswelt vermindern zu helfen. Die Mittel dazu sind Aufklärung (Information) und Beratung.

Ab 2014 wird für Mundhygiene für Versicherte und anspruchsberechtigte Angehörige ab Vollendung des 12. Lebensjahres einmal jährlich ein Kostenzuschuss geleistet. Ab 2015 ist dieser Kostenzuschuss unter Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung zu verbuchen.

Ab 2013 haben sich die Krankenversicherungsträger an den in den jeweiligen Landesgesundheitsfonds eingerichteten Gesundheitsförderungsfonds mit jährlich 13 Mio. Euro zu beteiligen, wobei die Mittel im Verhältnis der Versichertenzahlen des zweitvorangegangenen Jahres aufgebracht werden.

Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Gesundheitsförderung	1.808.780,81	1.709.198,36	1.825.024,72	+ 6,8
Gesundheitsförderungsfonds	543.780,00	533.373,00	522.120,00	- 2,1
Sonstige Maßnahmen - Humangenetische Untersuchungen	1.218,95	1.481,36	9.451,26	•
Sonstige Maßnahmen - Zeckenschutzimpfung	79.578,31	81.043,83	70.049,57	- 13,6
Sonst. Maßnahmen - Kostenzuschuss Mundhygiene	193.838,67	-	- 35,00	•
Nicht abziehbare Vorsteuer	31.312,39	32.532,71	39.839,89	+ 22,5
Summe	2.658.509,13	2.357.629,26	2.466.450,44	+ 4,6

Fahrtspesen und Transportkosten

Fahrtkosten werden unter bestimmten Voraussetzungen im Zusammenhang mit Vorsorgeuntersuchungen und bei Kur-, Erholungs- und Genesungsaufenthalten ersetzt. Für gehunfähige Patienten oder bei Krankentransporten übernimmt die SVB die Transportkosten.

Fahrtspesen und Transportkosten	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Fahrtspesen	798,94	531,19	1.014,37	+ 91,0
Transportkosten	11.236.258,78	11.232.021,46	11.377.250,45	+ 1,3
Nicht abziehbare Vorsteuer	189.075,12	172.817,60	183.863,15	+ 6,4
Summe	11.426.132,84	11.405.370,25	11.562.127,97	+ 1,4



Vertrauensärztlicher Dienst

Nach den Rechnungsvorschriften sind gemeinsame Aufwendungen möglichst verursachungsgerecht auf einzelne Versicherungszweige zuzuordnen. Die durch den vertrauensärztlichen Dienst entstandenen Aufwendungen sind u.a. nach der Anzahl der durchgeführten Untersuchungen der Anstaltsärzte unter Berücksichtigung festgelegter Gewichtungsfaktoren auf die einzelnen Versicherungszweige zu verteilen.

Auf die Verteilungsalgorithmen wirkt auch das Ausmaß der Rezeptbearbeitung. Infolge einer gestiegenen Anzahl von eingelangten bewilligungspflichtigen Rezepten hat sich der Aufwand des Ärztlichen Dienstes bis einschließlich 2015 in Richtung Krankenversicherung verschoben.

Dementsprechend waren dem Versicherungszweig der Krankenversicherung folgende Aufwendungen zuzurechnen:

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personal- und Sachaufwand	1.742.267,08	2.126.056,99	2.091.675,36	- 1,6
Ärztehonorare	12.386,92	9.682,40	10.519,06	+ 8,6
Summe	1.754.654,00	2.135.739,39	2.102.194,42	- 1,6

Der Personalstand des gesamten Ärztlichen Dienstes über einzelne Berufsgruppen bzw. Arbeitsbereiche hinweg:

Personalstand (alle Zweige)	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ärzte	28,05	29,17	28,48	- 2,4
- Aufklärungsarbeit	0,14	0,14	0,14	-
- Ärztlicher Dienst	27,86	28,96	28,24	- 2,5
- Sonstiges (Öffentlichkeitsarbeit)	0,05	0,07	0,10	+ 42,9
Pflegepersonal	3,26	3,26	3,26	-
Ärztlicher Dienst - Verwaltungspersonal	30,01	32,17	30,80	- 4,3
Summe	61,32	64,60	62,54	- 3,2



Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

2016 wurden die Bezüge um einen Sockelbetrag von 11,50 Euro und um weitere 0,95 % erhöht.

Ursachen für die Steigerung beim Sachaufwand 2015 sind in erster Linie höhere EDV-Kosten (zum Teil auch durch Periodenverschiebungen bei der Verbuchung) und eine Änderung bei der Verbuchung der Ersätze an Gebietskrankenkassen für die Ärzteverrechnung. Bei Letzteren wird nun bereits die Akontozahlung im laufenden Jahr und nicht erst die Abrechnung im Folgejahr als Aufwand erfasst, sodass im Jahr 2015 sowohl Abrechnungen für 2014 als auch Akontozahlungen 2015 enthalten sind.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personalaufwand	30.108.034,02	31.053.884,80	31.768.173,08	+ 2,3
Sachaufwand	8.183.184,91	9.247.508,02	9.124.624,29	- 1,3
Aufwand der Verwaltungskörper	178.325,82	183.019,78	190.588,19	+ 4,1
Aufwand der Beiräte	2.242,76	2.258,37	2.113,56	- 6,4
Ersätze	- 1.975.593,92	- 2.093.081,82	- 2.091.101,54	- 0,1
Summe	36.496.193,59	38.393.589,15	38.994.397,58	+ 1,6

Abschreibungen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge.

Die Abschreibungen vom Umlaufvermögen beziehen sich auf uneinbringlich gewordene Forderungen, Beiträge sowie Beitragszuschläge.

Abschreibungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
vom Anlagevermögen	99.858,78	99.527,03	109.903,43	+ 10,4
vom Umlaufvermögen	93.202,55	88.881,10	57.948,80	- 34,8
Summe	193.061,33	188.408,13	167.852,23	- 10,9



Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Entwicklung von 2014 bis 2016 ist durch die Detaillierung in nachfolgender Tabelle weitgehend selbsterklärend. Die Veränderungen wurden insbesondere durch die Verbandsbeiträge und den Belastungsausgleich für die Aufwendungen aus der Einführung der Rezeptgebührenobergrenze (REGO) verursacht.

Zu den Verbandsbeiträgen wird angemerkt, dass sich die Beitragsentwicklung zwei Jahre verzögert auf die Verbandsbeiträge auswirkt (z.B. führen höhere Beitragseinnahmen 2015 zu einer höheren Anzahl an Verbandspunkten 2016, die sich im Zuge der Abrechnung 2016 im Jahr 2017 niederschlagen).

Auf Basis der ab 1.1.2008 geltenden Regelungen zur Rezeptgebührenobergrenze (Deckelung der Rezeptgebühr mit 2 % des Nettoeinkommens) ist lt. Abrechnung des Hauptverbandes jährlich ein Belastungsausgleich von der SVB zu überweisen. Ab 2012 ergeben sich infolge der vorübergehenden Absenkung des Hebesatzes niedrigere Werte. Dazu ist anzumerken, dass ab 1.1.2008 die KV-Beiträge der Pensionisten um 0,15 % erhöht, der Hebesatz aber nicht abgesenkt wurde, woraus eine Mehrbelastung für den Bund resultiert. Dieser Betrag, welcher sich aus der Nichtabsenkung des Hebesatzes ergibt, dient dem teilweisen Ausgleich für den Rezeptgebührenausfall aus dem Titel der Begrenzung (REGO) und ist dem Hauptverband als Belastungsausgleich für die zusätzlichen Aufwendungen aus der Einführung der Obergrenze bei Rezeptgebühren (§ 322b ASVG) zu überweisen. Der Hauptverband hat für das vorangegangene Jahr die Ausfälle an Rezeptgebühren je Träger zu ermitteln. Jeder KV-Träger erhält nach Maßgabe der vorhandenen Mittel einen im Verhältnis zu den Aufwendungen (= Rezeptgebührenentfall durch REGO) entsprechend hohen Ausgleich. Der Saldo der an den Hauptverband abgeführten Mehreinnahmen aus der Nichtabsenkung des Hebesatzes und dem Ausgleich für den Einnahmenentgang an Rezeptgebühren ist nach den Bestimmungen der Rechnungsvorschriften, je nachdem, ob es sich um Zahlungen oder Empfänge handelt, unter der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" oder unter der Position "Sonstige betriebliche Erträge" auszuweisen. Die Rückkehr des Hebesatzes auf den ursprünglichen Wert von 397 im Jahr 2015 (2014: 360) bzw. die daraus resultierend gestiegenen Beitragseinnahmen erhöhen 2016 die REGO-Überweisungen der SVB um rd. 1 Mio. Euro.

Der Punkt "Andere" beinhaltet die infolge des Verkaufs des Regionalbüros in Eisenstadt auszuscheidenden Restbuchwerte (KV-Anteil 189.780 Euro; insgesamt 533.898 Euro).

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufsichtsgebühr	24.514,13	24.748,08	26.675,98	+ 7,8
Verbandsbeitrag	688.210,00	712.400,00	747.770,00	+ 5,0
Verbandsbeitrag Projekt e-card	396.750,00	499.060,00	290.610,00	- 41,8
Verbandsbeitrag ITSV	356.130,00	324.480,00	373.620,00	+ 15,1
Verbandsbeitrag ELGA	129.970,00	192.220,00	121.650,00	- 36,7
Sozialgerichtskosten	3.128,69	3.847,40	5.163,71	+ 34,2
Öffentlichkeitsinformation	182.876,39	167.360,69	225.436,85	+ 34,7
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	50.031,58	38.854,81	37.596,64	- 3,2
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	249.531,07	202.381,01	200.715,14	- 0,8
Nicht abziehbare Vorsteuer	51.354,04	63.381,97	72.995,96	+ 15,2
IVF - Fonds	94.851,00	93.781,00	119.806,08	+ 27,8
Reformpoolprojekte	58,43	142,13	9.479,48	•
Belastungsausgleich (REGO)	3.025.017,20	2.951.617,00	3.905.527,13	+ 32,3
Andere	73.813,36	69.108,84	283.006,56	+ 309,5
Summe	5.326.235,89	5.343.382,93	6.420.053,53	+ 20,1



Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ist die Summe der Vermögenserträgnisse abzüglich der Finanzaufwendungen.

Die 2015 und 2016 stark gestiegenen Vermögenserträgnisse von Wertpapieren sind darauf zurückzuführen, dass im Laufe des Jahres 2015 sowie Anfang 2016 mehrere Bankanleihen erworben wurden.

Die Vermögenserträgnisse von Darlehen resultieren aus dem KV-Anteil eines an die SVD Büromanagement GmbH gewährten Gesellschafterdarlehens, dessen erste Tranche Ende 2016 ausbezahlt wurde.

Der Rückgang der Vermögenserträgnisse aus Geldeinlagen wird durch die Umschichtung von Bankeinlagen in Anleihen sowie durch den weiteren Rückgang des Zinsniveaus verursacht.

Die dargestellten Vermögenserträgnisse aus Verkauf von Finanzvermögen und die Finanzaufwendungen aus An- und Verkauf von Finanzvermögen ergeben sich aus der Regelung in den Rechnungsvorschriften, wonach bei einem Kauf zu einem Kurs über dem Nennwert die gesamte Differenz zum Nennwert sofort als Aufwand zu erfassen ist, wohingegen bei jenen Veranlagungen, die unter dem Nennwert erfolgt sind, der gesamte Kursgewinn bei Fälligkeit am Ende der Laufzeit unter den Vermögenserträgnissen darzustellen ist.

Finanzergebnis	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Vermögenserträgnisse von Wertpapieren	321.716,75	1.177.389,65	2.258.195,27	+ 91,8
Vermögenserträgnisse von Darlehen	-	-	462,50	•
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen	1.693.615,73	1.392.015,96	776.599,36	- 44,2
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	_	-	-	-
Verkauf von Finanzvermögen	225.000,00	-	107.000,00	•
Zinsaufwendungen	-	1,54	-	•
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	_	-	-
Finanzaufwendungen aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	-	1.653.880,00	604.000,00	- 63,48
Summe	2.240.332,48	915.524,07	2.538.257,13	-



Außerordentliches Ergebnis

Die hier ausgewiesenen GSBG-Mittel aus der Tabaksteuer dienen dem Strukturausgleich. Diese Mittel fließen zu 76 % an den Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen und zu 24 % an die SVB.

Außerordentliches Ergebnis	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beitrag des Bundes	28.334.321,30	29.938.800,00	30.671.971,20	+ 2,4
Summe	28.334.321,30	29.938.800,00	30.671.971,20	+ 2,4

Zuweisung an Rücklagen

Gemäß § 42 Abs. 2 Z. 1 BSVG können dem Unterstützungsfonds für den Bereich der Krankenversicherung bis zu 3 ‰ der Erträge an Versicherungsbeiträgen zugewiesen werden, sofern die Mittel des Unterstützungsfonds gemäß § 42 Abs. 3 Z. 1 BSVG 15 ‰ der Beitragseinnahmen nicht übersteigen.

Entsprechend den Rechnungsvorschriften hat die Leistungssicherungsrücklage ein Zwölftel der Summe der Versicherungsleistungen zu betragen. Dieser Sollbetrag wurde mit der Zuweisung in Höhe von 1.303.834,59 erfüllt.

Zuweisung an Rücklagen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Jahresüberschuss	31.379.278,51	61.483.590,46	29.114.375,20	- 52,6
Zuweisung an die Leistungssicherungsrücklage	898.408,45	868.910,13	1.303.834,59	+ 50,1
Zuweisung an den Unterstützungsfonds	1.000.000,00	1.000.000,00	400.000,00	- 60,0
Summe Zuweisungen	1.898.408,45	1.868.910,13	1.703.834,59	- 8,8
Bilanzgewinn	29.480.870,06	59.614.680,33	27.410.540,61	- 54,0

Der Bilanzgewinn 2016 von 27.410.540,61 erhöht die Allgemeine Rücklage.

Unfallversicherung



Erfolgsrechnungen 2014 - 2016

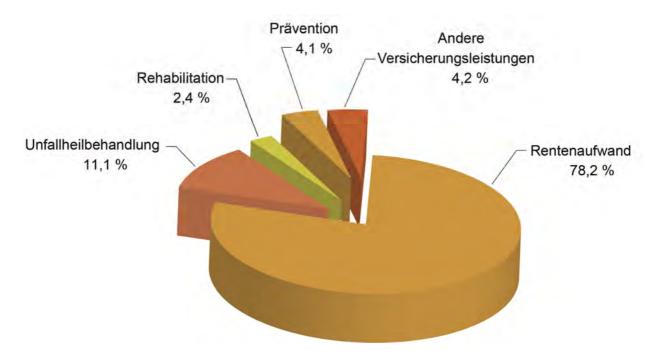
Bezeichnung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge für				
a) Pflichtversicherte	95.035.604,43	95.742.892,05	96.828.854,43	+ 1,1
b) freiwillig Versicherte	4.939,64	15.125,92	26.031,49	+ 72,1
c) Höherversicherte	-	-	-	-
d) Zusatzversicherte	-	-	-	-
Summe der Beiträge	95.040.544,07	95.758.017,97	96.854.885,92	+ 1,1
Entschädigung für Kriegsgefangene	810,00	450,00	450,00	-
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	177.257,73	189.152,13	184.486,86	- 2,
Ersätze für Leistungsaufwendungen	1.391.181,77	1.705.908,85	1.671.636,46	- 2,0
Kostenbeteiligungen	10.400,00	14.700,00	14.970,50	+ 1,8
Sonstige betriebliche Erträge	175.390,38	160.870,48	361.161,86	+ 124,
Summe der Erträge	96.795.583,95	97.829.099,43	99.087.591,60	+ 1,
Renten	25 225 040 00	24 420 250 45	20 740 554 00	4
a) Versehrtenrenten	35.235.949,89	34.138.352,15	32.718.554,99	- 4,
b) Betriebsrenten	19.421.330,83	20.439.290,54	21.149.999,58	+ 3,
c) Versehrtengeld	303.670,44	355.914,51	413.293,15	+ 16,
d) Witwenrenten	13.512.312,89	13.480.610,08	13.257.253,71	- 1,
e) Witwerrenten	641.949,79	654.278,21	641.907,48	- 1,
f) Waisenrenten	1.803.335,82	1.732.543,17	1.705.567,49	- 1,
g) Eltern- und Geschwisterrenten	-	-	-	-
h) Übergangsrenten und Übergangsbetrag	0.504.40	0.600.45	6 005 45	- - 35.
i) Rentenabfertigungen	9.521,40	9.683,45	6.225,45	,
j) Rentenabfindungen	6.067.282,75	5.288.345,79	9.154.776,16	+ 73,
Rentenaufwand	76.995.353,81	76.099.017,90	79.047.578,01	+ 3,
Beihilfen				
a) Witwenbeihilfen	99.174,70	141.607,78	196.602,52	+ 38,
b) Witwerbeihilfen	7.258,14	2.460,51	4.980,08	+ 102,
Entschädigung für Kriegsgefangene	810,00	450,00	450,00	-
Bestattungskostenbeitrag	93.967,05	81.358,89	80.392,33	- 1,
Zuschüsse für Entgeltfortzahlung	-	-	-	-
Unfallheilbehandlung	10.510.355,02	10.916.178,63	11.265.603,39	+ 3,
Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel	2.798.664,80	2.816.289,58	2.911.748,11	+ 3,
Rehabilitation	1.812.701,69	2.010.633,58	2.412.193,37	+ 20,
Unfallverhütung, Präventionsberatung und Erste-Hilfe-				
Leistung				
a) Unfallverhütung	3.789.184,30	3.973.163,03	4.148.333,87	+ 4,
b) Präventionsberatung	-	-	-	-
c) Erste-Hilfe-Leistung	18.893,35	9.106,25	7.990,00	- 12,
Summe Prävention	3.808.077,65	3.982.269,28	4.156.323,87	+ 4,
Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner	-	-	-	-
Fahrtspesen und Transportkosten für				
Leistungsempfänger				
a) Fahrtspesen	35.243,86	34.888,46	38.714,40	+ 11,
b) Transportkosten	27.475,71	17.122,58	19.543,18	+ 14,
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	834.200,93	911.706,00	1.007.817,02	+ 10,
Summe der Versicherungsleistungen	97.023.283,36	97.013.983,19	101.141.946,28	+ 4,
Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand				
a) eigener	13.412.288,10	13.571.991,73	13.756.733,80	+ 1,
b) Vergütungen an Sozialversicherungsträger	-	-	-	,
c) sonstige Vergütungen	211.609,96	202.274.55	201.527,66	- 0,
Abschreibungen	211.000,00	202.27 1,00	201.021,00	Ο,
•	12 050 70	10 046 07	45 490 00	, 14
a) vom Anlagevermögen b) vom Umlaufvermögen	42.058,79	40.946,07 47.786,12	45.489,02 24.383,93	+ 11, - 49,
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.409,49 1.991.573,97			- 49, + 6,
Summe der Aufwendungen		1.980.639,24	2.100.242,10	
	112.701.223,67	112.857.620,90	117.270.322,79	+ 3,
Betriebsergebnis	- 15.905.639,72	- 15.028.521,47	- 18.182.731,19	-
Vermögenserträgnisse von				
a) Wertpapieren	-	-		-
b) Darlehen	-	-	189,89	-
c) Geldeinlagen	112.491,62	139.947,04	111.972,88	- 20,
d) Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
e) Verkauf von Finanzvermögen	-	-	-	-
Finanzaufwendungen				
a) Zinsaufwendungen	-	-	-	-
b) aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	-	-	-	-
Finanzergebnis	112.491,62	139.947,04	112.162,77	-
Finanz- und Betriebsergebnis	- 15.793.148,10	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	-
Beiträge des Bundes	-	-	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 15.793.148,10	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	-
außerordentliche Erträge			. 5.5. 5.000,72	-
außerordentliche Aufwendungen	_	_	_	_
außerordentliches Ergebnis		-	-	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 15.793.148,10	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	-
Auflösung von Rücklagen	- 13.733.140,10		- 10.070.300,42	-
Auflosung von Rucklagen Zuweisung an Rücklagen	64 604 00	775,01	242.006.00	-
Z DWEIS DOUBLIE BUCKIADED	61.681,38	-	343.996,92	-
Zawoloung arritaonagon				



Leistungen der Unfallversicherung

Im Herbst 1998 wurde die 22. Novelle zum BSVG verlautbart, mit der anstatt eines Verweises auf das ASVG ein eigener Abschnitt mit dem Titel "Leistungen der Unfallversicherung" im BSVG neu geschaffen wurde. Mit dieser Reform erfolgte eine Anpassung der Bestimmungen auf ein bauernspezifisches Gesamtpaket mit einer Ausweitung des Versichertenkreises, einer Aktualisierung der unfallversicherungsgeschützten Tätigkeiten, einer Verbesserung bestehender als auch der Aufhebung nicht mehr zeitgemäßer Leistungen. Die Höhe der Unfallrenten wurde an die anderer Träger angepasst. Anstelle der Versehrtenrente wurde die höhere Betriebsrente eingeführt.

Dieser Rentenaufwand, bestehend aus den alten Versehrtenrenten, den neuen Betriebsrenten als auch den anderen Rentenleistungen, stellt die entwicklungsbestimmende Größe unter den Versicherungsleistungen dar, welcher teilweise auch BSVG-fremde Leistungen, insbesondere Rentenleistungen von Nebenerwerbsbauern aufgrund von ASVG-Bemessungsgrundlagen, inkludiert.



Unter den anderen Versicherungsleistungen sind in der Grafik mit einem Anteil von insgesamt 4,2 % die Witwen- und Witwerbeihilfen, die Entschädigungen für Kriegsgefangene, Bestattungskostenbeiträge, Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel, Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger als auch der vertrauensärztliche Dienst subsumiert.



Beitragseinnahmen

Die bäuerliche Unfallversicherung ist als Betriebsversicherung mit einem Betriebsbeitrag angelegt, welcher auch temporäre Tätigkeiten von Familienangehörigen im Betrieb in den Versicherungsschutz mit einbezieht.

Ab 2015 gibt es darüber hinaus die Möglichkeit für Lebensgefährten, Pflegekinder und pflegende Angehörige, sich unter bestimmten Voraussetzungen in der Unfallversicherung selbst zu versichern.

Von den Grundstückseigentümern ist an das Finanzamt ein Zuschlag zum Grundsteuermessbetrag nach dem Grundsteuergesetz für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke gemäß § 30 (3) BSVG abzuführen. Der höhere Betrag im Jahr 2014 resultiert aus Nachverrechnungen für das Jahr 2013, da es bei der Anhebung des Zuschlages zum Grundsteuermessbetrag ab 1.7.2012 von 200 % auf 300 % zu Verzögerungen bei der Einhebung kam.

Die sonstigen Beiträge sind insbesondere Beiträge für Personen, deren Tätigkeit in der Ausübung der sich aus einer Jagd- oder Fischereipachtung ergebenden Berechtigung besteht. Diese sind vom Inhaber des Betriebes bzw. von den berechtigten Personen zu entrichten.

Beiträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Pflichtversicherte	95.035.604,43	95.742.892,05	96.828.854,43	+ 1,1
freiwillig Versicherte	4.939,64	15.125,92	26.031,49	+ 72,1
Summe der Beiträge	95.040.544,07	95.758.017,97	96.854.885,92	+ 1,1

Beiträge für Pflichtversicherte	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Betriebsbeiträge gemäß § 30 (1) BSVG	75.953.944,42	77.298.402,27	78.374.929,32	+ 1,4
Zuschlag gemäß § 30 (3) BSVG	15.902.116,27	15.208.618,07	15.152.448,23	- 0,4
Sonstige Beiträge	3.138.490,12	3.185.667,47	3.253.819,54	+ 2,1
Beiträge für Versicherungsvertreter in den Verwaltungskörpern und für Funktionäre der LWK	41.053,62	50.204,24	47.657,34	- 5,1
Summe	95.035.604,43	95.742.892,05	96.828.854,43	+ 1,1

Weitere Ertragspositionen

Entschädigung für Kriegsgefangene

Diese Entschädigung - siehe auch die gleich lautende Aufwandsposition - wird einschließlich des Anteiles an Verwaltungsaufwendungen vom Bund ersetzt.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	810,00	450,00	450,00	-



Verzugszinsen und Beitragszuschläge

	2014	2015	2016	∆ 2015 2016 in %
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	177.257,73	189.152,13	184.486,86	- 2,5

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Schadenersatzansprüche unterliegen generell, sowohl fallzahlen- als auch betragsmäßig, temporären Schwankungen.

Weiters wird unter dieser Position die Beihilfe gemäß GSBG als Ersatz für die im Leistungsbereich angefallene nicht abziehbare Vorsteuer ausgewiesen.

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ersätze aus Schadensersatzansprüchen	305.735,83	540.867,13	442.263,97	- 18,2
Sonstige Ersätze	11.124,94	11.242,80	11.296,38	+ 0,5
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	1.074.321,00	1.153.798,92	1.218.076,11	+ 5,6
Summe	1.391.181,77	1.705.908,85	1.671.636,46	- 2,0

Kostenbeteiligungen

Im Gegensatz zum Versicherungszweig Krankenversicherung ist diese ab dem Jahr 2009 neu eingeführte Ertragsposition in der Unfallversicherung betragsmäßig nicht relevant. Die für das Jahr 2016 auszuweisenden Kostenbeteiligungen von 14.970,50 ergeben sich durch Zuzahlungen für Unterkunft und Verpflegung zu Arbeitsmedizinischen Wochen.

Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden alle jene Positionen zusammengefasst, die nicht einer konkreten Ertragsposition zugeordnet sind. Die Position Verkaufserlöse beinhaltet den UV-Anteil des Verkaufes des Regionalbüros Eisenstadt in Höhe von 193.776 Euro. Die Unterposition "Andere" inkludiert den Anteil der Unfallversicherung an den Gewinnausschüttungen der ehemaligen Eigenen Einrichtungen, an denen die SVB nach der Teilprivatisierung noch mit 26 % beteiligt ist.

Sonstige betriebliche Erträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	12.365,64	13.287,08	12.622,19	- 5,0
Verkaufserlöse	477,55	107,56	193.908,80	•
Skonti	3.167,98	3.263,12	3.609,69	+ 10,6
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	80.977,61	69.026,85	64.914,55	- 6,0
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	19.006,31	24.670,64	29.675,20	+ 20,3
Andere	59.395,29	50.515,23	56.431,43	+ 11,7
Summe	175.390,38	160.870,48	361.161,86	+ 124,5



Versicherungsleistungen

In den meisten Fällen kommt in der Unfallversicherung die gesamtsolidarische Bemessungsgrundlage zur Anwendung. Sie ist ein im Gesetz festgelegter Betrag, welcher dem durchschnittlich erzielbaren Jahreseinkommen für Landwirte entspricht. Daraus abgeleitet, je nach Leistungsart als auch nach dem Grad der Erwerbsminderung, kommen unterschiedliche Prozentsätze für die Leistungsbemessung zur Anwendung.

Versehrten- und Betriebsrenten

Die Renten wurden mit 1.1.2016 um 1,2 % erhöht. Mit der UV-Reform 1999 wurde die bis dahin wichtigste Geldleistung, die Versehrtenrente, von der Betriebsrente abgelöst, wodurch sich der Bestand dieser Renten seither gegenläufig entwickelt. Die Betriebsrente soll die Weiterführung des Betriebes erleichtern und einen Ersatz für einen lang andauernden Verlust des Betriebseinkommens bieten, wenn die Erwerbsminderung nach einem Jahr noch mindestens 20 % (in speziellen Fällen mindestens 50 %) beträgt.

Versehrten- und Betriebsrenten	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Versehrtenrenten	35.235.949,89	34.138.352,15	32.718.554,99	- 4,2
Betriebsrenten	19.421.330,83	20.439.290,54	21.149.999,58	+ 3,5
Summe	54.657.280,72	54.577.642,69	53.868.554,57	- 1,3

Versehrtengeld

Als Überbrückungshilfe gebührt im einjährigen Zeitraum bis zum Anfall der Betriebsrente, abhängig vom Ausmaß der zu erwartenden Erwerbsminderung, ein kleines oder ein großes Versehrtengeld.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Versehrtengeld	303.670,44	355.914,51	413.293,15	+ 16,1

Hinterbliebenenrenten

Wenn der Tod des Versicherten infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit eingetreten ist, gebührt eine Witwen- bzw. Witwerrente im Ausmaß von 20 % der Bemessungsgrundlage. Für einfache Waisen ist der Prozentsatz mit 20 % genauso hoch, Doppelwaisen haben einen Anspruch von 30 %.

Hinterbliebenenrenten	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Witwenrenten	13.512.312,89	13.480.610,08	13.257.253,71	- 1,7
Witwerrenten	641.949,79	654.278,21	641.907,48	- 1,9
Waisenrenten	1.803.335,82	1.732.543,17	1.705.567,49	- 1,6
Summe	15.957.598,50	15.867.431,46	15.604.728,68	- 1,7



Rentenabfertigungen

Mit Wiederverehelichung fällt die Witwen(Witwer)rente weg und es gebührt eine Abfertigung in der Höhe des 35-fachen Monatsbetrages der mit 20 % der Bemessungsgrundlage berechneten Rente.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Rentenabfertigungen	9.521,40	9.683,45	6.225,45	- 35,7

Rentenabfindungen

Der überwiegende Teil der Rentenabfindungen betrifft Abfindungen von Betriebsrenten. Diese fallen mit der Betriebsaufgabe, spätestens mit dem Anfall einer Eigenpension, weg. Die Abfindung entspricht der Hälfte der kapitalisierten Betriebsrente. Durch die Anhebung des Alters für den Tätigkeitsschutz im Jahr 2015 haben sich Pensionsantritte und somit auch Rentenabfindungen ins Jahr 2016 verschoben (2015: 175 Rentenabfindungen, 2016: 301).

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Rentenabfindungen	6.067.282,75	5.288.345,79	9.154.776,16	+ 73,1

Witwen(Witwer)beihilfen

Die Leistungen beruhen auf Schwerversehrtenrenten nach dem ASVG. Da es noch einen großen Bestand an derartigen Renten gibt, besteht erhebliches Schwankungspotential.

Witwen(Witwer)beihilfen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Witwenbeihilfen	99.174,70	141.607,78	196.602,52	+ 38,8
Witwerbeihilfen	7.258,14	2.460,51	4.980,08	+ 102,4
Summe	106.432,84	144.068,29	201.582,60	+ 39,9



Entschädigung für Kriegsgefangene

Nach den Bestimmungen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (KGEG) sind seit 2001 für österreichische Staatsbürger/Staatsbürgerinnen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Kriegsgefangenschaft gerieten oder unter bestimmten Voraussetzungen aus politischen oder militärischen Gründen festgenommen bzw. angehalten wurden, Entschädigungen zu gewähren.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	810,00	450,00	450,00	-

Bestattungskostenbeitrag

Dieser Beitrag gebührt in Höhe von 1/15 der gesamtsolidarischen Bemessungsgrundlage. In bestimmten Fällen werden auch Überführungskosten übernommen.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Bestattungskostenbeitrag	93.967,05	81.358,89	80.392,33	- 1,2

Unfallheilbehandlung

Die Unfallheilbehandlung hat den Zweck, mit allen geeigneten Mitteln die durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verursachte Körperschädigung bzw. Gesundheitsstörung zu beseitigen oder zumindest zu bessern und eine Verschlimmerung zu verhüten. Sie umfasst Anstaltspflege, ärztliche Hilfe, Heilmittel und Heilbehelfe als auch unfallbedingten Zahnersatz, sofern für diese Leistungen nicht die Krankenversicherung aufkommt, die eine Vorleistungspflicht hat.

Schwankungen sind im Zusammenhang mit unterschiedlichen Patientenzahlen zu sehen.

Unfallheilbehandlung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ambulante Heilbehandlung	261.798,11	244.222,14	223.270,50	- 8,6
Stationäre Heilbehandlung	8.945.798,66	8.873.748,00	9.380.146,12	+ 5,7
Ersatzleistungen	439.806,81	645.058,44	460.292,91	- 28,6
Barleistungen während der Heilbehandlung	616.992,22	902.069,75	927.086,33	+ 2,8
Nicht abziehbare Vorsteuer	245.959,22	251.080,30	274.807,53	+ 9,5
Summe	10.510.355,02	10.916.178,63	11.265.603,39	+ 3,2



Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel	2.798.664,80	2.816.289,58	2.911.748,11	+ 3,4

Rehabilitation

Durch berufliche Maßnahmen soll der Versehrte in die Lage versetzt werden, die bisherige Tätigkeit weiter auszuüben bzw. einen neuen Beruf zu ergreifen, während die sozialen Maßnahmen darüber hinausgehende Leistungen sind, welche den Versehrten in die Lage versetzen, im beruflichen und wirtschaftlichen Leben und in der Gemeinschaft einen ihm angemessenen Platz möglichst dauernd einnehmen zu können. Entsprechend den Leistungsinhalten der bäuerlichen Unfallversicherung sollen die Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel gesetzt werden, dass der Arbeitsplatz "Bauernhof" erhalten bleibt und das laufende Wirtschaftsjahr abgesichert wird. Dazu zählen insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit notwendigen Wirtschaftsgebäude- und Arbeitsplatzinvestitionen, die Adaptierung bzw. Anschaffung von Maschinen und Geräten, Zuschüsse zur Wohnungsadaptierung als auch Aufwendungen für Betriebshelfer.

Rehabilitation	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Berufliche Ausbildung	38.833,69	34.466,92	51.057,96	+ 48,1
Hilfe zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit	887.862,48	1.074.895,17	1.298.853,08	+ 20,8
Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle	14.624,40	-	-	•
Übergangsgeld	7.100,62	8.541,04	5.052,96	- 40,8
Summe Berufliche Maßnahmen	948.421,19	1.117.903,13	1.354.964,00	+ 21,2
Zuschuss zur Wohnungsadaptierung	126.121,76	134.610,12	178.502,68	+ 32,6
Zuschuss für die Erlangung der Lenkerbefähigung	-	900,08	697,73	- 22,5
Zuschuss zum Ankauf bzw. Adaptierung eines PKW	116.564,63	116.944,15	162.974,68	+ 39,4
Hilfsmittel und sonstige Leistungen	8.213,78	997,49	3.020,82	+ 202,8
Summe Soziale Maßnahmen	250.900,17	253.451,84	345.195,91	+ 36,2
Personal- und Sachaufwand d. Rehabilitationsberater	613.380,33	639.278,61	712.033,46	+ 11,4
Summe	1.812.701,69	2.010.633,58	2.412.193,37	+ 20,0



Unfallverhütung

Die Unfallversicherung hat den gesetzlichen Auftrag zur Vorsorge für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Instrumentarien der Sicherheitsberatung sollen in den Betrieben die Arbeitssicherheit steigern helfen und Maßnahmen zur präventiven Gestaltung von sicheren, gesunden und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen unterstützen. Ab 2012 gibt es eine Ausweitung auf eine erstmals flächendeckend über das gesamte Bundesgebiet angebotene FSME-Impfaktion.

Unter dem Punkt Sonderaktionen werden bei Naturereignissen (wie zB Sturmschäden, Blitzeis) Zuschüsse beim Ankauf von Schutzausrüstungen für die Aufarbeitung von Schäden ausgewiesen.

Unfallverhütung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Impfungen	503.691,24	617.021,00	564.888,54	- 8,4
Untersuchungen, Forschung	-	74,96	-	•
Ausstellungen, Messen	6.884,45	3.706,78	7.815,13	+ 110,8
Sonderaktionen	130.755,00	169.305,00	88.410,00	- 47,8
Werbe- und Aufklärungsschriften	42.781,62	53.197,01	44.105,58	- 17,1
Sonstiges	17.273,30	28.758,13	32.091,45	+ 11,6
Arbeitsmedizinische Woche	95.796,11	115.743,76	137.871,25	+ 19,1
Summe Vorbeugende Maßnahmen	797.181,72	987.806,64	875.181,95	- 11,4
Personal- u. Sachaufwand (fachkundige Bedienstete)	2.830.727,44	2.798.300,62	3.105.432,40	+ 11,0
Nicht abziehbare Vorsteuer	161.275,14	187.055,77	167.719,52	- 10,3
Summe	3.789.184,30	3.973.163,03	4.148.333,87	+ 4,4

Erste-Hilfe-Leistung

Für eine wirksame Erste Hilfe bei Arbeitsunfällen sind bestimmte Kenntnisse des Helfers notwendig, welche in Erste-Hilfe-Kursen erworben werden können. Die SVB zahlt daher den bäuerlichen Versicherten den Besuch solcher Kurse.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Erste-Hilfe-Leistung	18.893,35	9.106,25	7.990,00	- 12,3

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung

Es gelten die unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig KV angeführten Erläuterungen. Die Entwicklung der Ärztehonorare ist in direktem Zusammenhang mit der Anzahl der Begutachtungen zu sehen.

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personal- und Sachaufwand	489.408,09	550.766,41	585.367,55	+ 6,3
Ärztehonorare	344.792,84	360.939,59	422.449,47	+ 17,0
Summe	834.200,93	911.706,00	1.007.817,02	+ 10,5



Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

Siehe dazu die allgemeinen Erläuterungen unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig Krankenversicherung.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personalaufwand	11.479.514,32	11.698.141,01	11.780.777,98	+ 0,7
Sachaufwand	2.458.213,46	2.473.200,57	2.582.136,73	+ 4,4
Aufwand der Verwaltungskörper	74.938,04	75.168,85	78.763,20	+ 4,8
Aufwand der Beiräte	942,48	927,54	873,45	- 5,8
Ersätze	- 601.320,20	- 675.446,24	- 685.817,56	+ 1,5
Summe	13.412.288,10	13.571.991,73	13.756.733,80	+ 1,4

Sonstige Vergütungen

Der Bund erhält für jenen Teil der UV-Beiträge, die als Zuschlag zum Grundsteuermessbetrag von den örtlichen Finanzämtern eingehoben werden, 1,33 % der abgeführten Beiträge.

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Sonstige Vergütungen	211.609,96	202.274,55	201.527,66	- 0,4

Abschreibungen vom Anlagevermögen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge. Die Abschreibungen vom Umlaufvermögen beziehen sich auf uneinbringlich gewordene Forderungen.

Abschreibungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
vom Anlagevermögen	42.058,79	40.946,07	45.489,02	+ 11,1
vom Umlaufvermögen	20.409,49	47.786,12	24.383,93	- 49,0
Summe	62.468,28	88.732,19	69.872,95	- 21,3

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Mehraufwand für das Pflegegeld in der Unfallversicherung ist aus dem Versicherungszweig der Unfallversicherung zu tragen und scheint hier unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf.

Der Punkt "Andere" beinhaltet den UV-Anteil in Höhe von 78.376,22 Euro für die Ausbuchung der Restbuchwerte im Zuge des Verkaufs des Regionalbüros in Eisenstadt.



Sonstige betriebliche Aufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufsichtsgebühr	4.647,45	4.752,03	4.787,90	+ 0,8
Verbandsbeitrag	127.260,00	136.070,00	149.310,00	+ 9,7
Verbandsbeitrag Projekt e-card	73.340,00	94.970,00	59.500,00	- 37,3
Verbandsbeitrag ITSV	65.850,00	62.160,00	74.640,00	+ 20,1
Verbandsbeitrag ELGA	23.820,00	36.420,00	24.730,00	- 32,1
Sozialgerichtskosten	103.966,31	98.973,04	73.974,56	- 25,3
Öffentlichkeitsinformation	50.369,32	54.865,14	59.887,36	+ 9,2
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	224.397,05	215.258,61	214.206,97	- 0,5
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	104.884,71	83.092,31	82.929,87	- 0,2
Nicht abziehbare Vorsteuer	19.006,31	24.670,64	29.675,20	+ 20,3
Mehraufwand Pflegegeld UV	1.165.615,67	1.143.422,44	1.137.502,88	- 0,5
Andere	28.417,15	25.985,03	189.097,36	•
Summe	1.991.573,97	1.980.639,24	2.100.242,10	+ 6,0

Finanzergebnis

Durch die Streichung des Bundesbeitrages ab dem Geschäftsjahr 2011 und die damit verbundenen Bilanzverluste war das Geldvermögen in der Unfallversicherung im Jahr 2012 aufgebraucht und eine Kreditfinanzierung notwendig geworden. Zur Vermeidung hoher Bankverbindlichkeiten wurde ab dem Jahr 2013 die durch den Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit eines Rücklagentransfers aus der Krankenversicherung genutzt.

Mit Transferzahlungen von 40 Mio. im Jahr 2013, 30 Mio. im Jahr 2014 und 40 Mio. im Jahr 2015 wurden einerseits Bankverbindlichkeiten wieder zurückbezahlt bzw. finanzielle Reserven aufgebaut, was im Finanzergebnis einen entsprechenden Niederschlag findet. Im Jahr 2016 fand keine Transferzahlung von der Krankenversicherung in die Unfallversicherung statt.

Finanzergebnis	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen/Darlehen	112.491,62	139.947,04	112.162,77	- 19,9
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Zinsaufwendungen	_	-	-	-
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Summe	112.491,62	139.947,04	112.162,77	- 19,9

Beiträge des Bundes

Zur Sicherung der Leistungen aus dem Zweig der Unfallversicherung leistete der Bund gemäß § 31 (2) BSVG zuletzt noch für 2010 einen Beitrag in Höhe eines Drittels der Beiträge der Pflichtversicherten. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde ein gänzlicher Entfall des Bundesbeitrages herbeigeführt.



Außerordentliches Ergebnis

Seit 2010 gibt es keine Geschäftsvorgänge, die als außerordentliche Erträge oder als außerordentliche Aufwendungen auszuweisen sind.

Zuweisung an / Auflösung von Rücklagen

Nach den Rechnungsvorschriften ist zur Sicherung der Leistungsverpflichtungen sowie zum Ausgleich unterjähriger Zahlungsschwankungen eine Leistungssicherungsrücklage im Ausmaß von einem Zwölftel der Summe der Versicherungsleistungen zu bilden.

Aufgrund der Begrenzung der Leistungssicherungsrücklage war diese per 31.12.2015 um 775 Euro zu reduzieren. Im Jahr 2016 wurden der Leistungssicherungsrücklage wieder 343.996,92 Euro zugewiesen und sie erreicht somit am Ende des Geschäftsjahres 2016 den Sollstand von 8.428.495,52 Euro. Auf die Entwicklungsdarstellungen der Rücklagen im Kapitel "Schlussbilanz" wird verwiesen.

Zuweisung/Auflösung Rücklagen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 15.793.148,10	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	+ 21,4
Zuweisung an die Leistungssicherungsrücklage	61.681,38	-	343.996,92	•
Auflösung von Rücklagen	-	775,01	-	•
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 15.854.829,48	- 14.887.799,42	- 18.414.565,34	+ 23,7





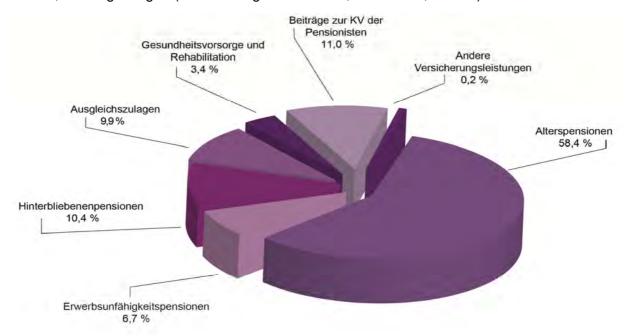
Erfolgsrechnungen 2014 – 2016

Bezeichnung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016
•				in %
Beiträge für	F7F 00F F00 00	F77 000 004 F4	F00 400 700 00	. 0.7
a) Erwerbstätige b) Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z.2 APG	575.205.590,39	577.999.231,51	582.102.762,20	+ 0,7
c) Freiwillig Versicherte	- 19.629.078,33	13.534.727,41	15.963.193,98	+ 17,9
d) Überweisungsbeträge	955.863,46	917.943,04	952.687,70	+ 3,8
Zwischensumme	5.944.413,39 562.476.788,91	5.309.091,42 597.760.993,38	4.382.842,05 603.401.485,93	- 17,4 + 0,9
e) Höherversicherte	-	· ·		+ 63,8
f) Eink. Schul- Studienzeiten	357.489,57	609.760,12 1.107.584.65	999.029,71	1
g) Abgeltungsbeträge für vor dem 1.1.1955 Geborene	459.812,58	1.107.304,03	1.912.030,20	+ 72,6
h) Sonstige Beiträge	9.565.795.14	0 654 470 67	9.719.109.54	. 0.7
Summe der Beiträge		9.654.479,67 609.132.817,82	616.031.655,38	+ 0,7
Ausfallhaftung des Bundes	572.859.886,20			+ 1,1
Ausgleichszulagen	1.437.562.447,40 240.868.372,33	1.464.091.228,33 233.569.564,13	1.496.746.052,41	+ 2,2
Entschädigung für Kriegsgefangene	481.605,20	393.732,50	226.512.593,25 318.473,00	- 3,0 - 19,1
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	1		1	- 19,1
Ersätze für Leistungsaufwendungen	927.146,56	995.814,38 6.332.859,76	981.518,52	+ 1,1
Kostenbeteiligungen	6.089.030,59 1.429.066,84	1.518.945,37	6.404.582,29 1.551.841,66	+ 1,1
Sonstige betriebliche Erträge	1.998.731,56	2.111.877,45	2.637.918,42	+ 24,9
Summe der Erträge	2.262.216.286,68	2.318.146.839,74	2.351.184.634,93	+ 1,4
Pensionen	2.202.210.200,00	2.310.140.033,74	2.001.104.004,00	T 1,4
a) Alterspensionen	1.255.904.556,75	1.294.025.612,96	1.330.690.298,98	+ 2,8
b) Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit	182.230.371,74	168.904.292,65	153.368.704,33	- 9,2
c) Hinterbliebenenpensionen	231.114.763,75	234.255.908,63	236.045.876,57	+ 0,8
d) Einmalzahlungen	237.452,32	153.301,04	166.661,01	+ 8,7
Summe der Pensionsaufwendungen	1.669.487.144,56	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	+ 1,4
Ausgleichszulagen	240.868.372,33	233.569.564,13	226.512.593,25	- 3,0
Entschädigung für Kriegsgefangene	481.605,20	393.732,50	318.473,00	- 19,1
Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen	633.738,32	594.184,13	758.862,05	+ 27,7
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	72.790.095,67	73.863.062,19	76.670.849,93	+ 3,8
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	216.949.910,95	251.555.008,70	251.137.694,36	- 0,2
Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger	80.167,37	68.756,54	75.379,14	+ 9,6
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2.487.570,37	2.373.087,31	2.315.143,68	- 2,4
Summe der Versicherungsleistungen	2.203.778.604,77	2.259.756.510,78	2.278.060.536,30	+ 0,8
Ersätze für Rehabilitationsgeld inkl. KV-Beiträge	-	-	-	-
Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand				
a) eigener	53.377.528,69	53.562.628,06	54.291.326,13	+ 1,4
b) Vergütungen an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-
Abschreibungen				
a) vom Anlagevermögen	145.501,03	140.146,38	154.661,94	+ 10,4
b) vom Umlaufvermögen	187.526,23	154.089,82	179.874,36	+ 16,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.608.468,88	4.512.912,64	18.505.419,51	+ 310,1
Summe der Aufwendungen	2.262.097.629,60	2.318.126.287,68	2.351.191.818,24	+ 1,4
Betriebsergebnis	118.657,08	20.552,06	- 7.183,31	-
Vermögenserträgnisse von				
a) Wertpapieren	-	-	- 040.00	-
b) Darlehen	-	-	648,23	-
c) Geldeinlagen	49.547,92	35.323,39	19.846,52	- 43,8
d) Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
e) Verkauf von Finanzvermögen Finanzaufwendungen	-	-	-	-
a) Zinsaufwendungen	168.205,00	55.875,45	13.311,44	- 76,2
b) aus Haus- und Grundbesitz	100.200,00	55.675,45	10.011,44	- 70,2
c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	_	_	_	
Finanzergebnis	- 118.657,08	- 20.552,06	7.183,31	<u> </u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 10.007,00	- 20.332,00		-
außerordentliche Erträge	-	-	_	_
außerordentliche Aufwendungen	_	_	_	_
außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-	-	-	-
Auflösung von Rücklagen	-	-	_	-
Zuweisung an Rücklagen	300.000,00	300.000,00	300.000,00	_
				-
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	- 300.000,00	- 300.000,00	- 300.000,00	-



Erträge und Aufwendungen der Pensionsversicherung

Den Hauptteil und die entwicklungsbestimmenden Größen der Aufwendungen stellen der Pensionsaufwand, der Aufwand für Ausgleichszulagen und die Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten dar. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Ausfallhaftung des Bundes, ist in der Pensionsversicherung eine Ausgeglichenheit zwischen Erträgen und Aufwendungen, wie bei anderen Trägern auch, gegeben. Die Absicherung des Umlageverfahrens ist wegen der - im Gegensatz zu den anderen Trägern - Rückläufigkeit der Zahl der Pensionsversicherten insbesondere für die SVB von Relevanz. Außerdem ist die Pensionsbelastungsquote (Relation zwischen der Anzahl an Pensionen zu Pensionsversicherten) bei der SVB mit 1.250 zu 1.000 (alle PV-Träger: 597 zu 1.000*) am höchsten und wirkt sich somit als Negativschere auf die Ausfallhaftung des Bundes aus. Gegenläufig für die Ausfallhaftung wirken die im Vergleich niedrigsten Durchschnittspensionen von 795 Euro brutto, d.h. inkl. Zulagen und Zuschüssen* (alle PV-Träger: 1.124 Euro*). Der Anteil der Ausgleichszulagen, gemessen an der Zahl der Pensionen, ist bei der SVB mit 21,7 %* (alle PV-Träger: 9,2 %*) am höchsten und die durchschnittliche Ausgleichszulage mit 417 Euro* (alle PV-Träger: 309 Euro*) ebenfalls. Beides ist im Zusammenhang mit den niedrigeren Pensionen zu sehen. Insgesamt ergibt sich daraus jedoch eine vergleichsweise verhaltene Belastung des Bundes, welche im Zusammenhang mit den Anrechnungsbestimmungen des fiktiven Ausgedinges gesehen werden kann. Die Durchschnittspension (inkl. Zulagen und Zuschüsse) der Neuzuerkennungen aller Pensionen (inkl. Hinterbliebenenleistungen) ist von 2015 auf 2016 bei der SVB von 810,2 auf 883,6 Euro gestiegen (alle PV-Träger: von 1.031,5 auf 1.123,8 Euro*).



Die grafisch dargestellten **anderen Versicherungsleistungen** mit einem Anteil von lediglich 0,2 % der gesamten Versicherungsleistungen enthalten die Aufwendungen für Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen, die Einmalzahlungen unter den Pensionsaufwendungen, die Entschädigungen für Kriegsgefangene, die Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger sowie den vertrauensärztlichen Dienst.

_

^{*} Das Datenmaterial stammt aus Statistiken des Hauptverbandes (Jahresergebnisse 2016 bzw. Pensionsjahresstatistiken) und enthält tw. keine Datensätze der Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates bzw. handelt es sich neben Jahreswerten auch tw. um Dezemberwerte. Die dadurch sich ergebenden Unschärfen sind jedoch vernachlässigbar.



Beitragseinnahmen

Beiträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge für Erwerbstätige	575.205.590,39	577.999.231,51	582.102.762,20	+ 0,7
Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z.2 APG	- 19.629.078,33	13.534.727,41	15.963.193,98	+ 17,9
Freiwillig Versicherte	955.863,46	917.943,04	952.687,70	+ 3,8
Überweisungsbeträge	5.944.413,39	5.309.091,42	4.382.842,05	- 17,4
Zwischensumme	562.476.788,91	597.760.993,38	603.401.485,93	+ 0,9
Höherversicherte	357.489,57	609.760,12	999.029,71	+ 63,8
Eink. Schul- Studienzeiten	459.812,58	1.107.584,65	1.912.030,20	+ 72,6
Sonstige Beiträge (= Solidaritätsbeiträge)	9.565.795,14	9.654.479,67	9.719.109,54	+ 0,7
Summe der Beiträge	572.859.886,20	609.132.817,82	616.031.655,38	+ 1,1

Beiträge für Erwerbstätige

Beiträge für Erwerbstätige	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge für Betriebsführer und Angehörige	416.344.993,04	431.038.095,51	434.102.488,53	+ 0,7
Partnerleistung	158.860.597,35	146.961.136,00	148.000.273,67	+ 0,7
Summe	575.205.590,39	577.999.231,51	582.102.762,20	+ 0,7

Nach dem Budgetbegleitgesetz 2011 war bzw. wäre der Beitragssatz in der Bauern-Pensionsversicherung für die Versicherten in vier Schritten um jeweils 0,25 % anzuheben gewesen: 2011: 15,25 %; 2012: 15,5 %; 2013: 15,75 %; 2014: 16 %. Durch das Stabilitätsgesetz 2012 wurde dann eine raschere und stärkere Anhebung des Eigenanteiles der Pensionsversicherten vorgesehen: ab 1.7.2012 auf 16,0 %; ab 1.7.2013 auf 16,5 %; ab 1.1.2015 auf 17,0 %.

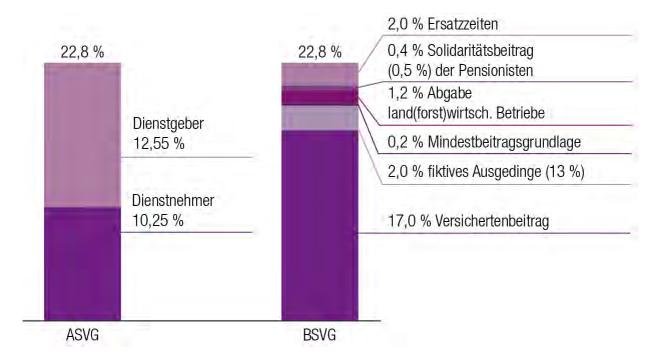
Die Beitragsanhebungen und die daraus resultierenden Mehrbelastungen für die bäuerlichen Betriebe bewirken keine Erhöhung der Erträge in der bäuerlichen Pensionsversicherung, da sich die Partnerleistung des Bundes in gleichem Umfang reduziert und der Gesamtbeitragssatz mit 22,80 % unverändert bleibt. In obiger Tabelle werden die Beiträge der Versicherten und die Partnerleistung des Bundes getrennt dargestellt.

Die Entwicklung der Beiträge für Erwerbstätige ist einerseits auf die Aufwertungszahlen (2014: 1,022; 2015: 1,027, 2016: 1,024) und andererseits auf die Auswirkungen des fortwährend rückläufigen Versichertenstandes (detaillierte Daten finden sich dazu im Statistikteil dieses Berichtes) zurückzuführen.



Ab dem Jahr 2005 gilt im harmonisierten Pensionsrecht für alle Berufsgruppen ein einheitlicher Beitragssatz von 22,8 % der Beitragsgrundlage.

Im Bereich der unselbstständig Erwerbstätigen (ASVG) entfallen davon 12,55 % auf den Dienstgeber, sodass der Dienstnehmeranteil nur mehr 10,25 % ausmacht. Im bäuerlichen Bereich werden jene Leistungen, die nur von Bauern erbracht werden, zum Versichertenbeitrag dazugerechnet. Auch Bäuerinnen und Bauern erfüllen daher die Vorgabe des einheitlichen Beitragssatzes von 22,8 %. Ab dem Jahr 2015 beträgt der Versichertenbeitrag 17,0 %.



Beiträge für Teilversicherte

Bei den Beiträgen für Teilversicherte ist es 2014 zu einer relevanten Abweichung in der Zeitreihenentwicklung wegen einer unvorhersehbaren frühzeitigen Bereinigung von Altfällen gekommen. Diese Bereinigung, welche sich ursprünglich über mehrere Jahre verteilt hätte, ist wegen der Kontoerstgutschrift schon im Rechnungsjahr 2014 passiert. Hintergrund war, dass im maschinellen System bis 2011 für jeden Elternteil vorläufig 48 Monate gemeldet wurden. Die Werte inkludieren auch die Beiträge von jährlich rund 0,5 Mio. für Präsenzdiener.

Beiträge für freiwillig Versicherte

Die Veränderungen dieser Position stehen in direktem Zusammenhang mit der Beitragsanpassung und der Anzahl der Beitragszahler (siehe dazu auch die entsprechenden Zahlen im statistischen Teil dieses Berichtes).



Überweisungsbeträge

Überweisungsbeträge sind vom Bund für politische Mandatare an den jeweiligen Pensionsversicherungsträger zu leisten.

Beiträge für Höherversicherte

Der hohe Wert 2016 bei den Höherversicherten ist darauf zurückzuführen, dass vor Neufestsetzung der Faktoren zur Berechnung des besonderen Steigerungsbetrages mit 1. April 2016 noch Einzahlungen erfolgt sind, um in die vorteilhaftere Altregelung zu fallen.

Beiträge für den Einkauf von Schul- und Studienzeiten

2015 sind die Beiträge für den Einkauf von Schul- und Studienzeiten stark angestiegen. Grund dafür sind einerseits die Verschärfungen im Bereich des Nachkaufs von Versicherungszeiten nach § 39a BSVG für Personen, die als Schüler im elterlichen Betrieb tätig waren, andererseits die durch das Pensionskonto und die Pensionsvorausberechnungen erhöhte Anregung zur Schließung von Versicherungslücken. 2016 setzte sich dieser Trend fort.

Sonstige Beiträge

Ab 2001 werden von jeder Pension und den Pensionssonderzahlungen Solidaritätsbeiträge in der Höhe von 0,5 % dieser Leistungen einbehalten, wodurch eine Absenkung der Anrechnungsbeträge beim fiktiven Ausgedinge ermöglicht wurde.

Weitere Ertragspositionen

Ausfallhaftung des Bundes

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ausfallhaftung des Bundes	1.437.562.447,40	1.464.091.228,33	1.496.746.052,41	+ 2,2

Der Bundesbeitrag gemäß § 31 Abs. 1 BSVG deckt - mit Ausnahme der Zuführung an die Rücklage des Unterstützungsfonds - den gesamten Betrag ab, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.



Ausgleichszulagen

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ausgleichszulagen	240.868.372,33	233.569.564,13	226.512.593,25	- 3,0

Der vollständige Ersatz durch den Bund bewirkt, dass sowohl auf der Aufwands- als auch auf der Ertragsseite idente Beträge auszuweisen und die Ausgleichszulagen daher ergebnisneutral sind. Erläuterungen zur Entwicklung können den Ausführungen unter der gleichnamigen Aufwandsposition entnommen werden.

Entschädigung für Kriegsgefangene

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	481.605,20	393.732,50	318.473,00	- 19,1

Die angeführte Position weist den Ersatz des Bundes aus der gleich lautenden Aufwandsposition aus.

Verzugszinsen und Beitragszuschläge

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	927.146,56	995.814,38	981.518,52	- 1,4

Die Entwicklung dieser Position ist vom Melde- und Zahlungsverhalten der Beitragspflichtigen abhängig.

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ersätze aus Schadenersatzleistungen § 178 BSVG	386.930,85	485.456,89	480.754,37	- 1,0
Sonstige Ersätze	12.811,78	102.397,26	42.762,09	- 58,2
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	5.689.287,96	5.745.005,61	5.881.065,83	+ 2,4
Summe	6.089.030,59	6.332.859,76	6.404.582,29	+ 1,1

Die Ersätze aus Schadenersatzleistungen von Personen, die einen Versicherungsfall verursacht haben, unterliegen starken jährlichen Schwankungen, wobei einzelne teurere Versicherungsfälle zusätzlich höhere Abweichungen verursachen können.



Kostenbeteiligungen

Kostenbeteiligungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Gesundheitsvorsorge	836.303,56	902.854,62	910.752,96	+ 0,9
Rehabilitation	592.763,28	616.090,75	641.088,70	+ 4,1
Summe	1.429.066,84	1.518.945,37	1.551.841,66	+ 2,2

Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	57.948,14	63.722,58	60.755,94	- 4,7
Verkaufserlöse	1.648,28	367,17	657.678,42	•
Skonti	10.934,29	11.139,28	12.243,01	+ 9,9
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	279.494,45	235.636,83	220.170,00	- 6,6
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	70.145,94	78.579,61	92.276,22	+ 17,4
Andere	1.578.560,46	1.722.431,98	1.594.794,83	- 7,4
Summe	1.998.731,56	2.111.877,45	2.637.918,42	+ 24,9

Der Anteil der PV am Erlös aus der Veräußerung des Regionalbüros Burgenland im Jahr 2016 wird unter der Position "Verkaufserlöse" ausgewiesen.

Die Unterposition "Andere" enthält auch die Gewinnausschüttungen der teilprivatisierten ehemaligen Eigenen Einrichtungen, an denen die SVB mit 26 % beteiligt ist. Die Verteilung der Gewinnanteile auf die Versicherungszweige nach der Frequenz ergibt für die Pensionsversicherung im Jahr 2016 (für das Jahr 2015) an den gesamten Ausschüttungen von 1.653.110 einen Anteil von 1.557.908. Vergleichsweise hat die Gesamtausschüttung an die SVB im Jahr 2015 rund 1,8 Mio. und im Jahr 2014 rund 1,7 Mio. betragen.



Versicherungsleistungen

Pensionsaufwendungen

Pensionen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Alterspensionen	1.255.904.556,75	1.294.025.612,96	1.330.690.298,98	+ 2,8
Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit	182.230.371,74	168.904.292,65	153.368.704,33	- 9,2
Hinterbliebenenpensionen	231.114.763,75	234.255.908,63	236.045.876,57	+ 0,8
Einmalzahlungen	237.452,32	153.301,04	166.661,01	+ 8,7
Summe	1.669.487.144,56	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	+ 1,4

Ab 1.1.2016 wurden die Pensionen mit dem Anpassungsfaktor um 1,2% erhöht.

Ausgleichszulagen

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ausgleichszulagen	240.868.372,33	233.569.564,13	226.512.593,25	- 3,0

Mit 1.1.2016 wurden die Ausgleichzulagenrichtsätze um 1,2 % erhöht und gemäß Stabilitätsgesetz 2012 das fiktive Ausgedinge bei der Berechnung der Ausgleichszulage von 14 auf 13 % reduziert. Trotz dieser Maßnahmen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Pensionen der Neuzugänge verstärkt über den Ausgleichzulagenrichtsätzen liegen und die Anzahl der Ausgleichszulagen rückläufig war.

Entschädigung für Kriegsgefangene

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	481.605,20	393.732,50	318.473,00	- 19,1

Nach den Bestimmungen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (KGEG) ist ab 2001 österreichischen Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Kriegsgefangenschaft gerieten oder aus politischen oder militärischen Gründen festgenommen bzw. angehalten wurden, die Entschädigung für Kriegsgefangene als Zusatzleistung zur laufenden Pension zu gewähren. Die Entschädigung ist auf einen allfälligen Ausgleichszulagenanspruch nicht anzurechnen. Der aufgewendete Betrag wird einschließlich des Anteiles an Verwaltungsaufwendungen vom Bund ersetzt und ist durch den abnehmenden Stand an Anspruchsberechtigten rückläufig.



Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen	633.738,32	594.184,13	758.862,05	+ 27,7

Durch gesetzliche Änderungen entfiel die für politische Mandatare im Falle einer Überschreitung der Höchstbeitragsgrundlage normierte Einschränkung, dass die Erstattung von Pensionsversicherungsbeiträgen erst nach dem Ende des Anspruches auf Bezüge bzw. Bezugsfortzahlung aus der politischen Funktion geltend gemacht werden kann.

Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation

Die gezielte und konsequente Steuerung der Beschickung in die teilprivatisierten Eigenen Einrichtungen (PPP-Einrichtungen) bedeutet eine Hebung der Qualität bei den Heilverfahren und eine Verlagerung in Richtung Aufenthalte in Rehabilitationseinrichtungen.

Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufwand für Kuraufenthalte	1.380.944,64	1.327.652,84	1.487.659,74	+ 12,1
Aufwand für Genesungs- bzw. Erholungsaufenthalte	1.266.920,67	1.261.860,30	1.405.605,44	+ 11,4
Aufenthalt in Rehabilitationsanstalten	31.613.774,47	32.510.263,98	32.877.899,16	+ 1,1
Beiträge zu Kuraufenthalten	-	3.554,40	-	•
Reise- und Transportkosten	342.987,06	311.858,95	320.279,04	+ 2,7
Summe Gesundheitsvorsorge	34.604.626,84	35.415.190,47	36.091.443,38	+ 1,9
Medizinische Rehabilitation	26.771.190,17	26.188.588,49	27.928.037,22	+ 6,6
Berufliche Rehabilitation	1.781.519,37	2.309.444,07	2.374.240,94	+ 2,8
Soziale Rehabilitation	75.711,69	130.614,72	71.187,33	- 45,5
Übergangsgeld	4.587,30	11.489,11	15.491,91	+ 34,8
Reise- und Transportkosten	108.784,95	111.054,67	119.052,15	+ 7,2
Summe Rehabilitation	28.741.793,48	28.751.191,06	30.508.009,55	+ 6,1
Sonstiges	3.739.113,42	3.867.842,58	4.099.132,02	+ 6,0
Nicht abziehbare Vorsteuer	5.704.561,93	5.828.838,08	5.972.264,98	+ 2,5
Summe Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	72.790.095,67	73.863.062,19	76.670.849,93	+ 3,8

Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	216.949.910,95	251.555.008,70	251.137.694,36	- 0,2

Der erhöhende Faktor für diese Position ist normalerweise der Anstieg der Pensionsaufwendungen.

Von jeder zur Auszahlung gelangenden Pensions- und Pensionssonderzahlung - mit Ausnahme von Waisenpensionen - ist ein Betrag von 5,1 % einzubehalten, wenn und solange sich der in Betracht kommende Pensionist ständig im Inland aufhält und nicht von der Pflichtversicherung ausgenommen ist. Zu den Pensionen und Pensionssonderzahlungen zählen auch die Ausgleichszulagen.



Vor 2016 wurde der einem Beitragssatz von 5,0 % entsprechende Betrag mit dem Hebesatz vervielfacht und gemeinsam mit dem Ergänzungsbeitrag von 0,1 % an die bäuerliche Krankenversicherung überwiesen. Ab 2016 erstreckt sich der Hebesatz auf den gesamten Einbehalt von 5,1 %. Der die Pensionsversicherung belastende Anteil ergibt sich aus dem an die Krankenversicherung zu überweisenden Krankenversicherungsbeitrag abzüglich der von den Pensionen einbehaltenen Krankenversicherungsbeiträge.

Der für die SVB vor 2016 geltende Hebesatz von 397 % wurde in den Jahren 2011 bis 2014 vorübergehend abgesenkt, was einerseits die Beiträge in der Krankenversicherung und andererseits den Aufwand in der Pensionsversicherung und damit die Ausfallhaftung des Bundes in diesem Zeitraum um insgesamt rd. 96 Mio. Euro reduziert hat. 2015 galt wieder der ursprüngliche Hebesatz von 397 %, was auch den starken Anstieg dieser Position im Jahr 2015 erklärt. Ab 2016 beträgt der Hebesatz 387 %.

Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger	80.167,37	68.756,54	75.379,14	+ 9,6

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung

Es gelten die unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig KV angeführten Erläuterungen.

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personal- und Sachaufwand	1.946.959,52	1.861.458,41	1.804.022,48	- 3,1
Ärztehonorare	540.610,85	511.628,90	511.121,20	- 0,1
Summe	2.487.570,37	2.373.087,31	2.315.143,68	- 2,4



Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

Siehe dazu die Erläuterungen unter der gleichnamigen Position bei der Krankenversicherung.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Personalaufwand	46.381.779,96	46.478.022,91	47.216.886,00	+ 1,6
Sachaufwand	9.500.307,09	9.914.111,44	9.394.605,54	- 5,2
Aufwand der Verwaltungskörper	258.720,00	256.554,46	267.069,25	+ 4,1
Aufwand der Beiräte	3.253,84	3.165,77	2.961,71	- 6,4
Ersätze	- 2.766.532,20	- 3.089.226,52	- 2.590.196,37	- 16,2
Summe	53.377.528,69	53.562.628,06	54.291.326,13	+ 1,4

Abschreibungen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge.

Abschreibungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
vom Anlagevermögen	145.501,03	140.146,38	154.661,94	+ 10,4
vom Umlaufvermögen	187.526,23	154.089,82	179.874,36	+ 16,7
Summe	333.027,26	294.236,20	334.536,30	+ 13,7

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Punkt "Andere" beinhaltet im Jahr 2016 den sogenannten "Pensionshunderter", die Einmalzahlung von 100 Euro für alle Pensionen gem. § 357a BSVG, im Gesamtwert von 14.148.800 Euro. Weiters werden in dieser Position "Verluste aus dem Verkauf von Anlagevermögen" für den Verkauf des Regionalbüros in Eisenstadt (PV-Anteil 265.828 Euro; insgesamt 533.898 Euro) ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufsichtsgebühr	29.350,94	28.642,99	30.456,64	+ 6,3
Verbandsbeitrag	821.910,00	840.520,00	837.270,00	- 0,4
Verbandsbeitrag Projekt e-card	474.080,00	590.340,00	316.400,00	- 46,4
Verbandsbeitrag ITSV	425.370,00	382.060,00	418.120,00	+ 9,4
Verbandsbeitrag ELGA	157.230,00	228.060,00	133.570,00	- 41,4
Sozialgerichtskosten	664.456,38	563.973,78	492.369,33	- 12,7
Öffentlichkeitsinformation	139.359,03	141.755,37	143.232,56	+ 1,0
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	1.308.715,63	1.271.962,96	1.235.042,78	- 2,9
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	362.009,91	283.652,12	281.272,36	- 0,8
Nicht abziehbare Vorsteuer	70.145,94	78.579,61	92.276,22	+ 17,4
Heizkostenzuschuss	420,00	420,00	1.320,00	+ 214,3
Andere	155.421,05	102.945,81	14.524.089,62	•
Summe	4.608.468,88	4.512.912,64	18.505.419,51	+ 310,1



Finanzergebnis

Die stark rückläufigen Vermögenserträgnisse und Zinsaufwendungen sind Folge der massiv gesunkenen Zinssätze.

Finanzergebnis	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen/Darlehen	49.547,92	35.323,39	20.494,75	- 42,0
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Zinsaufwendungen	168.205,00	55.875,45	13.311,44	- 76,2
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Summe	- 118.657,08	- 20.552,06	7.183,31	•

Zuweisung an Rücklagen

Dem Unterstützungsfonds können für den Bereich der Pensionsversicherung bis zu 1,25 ‰ der Summe aus Erträgen an Versicherungsbeiträgen einschließlich der Partnerleistung des Bundes zugewiesen werden. Diese Dotierung darf nur insoweit erfolgen, als die Mittel des Unterstützungsfonds am Ende des Geschäftsjahres im Bereich der Pensionsversicherung 2,5 ‰ der Berechnungsgrundlage nicht übersteigen. Zur Sicherung des Deckungserfordernisses erfolgte eine Dotierung des Unterstützungsfonds mit 300.000 Euro.

Eine Aufstockung der Leistungssicherungsrücklage, welche am Ende eines jeden Geschäftsjahres ein Zwölftel des Leistungsaufwandes betragen sollte, ist mangels Bilanzgewinn nicht möglich.

Zuweisung an Rücklagen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-	-	-	-
Zuweisung an den Unterstützungsfonds	300.000,00	300.000,00	300.000,00	-
Bilanzverlust	- 300.000,00	- 300.000,00	- 300.000,00	-

Bundespflegegeld – Pensions- und Unfallversicherung



Pensionsversicherung

Erfolgsrechnungen 2014 - 2016

Bezeichnung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ersatzleistung des Bundes	221.519.001,19	221.207.557,28	224.855.604,04	+ 1,6
Ersätze für Leistungsaufwendungen	261.939,00	306.900,47	297.217,08	- 3,2
Sonstige betriebliche Erträge	11.218,54	4.376,50	1.944,21	- 55,6
Summe der Erträge	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Pflegegeld	212.588.609,77	211.394.353,41	215.409.909,40	+ 1,9
Sachleistungen	36.734,92	35.318,67	25.609,37	- 27,5
Fahrtspesen und Transportkosten	1.061,34	742,41	601,79	- 18,9
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	3.814.551,10	4.022.279,95	3.967.326,84	- 1,4
Verwaltungsaufwand	4.777.918,52	5.471.340,66	5.165.194,85	- 5,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	573.283,08	594.799,15	586.123,08	- 1,5
Summe der Aufwendungen	221.792.158,73	221.518.834,25	225.154.765,33	+ 1,6
Saldo	-	_	-	-

Nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) hat das Pflegegeld den Zweck, pflegebedingte Mehraufwendungen pauschaliert abzugelten, um pflegebedürftigen Personen soweit wie möglich die notwendige Betreuung und Hilfe zu sichern, sowie die Möglichkeit zu verbessern, ein selbstbestimmtes, bedürfnisorientiertes Leben zu führen. Den anspruchsberechtigten Personen gebührt das Pflegegeld bei Zutreffen der Voraussetzungen, wobei sich die Höhe des Pflegegeldes nach dem Zeitaufwand für den ständigen Pflegebedarf orientiert.

Nach den Bestimmungen der Rechnungsvorschriften hat der Träger der gesetzlichen Pensionsversicherung für die Verrechnung der Aufwendungen und Erträge nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) eine gesonderte Erfolgsrechnung zu erstellen.

Im Unterschied zu den Erfolgsrechnungen in den einzelnen Versicherungszweigen hat die Gebarung nach dem BPGG-PV ausgeglichen zu sein, wodurch in dieser Erfolgsrechnung weder ein Mehrertrag noch ein Mehraufwand auszuweisen ist.

Erträge

Ersatzleistung des Bundes

Nach den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes hat der Bund den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der Aufwendungen und den sonstigen und a.o. Erträgen bzw. Ersätzen für Leistungsaufwendungen zu ersetzen.

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Diese umfassen die aliquote Beihilfe für die im Leistungsaufwand angefallene nicht abziehbare Vorsteuer und die Einnahmen aus Regressen. Diese sind jeweils abhängig von der Anzahl und "Schwere" der Fälle.



Sonstige betriebliche Erträge

Die Vorschüsse des Bundes auf den gebührenden Kostenersatz werden seitens der SVB getrennt von den liquiden Mitteln der Pensionsversicherung verwaltet. Die daraus resultierenden Zinserträge sind hier auszuweisen und im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung zu sehen.

Aufwendungen

Pflegegeld

Ab 1.1.2016 wurde der Auszahlungsbetrag des Pflegegeldes um 2 % erhöht. Weiters wurde im Betrachtungszeitraum 2014 bis 2016 ab 1.1.2015 die erforderliche Mindeststundenanzahl des Pflegebedarfs für die Einstufung in die Pflegestufen 1 und 2 angehoben.

Verwaltungsaufwand

Die Veränderung des Verwaltungsaufwandes für das Pflegegeld ist im Zusammenhang mit dem dafür notwendigen Personaleinsatz zu sehen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dieser Aufwandsposition sind die Sozialgerichtskosten und die Auszahlungsgebühren betragsrelevant.



Unfallversicherung

Erfolgsrechnungen 2014 - 2016

Bezeichnung	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ersatzleistung des Bundes	27.551,32	22.438,58	31.808,03	+ 41,8
Ersätze für Leistungsaufwendungen	6.542,20	37,14	3.476,47	•
Sonstige betriebliche Erträge	0,18	0,18	0,40	+ 122,2
Summe der Erträge	34.093,70	22.475,90	35.284,90	+ 57,0
Pflegegeld	1.166.979,80	1.133.750,70	1.140.041,15	+ 0,6
Sachleistungen	_	_	_	_
Fahrtspesen und Transportkosten	28,56	-	-	-
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	1.959,55	2.652,25	3.561,00	+ 34,3
Verwaltungsaufwand	27.025,00	26.006,85	25.686,42	- 1,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.716,46	3.488,54	3.499,21	0,3
Summe der Aufwendungen	1.199.709,37	1.165.898,34	1.172.787,78	0,6
Saldo	- 1.165.615,67	- 1.143.422,44	- 1.137.502,88	- 0,5

Anspruch auf Pflegegeld nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesgesetzes haben Bezieher einer Vollrente - also bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 100 % - deren Pflegebedarf durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit verursacht wurde bzw. Personen, deren Rente nach den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften abgefunden worden ist, wenn deren Pflegebedarf durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit verursacht wurde.

Während in der Pensionsversicherung der Aufwand im Zusammenhang mit dem Pflegegeld vom Bund abgegolten wird, gibt es in der Unfallversicherung nur dann Ersatzleistungen aus Bundesmitteln, wenn das Pflegegeld aufgrund einer akausalen Behinderung, d.h. nicht durch einen Arbeitsunfall begründet, gebührt. Der sich ergebende Mehraufwand ist in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Erfolgsrechnung der Unfallversicherung überzuleiten und aus deren liquiden Mitteln abzudecken.

Ab 1.1.2016 wurde der Auszahlungsbetrag des Pflegegeldes um 2 % erhöht. Weiters wurde im Betrachtungszeitraum 2014 bis 2016 ab 1.1.2015 die erforderliche Mindeststundenanzahl des Pflegebedarfs für die Einstufung in die Pflegestufen 1 und 2 angehoben.

Schlussbilanz



Schlussbilanzen 2014 - 2016

		per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
	Unbebaute Grundstücke	-	-	-
	Bebaute Grundstücke u. Investitionen auf fremden Boden	3.001.407,83	3.070.956,54	2.427.954,30
1.	Immobilien	3.001.407,83	3.070.956,54	2.427.954,30
	Einrichtungen und Geräte	209.114,44	250.577,22	489.600,55
	Maschinen und Apparate	189.574,89	171.042,54	245.769,70
	Fahrzeuge	37.077,03	24.660,76	20.350,61
2.	Mobilien	435.766,36	446.280,52	755.720,86
3.	Darlehen und Hypothekardarlehen	24.001.505,09	21.579.110,57	21.075.900,83
4.	Wertpapiere	19.982.500,00	79.758.500,00	93.225.500,00
5.	Sonstiges	7.947.050,17	7.947.050,17	7.947.050,17
l.	Anlagevermögen	55.368.229,45	112.801.897,80	125.432.126,16
1.	Vorräte	77.102,55	76.648,11	86.269,71
	Beitragsforderungen für eigene Rechnung	177.074.545,21	171.480.643,13	158.169.409,71
	Beitragsforderungen für fremde Rechnung	76.164,74	77.157,72	74.581,72
2.	Beitragsforderungen	177.150.709,95	171.557.800,85	158.243.991,43
3.	Treuhandforderungen	-	-	-
4.	Ersatzforderungen	7.011.824,58	7.070.115,47	6.725.017,65
5.	Sonstige Forderungen	120.198.970,67	132.459.968,93	111.938.720,90
6.	Gebundene Einlagen bei Geldinstituten	137.200.000,00	65.908.500,00	53.908.500,00
	Kurzfristige Einlagen bei Geldinstituten	88.641.016,10	152.138.173,14	183.008.011,44
	Sonstige kurzfristige Einlagen	-	-	
7.	Kurzfristige Einlagen	88.641.016,10	152.138.173,14	183.008.011,44
8.	Barbestände	20.907,32	26.925,63	28.227,37
II.	Umlaufvermögen	530.300.531,17	529.238.132,13	513.938.738,50
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	3.480.700,37	3.671.101,81	3.710.425,24
IV.	Ungedeckte Allgemeine Rücklage	-	-	-
ΑK	TIVA	589.149.460,99	645.711.131,74	643.081.289,90
1.	Allgemeine Rücklage	182.534.792,50	227.261.673,41	172.966.842,86
2.	Leistungssicherungsrücklage	113.145.191,87	113.713.326,99	115.061.158,50
	Unterstützungsfonds	10.701.957,92	11.219.087,71	11.051.236,40
	Ersatzbeschaffungsrücklage	-	-	
3.	Besondere Rücklagen	10.701.957,92	11.219.087,71	11.051.236,40
l.	Reinvermögen	306.381.942,29	352.194.088,11	299.079.237,76
II.	Langfristige Verbindlichkeiten	4.122,40	4.122,40	-
1.	Wertberichtigungen zum Anlagevermögen	-	-	-
2.	Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen	-	-	-
III.	Wertberichtigungen	-	-	-
	Treuhandsschulden	-	-	-
	Ausstehende fremde Beiträge	76.164,74	77.157,72	74.581,72
1.	Schulden an Beitr. f. fremde Rechnung	76.164,74	77.157,72	74.581,72
2.	Unberichtigte Versicherungsleistungen	134.607.581,20	140.470.394,24	141.959.426,27
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	145.464.714,05	150.443.661,78	201.913.888,19
IV.	Kurzfristige Verbindlichkeiten	280.148.459,99	290.991.213,74	343.947.896,18
٧.	Passive Rechnungsabgrenzung	2.614.936,31	2.521.707,49	54.155,96
PAS	SSIVA	589.149.460,99	645.711.131,74	643.081.289,90



AKTIVA

Anlagevermögen

Immobilien

Das "unbewegliche" Anlagevermögen ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um die der jährlichen Wertminderung entsprechende Abschreibung, auszuweisen. Die Höhe der jährlichen Abschreibung ist in den Rechnungsvorschriften mittels Abschreibungssätzen vorgegeben. Eventuelle Wertänderungen durch Zugänge, Abgänge bzw. Abschreibungen sind in den Einzelnachweisungen zur Schlussbilanz enthalten.

Durch die Veräußerung des Regionalbüros in Eisenstadt sind nunmehr bis auf das Bürogebäude in Klagenfurt per 31.12.2016 sämtliche Büroimmobilien verkauft. Der höhere Wert 2015 für das Regionalbüro Innsbruck ist auf die Errichtung eines Kundenzentrums zurückzuführen.

Bilanzwerte der Immobilien (Grund- und Gebäudeanteile)	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Bebaute Grundstücke: Bürogebäude			
Wien, Ghegastraße 1 (Miete)	293.529,36	241.669,04	186.721,72
Eisenstadt, Krautgartenweg 4	603.752,15	568.825,05	-
Eisenstadt, Siegfried Marcus-Straße 5 (Miete)	-	-	26.862,00
Linz, Blumauerstraße (Miete)	17.836,55	15.634,79	13.476,63
Innsbruck, Fritz-Konzert-Straße 5 (Miete)	6.167,63	201.921,24	181.332,52
Raaba bei Graz, Dietrich-Keller-Straße 20 (Miete)	1.189,92	1.883,81	17.650,46
Bregenz, Montfortstraße 9 (Miete)	3.988,83	1.329,58	-
Klagenfurt, Feldkirchnerstrasse 52	2.005.694,01	1.974.691,41	1.944.574,86
Salzburg, Rainerstraße 25 (Miete)	61.504,75	58.016,60	51.110,70
Bebaute Grundstücke: Sonstige Gebäude			
Wohnungseigentum, Bad Gleichenberg 310	7.744,63	6.985,02	6.225,41
Summe Immobilien	3.001.407,83	3.070.956,54	2.427.954,30

Mobilien

Das bewegliche Anlagevermögen zeigt nach Berücksichtigung von Zugängen, Veränderungen und Abschreibungen folgende Wertentwicklung:

Bilanzwerte der Mobilien	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Einrichtungen und Geräte in Verwaltungsdienststellen	209.114,44	250.577,22	489.600,55
Maschinen und Apparate in Verwaltungsdienststellen	189.574,89	171.042,54	245.769,70
Fahrzeuge der Verwaltungsdienststellen	37.077,03	24.660,76	20.350,61
Summe Mobilien	435.766,36	446.280,52	755.720,86

Höhere Werte per 31.12.2016 sind auf die Ausstattung des neuen Bürostandortes Eisenstadt zurückzuführen (Möblierung, Telefonanlage,...).

Darlehen und Hypothekardarlehen

Unter dieser Position werden die in den Zweigen Unfall- und Pensionsversicherung im Rahmen der beruflichen und sozialen Maßnahmen der Rehabilitation gewährten Darlehen ausgewiesen.

Zur Finanzierung von zusätzlichen Investitionsvolumina im IT-Bereich wurde der SVD von den drei an der IKT beteiligten Eigentümern SVA, SVB und BVA ein Gesellschafterdarlehen von 10.025.000 Euro gewährt, wobei auf jeden der Träger ein Betrag von 3.341.666,67 Euro entfällt. 2016 wurde die erste Tranche von je 1.861.666,67 an die SVD überwiesen.

Bilanzwerte der Darlehen	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Rehabilitation Unfallversicherung	4.618.516,96	4.558.182,38	4.214.586,07
Rehabilitation Pensionsversicherung	19.382.988,13	17.020.928,19	14.999.648,09
Gesellschafterdarlehen an SVD	-	-	1.861.666,67
Summe Darlehen	24.001.505,09	21.579.110,57	21.075.900,83

Wertpapiere

Im Vergleich zu Termineinlagen haben Anleihen österreichischer Banken 2015 und 2016 eine höhere Rentabilität aufgewiesen, weshalb verstärkt in diese Anlageform investiert wurde. Bei der Veranlagungsentscheidung wurde sowohl auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften als auch auf eine breite Streuung, höchstmögliche Sicherheit und die Erzielung einer attraktiven Rendite geachtet.

Bilanzwerte (Nominale bzw. Anschaffung)	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Summe Wertpapiere	19.982.500,00	79.758.500,00	93.225.500,00

Sonstiges Anlagevermögen

Bilanzwerte des sonstigen Anlagevermögens	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Beteiligung SVD Büromanagement GmbH	3.100.000,00	3.100.000,00	3.100.000,00
Beteiligung Klinikum Bad Gleichenberg GmbH	456.825,38	456.825,38	-
Beteiligung KBB Klinikum Besitz- u. Betriebs GmbH	3.534.604,00	3.534.604,00	-
Beteiligung Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH	-	-	3.991.429,38
Beteiligung ITSV GmbH	855.606,26	855.606,26	855.606,26
Genossenschaftsanteil RLB OÖ	14,53	14,53	14,53
Im Bau befindliche Anlagen	-	-	-
Summe sonstiges Anlagevermögen	7.947.050,17	7.947.050,17	7.947.050,17

Bei den Beteiligungen handelt es sich zum einen um Gemeinschaftsunternehmungen mit anderen SV-Unternehmen zur Hebung von Synergieeffekten und zum anderen um Gesellschaften im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der ehemals Eigenen Einrichtungen im Rahmen von PPP-Modellen.



Umlaufvermögen

Vorräte

Diese Position umfasst die für die laufende Betriebsführung erforderlichen Verbrauchsmaterialien, wie z.B. Untersuchungs- und Behandlungsmaterial sowie Büromaterialien.

Beitragsforderungen (für eigene und fremde Rechnung)

In dieser Bilanzposition werden jene Beitragseinnahmen des Berichtsjahres ausgewiesen, die von den Beitragsschuldnern zum Bilanzstichtag noch nicht einbezahlt wurden. Da von der SVB die Beiträge vierteljährlich im Nachhinein vorgeschrieben werden (ausgenommen reine UV-Betriebe, für welche die Vorschreibung jährlich erfolgt) und mit Ablauf des Monats fällig sind, das dem Ende des Vorschreibezeitraumes folgt, ergeben sich in der Bilanz entsprechend hohe Forderungen.

Die Beitragsforderungen für eigene Rechnung in Höhe von € 158.169.409,71 per 31.12.2016 verteilen sich folgendermaßen auf die Zweige:

Krankenversicherung
 Unfallversicherung
 Pensionsversicherung
 € 27.025.021,49
 € 14.979.141,38
 € 116.165.246,84

Der relativ niedrige Wert im Zweig Krankenversicherung ist auf den Beitragsrabatt von 53 % für die Beiträge im 4. Quartal 2016 zurückzuführen. Dieser Rabatt betrifft zwar auch die Zweige Unfall- und Pensionsversicherung, hier ist der Rabatt jedoch aus der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung zu finanzieren, weshalb die Beitragsforderungen dieser Zweige in voller Höhe aufrecht bleiben, sich jedoch teilweise an die Krankenversicherung richten (siehe dazu auch die Ausführungen im Kapitel "Allgemeine Rücklage").

Die Beitragsforderungen für fremde Rechnung betreffen die Beiträge im Rahmen des betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes. Da die SVB diese Beiträge für die betrieblichen Vorsorgekassen einhebt, ist der Wert dieser Forderungen auch auf der Passivseite der Bilanz unter der Position "Ausstehende fremde Beiträge" auszuweisen.



Ersatzforderungen für erbrachte Leistungen

Hierunter fallen Forderungen im Zusammenhang mit in Anspruch genommenen Leistungen (z.B. noch nicht entrichtete Kostenanteile und Kostenbeteiligungen, zu Unrecht bezogene Leistungen, Schadenersatzansprüche).

Bilanzwerte der Ersatzforderungen (buchmäßiger Stand inkl. Transitorien)	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Kostenanteil der Versicherten, gemäß § 80 BSVG	1.701.027,99	1.788.978,83	1.677.161,89
KB der Vers. iZm Gesundh.aktionen + Gesundh.aktivwochen	-	-	11.855,75
Behandlungskostenbeitrag	1.158.541,56	1.104.431,43	772.785,15
Betriebshilfe	1.064.406,37	980.031,22	1.147.455,70
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen	2.223,99	2.223,99	2.223,99
Schadenersatzansprüche	859.916,14	767.822,05	655.582,41
Krankenversicherung	4.786.116,05	4.643.487,52	4.267.064,89
Kostenbeteiligung d. Vers. iZm Arbeitsmedizinischen Wochen	-	-	10,67
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen	-16.428,15	-29.347,01	-30.908,97
Schadenersatzansprüche	545.654,42	528.292,13	579.917,10
Schadenersatzansprüche, Pflegegeld	3.288,40	-	-
Unfallversicherung	532.514,67	498.945,12	549.018,80
KB der Vers. iZm Gesundh.aktionen + Gesundh.aktivwochen	-	-	63.474,30
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen:			
- Kostenbeteiligungen	160.518,59	206.623,90	193.460,81
- Pensionen	165.905,76	185.013,30	198.224,96
- Ausgleichszulagen	815.331,04	852.843,49	862.769,67
- Pflegegeld	85.769,30	81.807,90	59.597,20
Schadenersatzansprüche	342.194,09	459.618,67	437.749,70
Schadenersatzansprüche, Pflegegeld	123.475,08	141.775,57	93.657,32
Pensionsversicherung	1.693.193,86	1.927.682,83	1.908.933,96
Summen	7.011.824,58	7.070.115,47	6.725.017,65

Sonstige Forderungen

Diese Position umfasst all jene Forderungen, die weder Beitrags- noch Ersatzforderungen für erbrachte Leistungen sind. Dazu zählen z.B. Abrechnungen mit Ministerien und dem Hauptverband, Akontierungen an die Gebietskrankenkassen, Pensionsvorschusszahlungen gem. § 255 Abs. 2 und 3 BSVG sowie Forderungen aus der Verrechnung zwischen den einzelnen Versicherungszweigen.

Gebundene Einlagen

Unter dieser Position sind Termineinlagen auszuweisen, die länger als zwölf Monate gebunden sind. Der starke Rückgang von € 137,2 Mio. am Jahresende 2014 auf € 65,9 Mio. per 31.12.2015 und auf € 53,9 Mio. per 31.12.2016 ist einerseits auf die Umschichtung des Finanzvermögens in Richtung Anleihen und andererseits darauf zurückzuführen, dass vor 2015 in den Rechnungsvorschriften lediglich eine Bindungsdauer von mindestens drei Monaten für die Ausweisung als "Gebundene Einlage" vorgesehen war.



Kurzfristige Einlagen bei Geldinstituten (inkl. Barbestände)

Neben den Bargeldbeständen und den Guthaben auf den Girokonten finden sich unter dieser Bilanzposition insbesondere die kurzfristigen Termineinlagen der SVB (bis zwölf Monate Veranlagungsdauer) bei den Banken.

Von den am 31.12.2016 ausgewiesenen € 183.008.011,44 entfallen auf die Zweige:

Krankenversicherung
 Unfallversicherung
 Pensionsversicherung
 Pflegegeld PV
 € 146.847.249,89
 € 31.100.719,55
 4.321.032,74
 739.009,26

Der relativ hohe Wert im Zweig Krankenversicherung ist darauf zurückzuführen, dass der Beitragsrabatt für das 4. Quartal 2016 im Ausmaß von rd. 89 Mio. Euro im Jänner 2017 zur Gänze durch den Zweig Krankenversicherung zu finanzieren war. Um über die erforderliche Liquidität termingerecht zu verfügen, wurden Finanzmittel primär kurzfristig gebunden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Als Aktive Rechnungsabgrenzungen gelten jene auf das Berichtsjahr entfallenden Teile an Erträgen, die erst im nächsten Kalenderjahr fällig werden, sowie jene auf das dem Berichtsjahr folgende Kalenderjahr entfallenden Aufwendungen, die im Berichtsjahr fällig wurden. Es handelt sich hierbei nicht um "echte" Forderungen bzw. Schulden, sondern es erfolgt die Ausweisung nur aus dem Grund der periodengerechten Verbuchung.



PASSIVA

Reinvermögen

Die Summe der Rücklagen (Allgemeine Rücklagen, Leistungssicherungsrücklagen und die Unterstützungsfonds als besondere Rücklagen) ergibt das Reinvermögen.

Das Reinvermögen per 31.12.2016 verteilt sich auf die Zweige wie folgt:

Reinvermögen	KV	UV	PV	Summe
Allgemeine Rücklage	129.600.471,26	43.366.371,60	-	172.966.842,86
Leistungssicherungrücklage	44.765.419,40	8.428.495,52	61.867.243,58	115.061.158,50
Unterstützungsfonds	7.636.205,37	2.021.318,10	1.393.712,93	11.051.236,40
Summe	182.002.096,03	53.816.185,22	63.260.956,51	299.079.237,76

Allgemeine Rücklage

Ein Bilanzgewinn ist der Allgemeinen Rücklage zuzuführen, ein Bilanzverlust reduziert diese Rücklage. Darüber hinaus ist die Sozialversicherungsanstalt der Bauern gem. § 204 Abs. 6 BSVG ermächtigt, zwischen der Kranken- und Unfallversicherung wechselseitig Rücklagen zu übertragen. Um im Zweig Unfallversicherung die Verluste abzudecken sowie die Liquidität zu stärken, wurden im Jahr 2014 30 Mio. Euro und im Jahr 2015 40 Mio. Euro von der Rücklage der Krankenversicherung in jene der Unfallversicherung transferiert, womit auch der Liquiditätsbedarf im Jahr 2016 gedeckt war.

Der Beitragsrabatt von 53 % im 4. Quartal 2016 beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von rd. 89 Mio. Euro. Davon entfallen 25,7 Mio. Euro auf die Krankenversicherung und vermindern dort die Beitragseinnahmen. Die restlichen 63,3 Mio. Euro betreffend die Unfall- und Pensionsversicherung sind gem. § 357b Abs. 5 BSVG aus der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung zu finanzieren.

Im Zweig Pensionsversicherung wird die Dotierung des Unterstützungsfonds nicht bei der Ermittlung der Ausfallhaftung des Bundes berücksichtigt, weshalb sich ein Bilanzverlust in dieser Höhe ergibt. Da in der Pensionsversicherung keine Allgemeine Rücklage vorhanden ist, um diesen Verlust aufzufangen, ist zur Vermeidung einer negativen Allgemeinen Rücklage ein Übertrag aus der Leistungssicherungsrücklage vorzunehmen.



Allgemeine Rücklage nach Versicherungszweigen	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
KV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	146.385.186,08	145.866.056,14	165.480.736,47
KV + Bilanzgewinn	29.480.870,06	59.614.680,33	27.410.540,61
KV - Bilanzverlust	-	-	-
KV - Abgänge aus Vermögensübertragungen	-30.000.000,00	-40.000.000,00	-63.290.805,82
KV Stand am Ende des Geschäftsjahres	145.866.056,14	165.480.736,47	129.600.471,26
UV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	22.523.565,84	36.668.736,36	61.780.936,94
UV + Bilanzgewinn	-	-	-
UV + Zugänge aus Vermögensübertragungen	30.000.000,00	40.000.000,00	-
UV - Bilanzverlust	-15.854.829,48	-14.887.799,42	-18.414.565,34
UV Stand am Ende des Geschäftsjahres	36.668.736,36	61.780.936,94	43.366.371,60
PV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	-	-	-
PV + Bilanzgewinn	-	-	-
PV + Zugänge aus Vermögensübertragungen	300.000,00	300.000,00	300.000,00
PV - Bilanzverlust	-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
PV Stand am Ende des Geschäftsjahres	-	-	-
Σ Stand am Ende des Geschäftsjahres	182.534.792,50	227.261.673,41	172.966.842,86

Leistungssicherungsrücklage

Zum Ausgleich unterjähriger Schwankungen von Beitragseinnahmen und Leistungsauszahlungen sowie zur bilanzmäßigen Absicherung der Erfüllung der Leistungsverpflichtungen ist eine Leistungssicherungsrücklage im Ausmaß eines Zwölftels der Versicherungsleistungen zu bilden.

Im Zweig Pensionsversicherung ist die Leistungssicherungsrücklage nicht voll dotiert und kann mangels Jahresüberschuss auch keine Zuweisung vorgenommen werden. Da auch keine Allgemeine Rücklage vorhanden ist, bewirkt der Bilanzverlust in Höhe der Dotierung des Unterstützungsfonds (in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils 300.000 Euro) eine Verminderung der Leistungssicherungsrücklage.



	stungssicherungsrücklage h Versicherungszweigen	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
K۷	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	41.694.266,23	42.592.674,68	43.461.584,81
ΚV	Dotierung	898.408,45	868.910,13	1.303.834,59
K۷	Auflösung	-	-	-
K۷	Stand am Ende des Geschäftsjahres	42.592.674,68	43.461.584,81	44.765.419,40
K۷	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	42.592.674,68	43.461.584,81	44.765.419,40
UV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	8.023.592,23	8.085.273,61	8.084.498,60
UV	Dotierung	61.681,38	-	343.996,92
UV	Auflösung	-	-775,01	-
UV	Übertragung an Allgemeine Rücklage	-	-	-
U٧	Stand am Ende des Geschäftsjahres	8.085.273,61	8.084.498,60	8.428.495,52
UV	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	8.085.273,61	8.084.498,60	8.428.495,52
PV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	62.767.243,58	62.467.243,58	62.167.243,58
PV	Dotierung	-	-	-
PV	Auflösung	-	-	-
PV	Übertragung an Allgemeine Rücklage	-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
PV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	62.467.243,58	62.167.243,58	61.867.243,58
PV	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	183.648.217,06	188.313.042,57	189.838.378,03
Σ	Stand am Ende des Geschäftsjahres	113.145.191,87	113.713.326,99	115.061.158,50

Unterstützungsfonds

Mittel des Unterstützungsfonds sind für besonders berücksichtigungswürdige Fälle, insbesondere unter Einbeziehung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse des zu Unterstützenden, nach den vom Vorstand erlassenen Richtlinien zu verwenden.

Σ	Stand am Ende des Geschäftsjahres	10.701.957,92	11.219.087,71	11.051.236,40
PV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.321.309,66	1.376.405,14	1.393.712,93
PV	Leistungen	-297.925,48	-244.904,52	-282.692,21
PV	Dotierung	300.000,00	300.000,00	300.000,00
PV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	1.319.235,14	1.321.309,66	1.376.405,14
U٧	Stand am Ende des Geschäftsjahres	2.107.573,91	2.048.542,29	2.021.318,10
U٧	Leistungen	-40.508,90	-59.031,62	-27.224,19
U٧	Dotierung	-	-	-
U٧	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	2.148.082,81	2.107.573,91	2.048.542,29
K۷	Stand am Ende des Geschäftsjahres	7.273.074,35	7.794.140,28	7.636.205,37
K۷	Leistungen	-485.194,70	-478.934,07	-557.934,91
K۷	Dotierung	1.000.000,00	1.000.000,00	400.000,00
K۷	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	6.758.269,05	7.273.074,35	7.794.140,28
	erstützungsfonds h Versicherungszweigen	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016



Erfolgsermittlung

Das Reinvermögen als Summe aller Rücklagen der SVB hat sich per 31.12.2016 gegenüber dem Anfang der Rechnungsperiode reduziert:

Indirekte Erfolgsermittlung	per 31.12.2014	per 31.12.2015	per 31.12.2016
Reinvermögen	306.381.942,29	352.194.088,11	299.079.237,76
Änderung des Reinvermögens lt. Schlussbilanz	14.762.501,33	45.812.145,82	-53.114.850,35

Die direkte Erfolgsermittlung aus den Erfolgsrechnungen aller Versicherungszweige zusammen ergibt für das Jahr 2016 zuzüglich der dotierten Beträge und abzüglich der Leistungen aus dem Unterstützungsfonds einen positiven Wert von 10,2 Mio. Euro.

Direkte Erfolgsermittlung	2014	2015	2016
Bilanzgewinn / Bilanzverlust lt. Erfolgsrechnungen	13.326.040,58	44.426.880,91	8.695.975,27
+ Dotierung von Rücklagen und Unterstützungsfonds	2.260.089,83	2.168.910,13	2.347.831,51
- Leistungen aus dem Unterstützungsfonds	-823.629,08	-782.870,21	-867.851,31
Ergebnis It. Erfolgsrechnungen	14.762.501,33	45.812.920,83	10.175.955,47

Die Differenz zwischen der indirekten Erfolgsermittlung durch Rücklagenvergleich und der direkten Erfolgsermittlung aus den Erfolgsrechnungen ist auf den Quartalsrabatt gem. § 357b BSVG zurückzuführen. Der die Unfall- und Pensionsversicherung betreffende Betrag von 63.290.805,82 wird von der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung finanziert und belastet somit das Reinvermögen, nicht jedoch die Erfolgsrechnungen.

Kurzfristige Verbindlichkeiten

Unberichtigte Versicherungsleistungen

Diese Position spiegelt die Leistungsaufwendungen wider, die im Transitorienzeitraum abgerechnet werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden u.a. Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten, Bundesministerien aufgrund von Jahresabrechnungen, dem Finanzamt sowie Bankverbindlichkeiten zur Sicherung der laufenden Liquidität ausgewiesen. Ebenfalls in dieser Position enthalten ist per 31.12.2016 die gesetzliche Verpflichtung der Krankenversicherung zur Finanzierung des die Unfallversicherung (6.785.073,46 €) und Pensionsversicherung (€ 56.505.732,36 €) betreffenden Anteils an den Beitragsgutschriften gem. § 357b BSVG für das 4. Quartal 2016 im Jänner 2017. Der Stand an debitorischen Barvorlagen hat sich per 31.12.2016 im Zweig Pensionsversicherung auf 89 Mio. Euro belaufen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Diese Position umfasst freiwillige Weiterversicherungsbeiträge sowie Zuzahlungen zu Kur- und Gesundheitsaktivaufenthalten, die im laufenden Jahr für das Folgejahr geleistet wurden.



Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- KA Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH
- SVD Büromanagement GmbH (SVD)
- ITSV GmbH

Bei den Beteiligungen handelt es sich zum einen um Gemeinschaftsunternehmungen mit anderen SV-Unternehmen zur Hebung von Synergieeffekten ("SVD" und "ITSV") und zum anderen um eine Gesellschaft im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der ehemals "Eigenen Einrichtungen" im Rahmen eines PPP-Modells.

In der Folge werden anhand ausgewählter Daten und Kennzahlen die Beteiligungen an der Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH und an der SVD näher dargestellt.

An diesen Beteiligungen besitzt die SVB ein unmittelbares strategisches und operatives Interesse. Aufgrund der Beteiligungskonstruktion ist die SVB auch in der Lage, die Entwicklung dieser Beteiligungen mit zu beeinflussen.

Die ITSV GmbH ist ein Gemeinschaftsunternehmen aller Sozialversicherungsträger.



Allgemeines

In die REHAMED wurde die ehemals Eigene Einrichtung in Bad Gleichenberg eingebracht, in die KBB GmbH (ab 1.10.2015 KA - Klinikum Austria GmbH) die ehemals Eigenen Einrichtungen in Baden, Bad Hall, Bad Schallerbach und Bad Gastein. Der Anteil der SVB an beiden Gesellschaften beträgt jeweils 26 %.

Die SVB setzt sich in besonderer Weise für die Gesundheit ihrer Versicherten und Pensionisten ein. Einen wichtigen Schwerpunkt in diesen Bemühungen um die Gesundheit der bäuerlichen Familien bilden die Rehabilitationsaufenthalte und Heilverfahren. Neben den Kliniken an diesen Standorten, an denen die SVB über diese Gesellschaft beteiligt ist, hat sie auch Vereinbarungen mit anderen Einrichtungen abgeschlossen, sodass der bäuerlichen Bevölkerung ein dichtes Netz an modernen Behandlungszentren zur Verfügung steht.

In den Kliniken (Bad Gleichenberg, Baden, Bad Hall, Schallerbacherhof und Bad Gastein) steht die medizinische Behandlung der Patienten an erster Stelle. Die Behandlung mit natürlichen Heilwässern und Solen verliert immer mehr an Bedeutung. Demgegenüber werden Physiotherapien, Bewegungstherapien, Ergotherapien, medikamentöse Therapien und Psychotherapien sowie ernährungswissenschaftliche Beratungen und Lebensstilberatungen immer wichtiger zur Erlangung des Heilerfolges. Darüber hinaus wird versucht, durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung und durch Arbeitsmedizinische Betreuung den Patienten hinsichtlich ihres Gesundheitsbewusstseins entscheidende Impulse zu geben.

Eine rasche und geeignete Behandlung kann die Zeit einer Arbeitsunfähigkeit verringern bzw. dauernde Schäden hintanhalten. Daher wird durch eine entsprechende Organisation erreicht, dass Patienten mit einer entsprechenden Aufnahmediagnose innerhalb kürzester Zeit in der "passenden" Einrichtung aufgenommen werden.

Mit dem Klinikum Bad Gleichenberg, der ehemals eigenen Sonderkrankenanstalt für interne Rehabilitation, ist die SVB erstmals neue Wege in der Zusammenarbeit mit privaten Betreibern gegangen. Seit April 2006 ist das Klinikum Bad Gleichenberg mehrheitlich in privatem Besitz und wurde zwischenzeitig ausgebaut und generalsaniert. Das Haus wurde auf 150 Betten aufgestockt und modernisiert. Es steht nunmehr neben den bisherigen Leistungen auch eine Krankenstation mit 16 Betten zur Verfügung. Aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen steht das Klinikum nach wie vor speziell der bäuerlichen Bevölkerung zur Verfügung.

Der nächste Schritt in diese Richtung war die Teilprivatisierung der restlichen 4 ehemals Eigenen Einrichtungen. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren wurde unser Partner bei Gleichenberg auch hier als Bestbieter ermittelt. Mit 1.1.2010 erfolgte vereinbarungsgemäß der Übergang unserer Rehabilitationseinrichtungen in die gemeinsame Gesellschaft (KBB GmbH). Die SVB ist auch an der Geschäftsführung beteiligt.

Mit der Inbetriebnahme der Kliniken Schallerbacherhof mit 120 Betten im Juni 2012 und Bad Gastein mit 155 Betten im September 2012 wurden die Investitionsmaßnahmen abgeschlossen. Seither haben alle Häuser 4****-Qualität in der Hotelkomponente und eine Ausstatung mit hochwertiger Rehabilitationsmedizin. Diese Einrichtungen sollen auch hinkünftig unseren Versicherten uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Ziel dieser Kooperation ist es, die Leistung für bäuerliche Versicherte, die Auslastung der Häuser, die erforderlichen Investitionsmaßnahmen, die Qualität der Einrichtungen und die Arbeitsplätze der Mitarbeiter langfristig zu sichern.



Da die Beteiligungsverhältnisse identisch waren, wurde die REHAMED – Rehabilitationszentrum für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen Bad Gleichenberg GmbH zum 1.1.2016 auf die KA – Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH (bis 30.9.2015 KBB GmbH) verschmolzen. Damit ist das Klinikum Bad Gleichenberg nunmehr gemeinsam mit den vier anderen ehemaligen eigenen Einrichtungen unter dem Dach der Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH vereinigt.

Die Verschmelzung wurde zum Anlass genommen, den Kooperationsvertrag zwischen der SVB und dem privaten Betreiber KMG (Klinikum-Management-Gesellschaft mbH) zu überarbeiten bzw. neu zu verhandeln. Der Vertrag regelt insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der SVB und den privaten Betreibern (u. a. medizinisches Leistungsprofil, Berichtslegung und Nachweis der vereinbarten Leistungen, finanzielle Bestimmungen wie Tarife, Pönalisierungsbestimmungen). Der Vorstand der SVB hat in seiner Sitzung am 11. April 2016 dem neuen Kooperationsvertrag einstimmig seine Zustimmung erteilt. Besserstellungen für die SVB konnten insbesondere im Abschnitt der finanziellen Bestimmungen erzielt werden (u. a. Rabattregelung, Mischtarife, Umstellung auf eine Gesamtgarantiesumme). Neu geregelt und präzisiert wurden auch die Leistungsnachweisführungen und Pönalisierungsbestimmungen.

Wirtschaftliche und leistungsmäßige Kenndaten

Das Jahresergebnis 2016 für die Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH stellt sich wie folgt dar:

Rechnungsabschluss 2016	KA GmbH
Betriebsleistung	52.261.342,00
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen *)	19.370.410,88
Personalaufwand	14.169.366,31
Abschreibungen	3.831.979,89
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.006.400,36
Betriebsergebnis	9.883.184,56
Finanzergebnis	691.224,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.191.960,08
Außerordentliches Ergebnis	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.295.737,82
Jahresüberschuss	6.896.222,26
Auflösung unversteuerter Rücklagen	2.672.197,36
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0,00
Jahresgewinn	9.568.419,62
Gewinn- bzw. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	706.457,42
Bilanzgewinn	10.274.877,04
Gewinnausschüttung 2016 für SVB (für 2015)	1.653.110,36
davon KV	52.096,97
davon UV	43.105,03
davon PV	1.557.908,36

^{*)} davon beträgt der Aufwand für das überlassene SVB-Personal 14.378.953,00



Die folgende Darstellung zeigt die Anzahl der Belagstage in den einzelnen Häusern sowie die jeweilige Höhe des Anteils der SVB-Patienten.

Belagstage 2016	Summe	Baden	Bad Hall	Bad Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg
Belagstage SVB	204.977	43.476	34.783	42.413	54.554	29.751
Belagstage andere	39.186	1.318	9.105	1.468	2.975	24.320
Belagstage Gesamt	244.163	44.794	43.888	43.881	57.529	54.071
Anteil der SVB Patienten	84,0%	97,1%	79,3%	96,7%	94,8%	55,0%

Die Darstellung nach Diagnosen zeigt folgendes Bild:

Diagnosan	Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg
Diagnosen	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle
Bewegungs- und Stützapparat	6.185	1.826	24	1.831	2.453	51
Herz/Kreislauf inkl. Schlaganfälle	1.547	1	1.419	4	0	123
Neurologische Erkrankung	311	7	264	9	3	28
Atmungsorgane	1.518	0	3	2	0	1.513
Stoffwechsel, Verdauung	572	1	6	1	0	564
Unfallverletzungen	741	280	20	198	239	4
Sonstige	271	9	38	25	17	182
Summe	11.145	2.124	1.774	2.070	2.712	2.465

Im Zeitablauf wird der Anteil des überlassenen Personals sukzessive niedriger. Per 31.12.2016 ergaben sich folgende Relationen:

Personal per 31.12.2016		Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH						
in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	Gesamt Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg		
Medizinisches Personal	266,74	44,40	63,93	39,44	57,84	61,13		
davon Überlassenes	126,59	23,87	33,36	17,20	24,65	27,51		
davon KA GmbH	140,15	20,53	30,57	22,24	33,19	33,62		
Sonstiges Personal *)	260,65	44,91	50,50	43,76	61,13	60,35		
davon Überlassenes	129,49	18,53	32,13	21,13	30,55	27,15		
davon KA GmbH	131,16	26,38	18,37	22,63	30,58	33,20		
Gesamtes Personal	527,39	89,31	114,43	83,20	118,97	121,48		
davon Überlassenes	256,08	42,40	65,49	38,33	55,20	54,66		
davon KA GmbH	271,31	46,91	48,94	44,87	63,77	66,82		

de la comp	0	Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH					
davon	Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg	
*) Reinigung, Stubenpersonal	89,15	15,00	16,97	13,58	19,60	24,00	
davon Überlassenes	34,80	1,00	8,50	6,70	10,35	8,25	
davon KA GmbH	54,35	14,00	8,47	6,88	9,25	15,75	

In Baden war das Reinigungs- und Stubenpersonal schon vor der Teilprivatisierung in die SVD ausgelagert.



Kurzdarstellung der einzelnen Kliniken

Klinikum am Kurpark Baden für Orthopädie und Rheumatologie (NÖ)

Nach einer dreimonatigen Planungsphase begann Anfang April 2010 die projektierte Sanierung der 53 Patientenzimmer sowie die Anpassung der Aufenthaltsräume und des Medikamentendepots. Sie wurde bei laufendem Betrieb Ende November 2010 abgeschlossen. Damit ist Baden nach der ersten Sanierungsphase von 2000 und 2001 nun vollständig erneuert.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Das Klinikum bietet stationäre Rehabilitations- und Anschlussheilverfahren bei orthopädischen und rheumatischen Erkrankungen

Weitere Informationen www.klinikum-baden.at

Klinikum Bad Hall für Herz- Kreislauf- und neurologische Rehabilitation (OÖ)

Nach der sanitätsbehördlichen Aufteilung des Klinikums Bad Hall in ein Departement für neurologische Rehabilitation und ein Departement für Herz-Kreislauf Rehabilitation im Rahmen eines sanitätsbehördlichen Verfahrens erfolgte auch die Neubesetzung der Ärztlichen Leitung. Prim. Dr. Gernot Diem wurde 2013 zum Ärztlichen Leiter des Klinikums und der "Herz-/Kreislauf-Abteilung" bestellt, Prim. Dr. Robert Hatschenberger zum Leiter der Neurologischen Abteilung. Parallel dazu wurde 2013 die Therapie umfangreich ausgebaut und logistisch optimiert. Im Jahr 2016 wurde der Rezeptionsbereich neu gestaltet und im Ablauf optimiert. Weitere Investitionen flossen in die Erneuerung der Aufzüge.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Das Klinikum ist auf die stationäre Rehabilitation von Patienten mit Herz-Kreislauf- sowie neurologischen Erkrankungen spezialisiert. Präventionsmaßnahmen für Risikopatienten, Anschlussheilverfahren nach Akutereignissen (Herzinfarkt, Herzoperation, Schlaganfall) sowie die Behandlung von Patienten mit Multipler Sklerose und Morbus Parkinson stehen im Mittelpunkt der medizinischen Arbeit

Weitere Informationen www.klinikum-badhall.at



Klinikum Schallerbacherhof für orthopädische Rehabilitation (OÖ)

Nach Fertigstellung des Zubaus Ende 2011 wurden bis Mai 2012 notwendige Adaptierungen im Altbau und dessen Anschluss an den Neubau errichtet. Der Vollbetrieb konnte im Juni 2012 aufgenommen werden. Die feierliche Einweihung erfolgte am 26. Juni 2012. Der unter Denkmalschutz stehende Altbau, der 1991 saniert wurde und sich in einem hervorragenden Zustand befindet, blieb aber in seiner bisherigen Funktion erhalten. Lediglich die Raumnutzung wurde optimiert. Im Neubau ist nun die Diagnostik- und Therapieinfrastruktur untergebracht bzw. 40 Einzelzimmer für Rehabilitationspatienten. Insgesamt wurde die Kapazität damit auf 120 Betten ausgebaut. Im Jahre 2016 wurde nunmehr die letzte Tranche der Sanitärzellen in den Patientenzimmern des Altbaues generalsaniert. Ein Schwerpunkt ist unter anderem die geriatrische Rehabilitation.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Der Schallerbacherhof ist ein modernes Kompetenzzentrum für stationäre medizinische Rehabilitation nach orthopädischen Operationen und unfallchirurgischen Versorgungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bewegungstraining für Prothesenträger.

Weitere Informationen www.schallerbacherhof.at

Klinikum Bad Gastein für Orthopädie und Rheumatologie (SBG)

Mit der längst überfälligen Generalsanierung wurde Mitte 2010 begonnen. Als erstes wurde der Küchentrakt saniert und anschließend mit der Generalsanierung begonnen, welche in 4 Bauabschnitten erfolgte und im August 2012 abgeschlossen werden konnte. Der Vollbetrieb mit 155 Betten wurde im September 2012 aufgenommen. Die feierliche Einweihung erfolgte am 21. September 2012. In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 wurde mit den Planungen für einen großzügigen Patientengarten auf der westseitigen und bisher im Wesentlichen ungenutzten Grünfläche des Klinikums begonnen. Neben Spazierwegen und einer ansprechenden Bepflanzung sind zusätzlich mehrere Aufenthalts- bzw. Verweilflächen unterschiedlicher Materialisierung entstanden. Die Umgestaltung der Grünflächen wurde Mitte 2015 abgeschlossen.



Bettenanzahl: 155

Schwerpunkte:

Im Klinikum werden Patienten mit orthopädischen und rheumatischen Erkrankungen im Rahmen von Rehabilitations- und Anschlussheilverfahren behandelt. In Kooperation mit dem Gasteiner Heilstollen verfügt das Klinikum über langjährige Erfahrung in der Behandlung von Patienten mit Morbus Bechterew.

Weitere Informationen www.klinikum-badgastein.at



Klinikum Bad Gleichenberg für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen (STMK)

Das komplett sanierte und erweiterte Klinikum Bad Gleichenberg ist mit 1.1.2010 in Vollbetrieb gegangen. Die feierliche Einweihung und Eröffnung erfolgte am 2. Juli 2010.

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 2007-2010 wurde der Einbettzimmeranteil bereits deutlich gesteigert. Um im Wettbewerb zwischen den Vertragseinrichtungen in den Rehabilitationsindikationen Lunge und Stoffwechsel weiterhin bestehen zu können, wurde das Klinikum 2015/2016 mit der Aufstockung um ein weiteres Bettengeschoß auf den 2010 bezogenen Neubautrakt vollständig auf Einbettzimmer umgestellt (Ausnahme Krankenstation). Die neuen Zimmer konnten im Frühjahr 2016 bezogen werden.

Das Investitionsprojekt EINBETTZIMMER umfasste auch die Erweiterung des Speisesaals. Dadurch können ab 2016 alle Patienten gleichzeitig im Speisesaal Platz finden. Ebenso konnten damit auch zusätzliche Flächen für den Buffetbetrieb geschaffen werden.



Bettenanzahl: 150

Schwerpunkte:

Das Klinikum ist auf die stationäre Rehabilitation von PatientInnen mit chronischen Atemwegs-, Lungen- und Stoffwechselerkrankungen spezialisiert. Eine neue Krankenstation ermöglicht im Rahmen von Anschlussheilverfahren die umfassende rehabilitationsmedizinische Betreuung von PatientInnen nach größeren pulmologischen sowie gastroenterologischen Operationen.

Ab Juni 2014 wurde das Leistungsangebot um die Onkologische Rehabilitation zur Nachversorgung von KrebspatientInnen erweitert.

Weitere Informationen www.klinikum-badgleichenberg.at



Beteiligung der SVB an der SVD

Allgemeines

Die **SVD Büromanagement GmbH** (kurz: **SVD**) wurde 2002 von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) gegründet. Ab 1.7.2005 beteiligte sich auch die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) und ab 1.7.2007 die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) an der Gesellschaft. Die SVD ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, verfügt über einen Aufsichtsrat und beschäftigte per 31.12.2016 388 MitarbeiterInnen.

In der SVD sind folgende Stabsstellen der Geschäftsführung direkt unterstellt:

- Bauwesen
- Projektmanagement
- Recht und Personalwesen

Als eigene Geschäftsbereiche sind in die SVD folgende Back-Office-Bereiche der Eigentümer ausgelagert, um gleichartige Aufgaben effizient zu erfüllen und entsprechende Synergiepotentiale zu nutzen:

- Beschaffungswesen
- Druckzentrum
- Facility Management (FM) und Reinigung
- Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
- Finanzwesen

Weitere Details sind der Homepage der SVD zu entnehmen: www.svdgmbh.at

Zu den Aufgaben im <u>Bauwesen</u> gehören neben den Planungstätigkeiten in Gesundheitseinrichtungen und Bürobauten auch Revitalisierungen und Umbauten sowie sonstige Ingenieurleistungen. Die Dienstleistungen umfassen dabei z.B. die Projektsteuerung und die begleitende Kontrolle bzw. die Bauplanung und die örtliche Bauaufsicht.

Durch den Bereich Beschaffung werden beispielsweise folgende Tätigkeitsfelder abgedeckt:

- Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen
- Angebotseinholung und Verhandlungen mit Lieferanten
- Angebotsprüfung und -bewertung
- Lagerverwaltung (Zentrales Lager und Verkauf an die Träger)
- Rechnungsprüfung und Zahlungsvorschlag
- Führung der Anlagenbuchhaltung der Träger
- Abschluss von Miet- und Wartungsverträgen und laufende Abrechnungen

Das <u>Druckzentrum</u> der SVD befindet sich im Bürogebäude der SVB in Wien 3, Ghegastraße 1 und bietet folgende Produktionslinien an:

- Digitaldruck
- EDV-Druck und Postprocessing
- Offsetdruck und Endfertigung

Mit einem modernen Maschinenpark werden neben Massendrucken auch hochwertige Broschüren hergestellt.



Der **Digitaldruck** produziert - in Farbe oder in Schwarzweiß - insbesondere Folder, Broschüren, Schulungsunterlagen, Arbeitsbehelfe, Mappen, Kuverts und Visitenkarten in Kleinauflagen damit rasch und flexibel auf Kundenbedürfnisse reagiert werden kann.

EDV-Druck und Postprocessing: Zum Einsatz kommt ein Rollendrucksystem Canon 3900 Twin mit 2 Vollfarb-Druckwerken mit einem "Online" dynamischen Perforator. Das System ist hoch produktiv mit einer Maschinenlaufleistung von 127 m in der Minute bei einer Papierbahnbreite von 43 cm für einen doppelten Druck nebeneinander. Die Kuvertierung erfolgt nicht online, sondern – um unabhängig agieren zu können - separat in den angrenzenden Räumlichkeiten.

Beim **Offsetdruck** kommt eine SpeedMaster 74 Halbbogen-Vierfarb-Druckmaschine mit zusätzlichem Lackdruckwerk zum Einsatz, wobei in der Druckvorstufe ein modernes Computerto-Plate-System mit prozesslosen Thermal-Druckplatten eingesetzt wird, welches ohne Chemieeinsatz für die Herstellung der Druckplatten auskommt. Für die Endfertigung steht ein umfangreicher Maschinenpark zur Verfügung, der die Bedürfnisse einer modernen Druckerei abdeckt.

Die folgenden Bilder zeigen die Druck- bzw. Nachbearbeitungsmaschinen.



Das Facility Management (FM) & Reinigung erbringt folgende Dienstleistungen:

Das **technische FM** kümmert sich um den Betrieb und die Instandhaltung der Haustechnik (Heizung/Klima/Lüftung/Sanitär) und die technische Gebäudeausrüstung.

Das kaufmännische FM verwaltet im Eigentum der Träger befindliche Liegenschaften und kontrolliert bei Mietobjekten die Vorschreibungen und Betriebskostenabrechnungen.

Weitere Leistungen sind z.B. ein österreichweites Versicherungsmanagement (inkl. Schadensabwicklung), die strategische Planung von Festnetz- und mobiler Telefonie, mit dem Ziel, Kosten und Servicequalität zu optimieren bzw. mit einem Energiemanagement den Bedarf der Eigentümer zu bündeln und über Ausschreibungen die Energiekosten zu optimieren.

Die "vor Ort Betreuung" durch das FM umfasst neben der **Reinigung** (Unterhalts- und Sonderreinigung) **als infrastrukturelles FM** beispielhaft noch folgende weitere Leistungen:

Portierdienste, Poststellen, Telefonzentrale und -vermittlung, Chauffeure, Betriebsküchen.

Durch eine zentrale Poststelle werden Ressourcen gebündelt und können Postvereinbarungen (Portorabatte) optimal genutzt werden.

Der <u>Bereich IKT</u> - voll ausgeschrieben Informations- und Kommunikationstechnologie - betreibt die IT-Infrastruktur-Dienste für BVA, SVA, SVB und natürlich auch für die SVD selbst.



Im Wesentlichen geht es dabei um folgende Aufgabengebiete:

Das **Business Service** ist zuständig für die Spezifikation der technischen Ressourcen aller Business Server und trägt die Verantwortung für die notwendige Business-Betriebssoftware/ Betriebssysteme.

Die Mitarbeiter des **Client Service** sind für die EDV-technische Ausstattung der Endbenutzer, für die Client-Betriebssysteme bzw. Client-Applikationen zuständig.

Das **Dokumenten Management** ist verantwortlich für die Entwicklung von Vorlagen für Serienbriefe, Vorschreibungen, Mahnungen etc., für die Wartung von Textbausteinen und für die Qualitätssicherung des Formularaufbaues bei der Druckausgabe.

Der **Help Desk** betreibt die IT-Hotline (2nd Level Support) und ist Informationsdrehscheibe für die Anwenderbetreuer und fallweise auch für Enduser (z.B. bei Störungen).

Das **Infrastruktur Service** ist u.a. verantwortlich für die Spezifikation und den Betrieb der technischen Ressourcen aller Infrastruktur Server und sonstiger Infrastruktur-Hardware.

Das **Security Management** ist für die Definition, Überwachung und Steuerung der IT-Security zuständig.

Das **Service Management** sorgt für die kontrollierte Einführung der ITIL-Prozesse (Information Technology Infrastructure Library) für das IT Service Management im Unternehmen, für die Anpassung der Prozesse an geschäftsspezifische Anforderungen und für die Überwachung, Weiterentwicklung und Optimierung der implementierten Prozesse.

Das **Service Operation Center** ist für das Job-Management aller Business Applikationen zuständig (Design, Durchführung und Überwachung, Ergebniskontrolle, Datensicherung etc.).

Das **Netzwerk Service** ist für die gesamte LAN und WAN Infrastruktur verantwortlich. Dazu zählen die Spezifikation der technischen Ressourcen und der Betrieb aller Netzwerk Server/Services.

Die Stabsstelle **IT Projekt Management** ist für das Initiieren, Planen, Steuern und das Kontrollieren und Abschließen von Projekten – insbesondere im IT-Umfeld – zuständig.



Kennzahlen

Rechnungsabschlüsse 2014-2016	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Betriebsleistung	28.822.065,16	31.594.801,21	35.621.381,98	+ 12,7
Aufwendungen für Material und sonst. bezogene Leistungen *)	15.941.080,52	16.532.600,74	17.142.203,07	+ 3,7
Personalaufwand	6.156.441,43	6.942.555,69	7.971.418,98	+ 14,8
Abschreibungen	2.562.968,97	3.341.136,31	4.655.347,15	+ 39,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.974.105,23	4.150.766,71	5.220.522,25	+ 25,8
Betriebsergebnis	187.469,01	627.741,76	631.890,53	
Finanzergebnis	11.273,89	4.410,91	- 27.600,57	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	198.742,90	632.152,67	604.289,96	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.205,43	151.179,50	115.929,49	
Jahresüberschuss	171.537,47	480.973,17	488.360,47	

^{*)} enthält Aufwand für überlassenes Personal und Postgebühren

Der Aufwand für Leistungen der SVD, welche der SVB verrechnet worden sind, beträgt:

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Aufwand der SVB für von der SVD erbrachte Leistungen	7.342.638,79	7.575.485,50	7.933.829,26	+ 4,7
entspricht einem Anteil an der Betriebsleistung der SVD von	25,48%	23,98%	22.27%	-

Personal jeweils zum 31.12.	2014	2015	2016	Δ 2015 zu 2016		
in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	2014	2010	2010	in %	abs.	
SVD eigene MA	159,57	171,59	198,54	+ 15,7%	+ 26,95	
Überlassene MA	115,40	107,30	114,60	+ 6,8%	+ 7,30	
davon BVA	18,00	17,80	18,80	+ 5,6%	+ 1,00	
davon SVA	52,30	49,41	55,88	+ 13,1%	+ 6,47	
davon SVB	43,79	39,09	38,08	- 2,6%	- 1,01	
davon VAEB	1,31	1,00	1,84	+ 84,0%	+ 0,84	
Alle Mitarbeiter	274,97	278,89	313,14	+ 12,3%	+ 34,25	

Auf die einzelnen Aufgabengebiete entfallen dabei:

Personal	Alle				
jeweils zum 31.12. in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	2014	2015	2016	Δ 15 / 16	
Bauwesen	4,81	5,51	5,51	+ 0,00	
Beschaffungswesen	12,39	12,75	13,05	+ 0,30	
Druckzentrum	17,63	17,63	17,63	+ 0,00	
FM	29,13	27,29	27,04	- 0,25	
IKT	67,54	74,08	90,98	+ 16,90	
Küche SVA	10,00	10,25	10,25	+ 0,00	
Portier	3,00	2,00	2,88	+ 0,88	
Postdienst	20,51	20,89	20,09	- 0,80	
Reinigung	90,13	88,48	104,70	+ 16,22	
RW, Personal, Recht	7,63	7,75	7,75	+ 0,00	
Sonstige *)	6,00	5,00	6,00	+ 1,00	
Telefonzentrale	6,20	7,26	7,26	+ 0,00	
Alle Bereiche	274,97	278,89	313,14	+ 34,25	

nt	100,01	111,00	100,04	. 20,00
	159,57	171,59	198,54	+ 26,95
	3,20	4,26	4,26	+ 0,00
	3,00	3,00	3,00	+ 0,00
	4,63	4,75	4,75	+ 0,00
	69,00	71,90	88,94	+ 17,04
	14,51	15,89	15,09	- 0,80
	2,00	1,00	1,88	+ 0,88
	6,00	6,25	6,25	+ 0,00
	23,66	30,52	38,30	+ 7,78
	17,13	16,88	17,63	+ 0,75
	7,63	7,63	7,63	+ 0,00
	5,00	5,00	6,30	+ 1,30
	3,81	4,51	4,51	+ 0,00
	2014	2013	2010	abs.
	2014	2014 2015 20		∆ 15 / 16

SVD-eigenes Personal

überlassenes Personal								
L ul	e 11a 33e 11	E3 1 E130						
2014	2015	2016	Δ 15 / 16					
			abs.					
1,00	1,00	1,00	+ 0,00					
7,39	7,75	6,75	- 1,00					
10,00	10,00	10,00	+ 0,00					
12,00	10,41	9,41	- 1,00					
43,88	43,56	52,68	+ 9,12					
4,00	4,00	4,00	+ 0,00					
1,00	1,00	1,00	+ 0,00					
6,00	5,00	5,00	+ 0,00					
21,13	16,58	15,76	- 0,82					
3,00	3,00	3,00	+ 0,00					
3,00	2,00	3,00	+ 1,00					
3,00	3,00	3,00	+ 0,00					
115,40	107,30	114,60	+ 7,30					

^{*)} Geschäftsführer, Sekretariat, Betriebsrat, Projektmanagement



Von allen Projekten, mit welchen die SVD in ihrem vierzehnten Geschäftsjahr befasst war, hatten insbesondere die nachfolgenden eine besondere strategische Bedeutung:

Neuer Standort des Regionalbüros Burgenland

Im Zuge des Neubaus der BGKK und der Einmietung der SVB in die Räumlichkeiten der BGKK war die SVD in umfangreiche Arbeiten betreffend die Einrichtung, die Umsiedlung aber auch die Räumung des alten Gebäudes involviert.

SVD-Druckzentrum: Möglichkeit eines Direktdrucks

Im SVD-Druckzentrum wurde begonnen, die Möglichkeit eines Direktdrucks zu testen.

SVD-Druckzentrum: Neue Digitaldruckmaschinen

Da die Verträge der eingesetzten Mono- und Farbdigitaldruckmaschinen mit Ende Juni 2016 ausgelaufen sind, wurde eine Marktevaluierung durchgeführt und letztendlich eine neue Gesamtmaschinenlösung auf Mietbasis mit einem flexiblen Austausch- und Aufrüstungspassus im Vertrag und deutlich geringeren Maschinenkosten für die nächsten 5 Jahre gefunden.

Rechenzentrum 1:1

Im IKT-Bereich wurde der Ausbau des Rechenzentrums in Richtung 1:1 weiter vorbereitet. Durch diese Ausstattung soll für den Fall des Ausfalls eines der beiden SVD-Rechenzentrumsstandorte zukünftig gewährleistet sein, dass der Zweitstandort den vollen Betrieb mit allen Services uneingeschränkt übernehmen kann.

S-Box-Lösung

Die S-Box-Lösung dient dem Datenaustausch mit externen Partnern, welche hauptsächlich die E-Mail Kommunikation in Zusammenhang mit datenschutzrechtlich sensiblen Daten ablösen soll.

Videokonferenz

Aufbau eines Videokonferenz-Systems, um an internationalen Konferenzen und Meetings mit Gebietskrankenkassen teilnehmen zu können.

Projekt Ökoprofit

Das FM-Team der SVD nimmt im Auftrag der SVB am Projekt "Ökoprofit" der Stadt Wien teil, welches Leistungen von Unternehmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, Kosteneinsparung und Ressourcenschonung fördert.

Abschluss der Ausschreibung CNSV 2016

Im 3. Quartal 2016 wurde das trägerübergreifende Ausschreibungsprojekt CNSV 2016 zur Vergabe aller WAN Anbindungen (Wide Area Network) der österreichischen Sozialversicherung erfolgreich beendet.

In der Folge ein stichwortartiger Überblick zu weiteren Aktivitäten einzelner Bereiche der SVD, welche auch bzw. insbesondere die SVB betreffen und nicht das sonst übliche Tagesgeschäft beschreiben:

Beschaffungsbereich:

Ausschreibung Einrichtungsplanung und Möblierung für die Mietflächen der SVB in Eisenstadt Ausschreibung Rahmenvereinbarung über verschiedene Sorten Papier (einschließlich Rollendruck)

Facility Management:

Ausschreibung für den bundesweiten Strombedarf für 2017 und 2018 im Auftrag der SVA, SVB und VAEB

IKT:

Rollout Notebooks in der SVA und SVB basierend auf Clitser-Architektur Umsetzung des neuen Browser-Konzeptes in der SVB Umstellung der Datenbank-Sicherungen auf "Online-Sicherung" Aufbau der Netzwerkkomponenten am neuen Standort des SVB Regionalbüros Burgenland und Übersiedlung

Support vor Ort SVB

Renovierung von Pausenräumen
Erneuerung der Leitung zum Fettabscheider
Umbau Beleuchtung Stockwerks-WC
Abschluss der Sanierung Gang EG
Sanierung Küchenboden
Installation Videokonferenzraum
Teppichtausch 3. OG
Austausch der doppelflügeligen Brandschutztüre im Erdgeschoß
Erneuerung Aufzugsdecke Aufzug 5



Krankenversicherung



Versichertenstand nach Versichertengruppen im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %	
Pflichtversicherte Selbständige	121.896	120.655	119.616	- 0,9	
Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten	6.933	6.961	6.920	- 0,6	
Hauptberuflich beschäftigte Übergeber	315	324	352	+ 8,6	
Pflichtversicherte Kinder	5.320	5.170	4.743	- 8,3	
Freiwillig Versicherte	178	181	181	-	
Kinderbetreuungsgeld-Bezieher	1.729	1.651	1.587	- 3,9	
Pflichtversicherte Pensionisten	147.631	146.893	146.027	- 0,6	
Alle Versicherten	284.002	281.835	279.426	- 0,9	

Versichertenstand nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2014	2015	20	Δ 2015 2016	
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	2.349	2.359	2.360	0,8	+ 0,0
Niederösterreich	78.966	78.177	77.342	27,7	- 1,1
Burgenland	15.166	14.915	14.599	5,2	- 2,1
Oberösterreich	65.827	65.448	64.932	23,2	- 0,8
Salzburg	15.760	15.867	15.914	5,7	+ 0,3
Tirol	18.245	18.165	18.130	6,5	- 0,2
Vorarlberg	5.239	5.203	5.179	1,9	- 0,5
Steiermark	59.618	59.004	58.457	20,9	- 0,9
Kärnten	22.832	22.697	22.513	8,1	- 0,8
SVB	284.002	281.835	279.426	100,0	- 0,9

Pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.292	1.321	1.323	1,1	+ 0,2
Niederösterreich	32.867	32.412	31.972	26,7	- 1,4
Burgenland	5.372	5.244	5.117	4,3	- 2,4
Oberösterreich	27.905 27.682 27.504 23,0		- 0,6		
Salzburg	7.512	7.534	7.547	6,3	+ 0,2
Tirol	8.125	8.079	8.060	6,7	- 0,2
Vorarlberg	2.354	2.341	2.337	2,0	- 0,2
Steiermark	25.743	25.385	25.130	21,0	- 1,0
Kärnten	10.726	10.657	10.626	8,9	- 0,3
SVB	121.896	120.655	119.616	100,0	- 0,9

Arten der Beitragsbemessung für pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	104.658	941	26.820	4.205	23.801	7.138	7.613	2.143	22.682	9.315
≤ 1.400	1.234	18	123	16	50	101	518	115	97	196
1.500 - 4.000	25.047	360	3.947	836	3.944	2.096	3.478	774	6.430	3.182
4.100 - 5.900	12.160	108	2.314	373	2.059	1.035	1.256	299	3.299	1.417
6.000 - 7.900	9.623	65	2.209	255	1.985	728	708	245	2.420	1.008
8.000 - 9.900	7.751	35	1.946	194	1.706	615	503	143	1.927	682
10.000 - 14.900	13.436	80	3.661	410	3.371	931	622	249	3.070	1.042
15.000 - 19.900	8.692	41	2.515	274	2.408	623	294	128	1.846	563
20.000 - 24.900	5.949	23	1.749	259	1.848	369	110	74	1.154	363
25.000 - 29.900	4.181	38	1.301	205	1.346	254	58	46	711	222
30.000 - 39.900	5.578	41	1.856	353	1.877	250	44	43	849	265
40.000 - 49.900	3.717	41	1.426	226	1.309	87	15	19	437	157
50.000 - 59.900	2.615	26	1.140	204	911	27	4	4	211	88
60.000 - 69.900	1.580	19	721	181	493	13	1	3	99	50
70.000 - 87.300	1.258	16	742	164	250	3	-	1	50	32
≥ 87.400	1.837	30	1.170	255	244	6	2	-	82	48
Individuelle BTG-Bildung	8.831	296	2.217	661	2.082	345	353	129	1.661	1.087
BTG-Option	3.670	69	2.238	107	988	20	6	-	173	69
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	1.847	31	458	84	506	45	52	56	475	140
Alle Arten	119.006	1.337	31.733	5.057	27.377	7.548	8.024	2.328	24.991	10.611

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Pflichtversicherte Selbständige, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind zum überwiegenden Teil (österreichweit ca. 99 %) Mehrfachversicherte, deren Beitragshöhe auf Basis einer Differenzbeitragsgrundlage bis zur Erreichung der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage ermittelt wird (§ 33 b BSVG). Versicherte, die Präsenz- bzw. Ausbildungsdienst ableisten oder mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage, zählen ebenfalls zur Gruppe der Personen mit individueller Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik pflichtversicherter Selbständiger nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	182	1	51	14	33	7	11	3	42	20
20 - 24	1.857	15	525	82	377	92	133	35	422	176
25 - 29	4.991	56	1.211	185	1.205	295	382	108	1.020	529
30 - 34	9.170	82	2.192	323	2.266	678	633	178	1.921	897
35 - 39	13.249	155	3.317	499	3.353	993	823	228	2.696	1.185
40 - 44	17.185	169	4.517	689	4.103	1.162	1.091	291	3.678	1.485
45 - 49	21.343	197	5.816	886	5.134	1.366	1.372	402	4.487	1.683
50 - 54	24.028	224	6.800	1.056	5.606	1.415	1.520	474	4.981	1.952
55 - 59	18.575	217	5.207	975	3.978	1.073	1.317	407	3.791	1.610
60 - 64	3.958	99	1.037	229	610	247	354	116	803	463
65 - 69	1.772	51	480	65	262	85	174	39	416	200
70 - 74	941	33	194	13	150	67	91	17	236	140
75 - 79	984	28	218	23	168	42	83	13	286	123
80 und mehr	771	10	168	18	132	26	40	17	212	148
Summe	119.006	1.337	31.733	5.057	27.377	7.548	8.024	2.328	24.991	10.611

Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Degienelhüree	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	21	20	23	0,3	+ 15,0
Niederösterreich	1.112	1.094	1.081	15,6	- 1,2
Burgenland	47	43	48	0,7	+ 11,6
Oberösterreich	878	893	893	12,9	-
Salzburg	656	689	697	10,1	+ 1,2
Tirol	1.559	1.564	1.555	22,5	- 0,6
Vorarlberg	351	356	346	5,0	- 2,8
Steiermark	1.308	1.309	1.314	19,0	+ 0,4
Kärnten	1.001	993	963	13,9	- 3,0
SVB	6.933	6.961	6.920	100,0	- 0,6



Pflichtversicherte Kinder nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

De sie welle in ee	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	42	46	44	0,9	- 4,3
Niederösterreich	1.794	1.728	1.572	33,1	- 9,0
Burgenland	229	212	190	4,0	- 10,4
Oberösterreich	958	953	880	18,6	- 7,7
Salzburg	320	315	299	6,3	- 5,1
Tirol	436	400	360	7,6	- 10,0
Vorarlberg	104	110	100	2,1	- 9,1
Steiermark	1.082	1.053	978	20,6	- 7,1
Kärnten	355	353	320	6,8	- 9,3
SVB	5.320	5.170	4.743	100,0	- 8,3

Pflichtversicherte Pensionisten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Degianalhüree	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	963	946	946	0,7	-
Niederösterreich	42.667	42.428	42.214	28,9	- 0,5
Burgenland	9.478	9.374	9.204	6,3	- 1,8
Oberösterreich	35.552	35.412	35.182	24,1	- 0,6
Salzburg	7.057	7.131	7.173	4,9	+ 0,6
Tirol	7.878	7.889	7.899	5,4	+ 0,1
Vorarlberg	2.369	2.342	2.340	1,6	- 0,1
Steiermark	31.099	30.865	30.653	21,0	- 0,7
Kärnten	10.568	10.506	10.416	7,1	- 0,9
SVB	147.631	146.893	146.027	100,0	- 0,6

Pensionistenquote nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt (auf 100 Betriebe entfallen im Jahresdurchschnitt ... Pflichtversicherte Pensionisten)

Regionalbüros	2014	2015	2016
Wien	77,0	74,0	73,8
Niederösterreich	151,9	152,8	153,7
Burgenland	195,0	196,9	197,6
Oberösterreich	152,4	152,7	152,5
Salzburg	107,1	107,5	107,7
Tirol	99,7	100,2	100,5
Vorarlberg	112,6	111,9	111,7
Steiermark	135,6	136,2	136,4
Kärnten	100,7	100,7	100,1
SVB	137,3	137,7	137,8



E-Card Konsultationen bei Vertragsärzten

Fachgebiete	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Arzt für Allgemeinmedizin	2.971.613	2.908.573	2.860.792	- 1,6
FA f. Augenheilkunde/Optometrie	106.237	103.082	101.403	- 1,6
FA f. Chirurgie	13.043	12.705	12.772	+ 0,5
FA f. Haut-/Geschlechtskrankh.	56.531	55.225	54.715	- 0,9
FA f. Frauenheilkunde/Geburtsh.	43.311	41.311	39.999	- 3,2
FA f. Innere Medizin	87.256	86.256	85.142	- 1,3
FA f. Kinder-/Jugendheilkunde	23.614	23.329	22.815	- 2,2
FA f. Hals-/Nasen-/Ohrenkrankh.	40.364	40.436	39.526	- 2,3
FA f. Lungenkrankheiten	21.584	21.994	21.869	- 0,6
FA f. Neurologie/Psychiatrie	30.583	30.913	30.977	+ 0,2
FA f. Orthopädie/orthop.Chirurgie	58.182	56.511	56.135	- 0,7
FA f. Unfallchirurgie 1)	2.867	3.064	2.773	- 9,5
FA f. Urologie	46.063	45.209	44.944	- 0,6
FA f. Neurochirurgie 1)	129	162	133	- 17,9
FA f. Plastische Chirurgie 1)	37	87	20	- 77,0
FA f. Nuklearmedizin 2)	113	103	111	+ 7,8
FA f. Kinder-/Jugendpsychiatrie 3)	142	215	213	- 0,9
Summe Allgemeine Fachärzte	530.056	520.602	513.547	- 1,4
FA f. Physikalische Medizin	2.977	2.417	1.624	- 32,8
FA f. Radiologie	80.324	77.362	79.252	+ 2,4
FA f. Med./Chem. Labordiagnostik 4)	93.643	96.079	101.235	+ 5,4
Summe Sonstige Fachärzte	176.944	175.858	182.111	+ 3,6
Summe aller Vertragsärzte	3.678.613	3.605.033	3.556.450	- 1,3

Quelle: SVC (SV Chipkarten Betriebs- und Errichtungsgesellschaft m.b.H)

- 1) Diese Ärzte werden in HVB-E-Card-Statistiken zu den "FA f. Chirurgie" gezählt.
- 2) Diese Ärzte (ebenso der FA f. Immunologie) werden in HVB-E-Card-Statistiken aus organisatorischen Gründen bei "Sonstige Vertragspartner" erfasst.
- 3) bei HVB-E-Card-Statistiken bis 2014 bei "Sonstige Vertragspartner"
- 4) inkl. FA f. Pathologie und FA f. Immunologie

Konsultation:

Inanspruchnahme eines Vertragspartners durch einen Anspruchsberechtigten.

Die Anzahl bei FA für Med./Chem. Labordiagnostik ist nicht aussagekräftig, da Laborleistungen vielfach ohne direkten Patientenkontakt (d.h. ohne E-Card-Konsultation) abgerechnet werden.

E-Card Erst- und Folgekonsultationen bei Vertragsärzten

Fachgebiete	20°	14	20 ⁻	15	20 ⁻	16		5 2016 %	
Tacingesiete	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Erst- Folge- konsultationen	
Arzt für Allgemeinmedizin	815.186	2.156.427	801.151	2.107.422	784.219	2.076.573	- 2,1	- 1,5	
FA f. Augenheilkunde/Optometrie	85.874	20.363	83.538	19.544	82.213	19.190	- 1,6	- 1,8	
FA f. Chirurgie	7.668	5.375	7.634	5.071	7.667	5.105	+ 0,4	+ 0,7	
FA f. Haut-/Geschlechtskrankh.	34.551	21.980	33.936	21.289	34.245	20.470	+ 0,9	- 3,8	
FA f. Frauenheilkunde/Geburtsh.	36.586	6.725	34.876	6.435	33.702	6.297	- 3,4	- 2,1	
FA f. Innere Medizin	48.236	39.020	47.793	38.463	47.760	37.382	- 0,1	- 2,8	
FA f. Kinder-/Jugendheilkunde	15.914	7.700	15.833	7.496	15.521	7.294	- 2,0	- 2,7	
FA f. Hals-/Nasen-/Ohrenkrankh.	29.806	10.558	30.231	10.205	29.760	9.766	- 1,6	- 4,3	
FA f. Lungenkrankheiten	16.603	4.981	16.926	5.068	16.942	4.927	+ 0,1	- 2,8	
FA f. Neurologie/Psychiatrie	21.521	9.062	21.850	9.063	22.149	8.828	+ 1,4	- 2,6	
FA f. Orthopädie/orthop.Chirurgie	22.600	35.582	21.922	34.589	21.636	34.499	- 1,3	- 0,3	
FA f. Unfallchirurgie 1)	1.210	1.657	1.295	1.769	1.128	1.645	- 12,9	- 7,0	
FA f. Urologie	34.008	12.055	33.268	11.941	33.069	11.875	- 0,6	- 0,6	
FA f. Neurochirurgie 1)	69	60	85	77	87	46	+ 2,4	- 40,3	
FA f. Plastische Chirurgie 1)	28	9	42	45	11	9	- 73,8	- 80,0	
FA f. Nuklearmedizin 2)	102	11	99	4	101	10	+ 2,0	+ 150,0	
FA f. Kinder-/Jugendpsychiatrie 3)	100	42	132	83	154	59	+ 16,7	- 28,9	
Summe Allgemeine Fachärzte	354.876	175.180	349.460	171.142	346.145	167.402	- 0,9	- 2,2	
FA f. Physikalische Medizin	483	2.494	380	2.037	281	1.343	- 26,1	- 34,1	
FA f. Radiologie	73.413	6.911	70.832	6.530	72.528	6.724	+ 2,4	+ 3,0	
FA f. Med./Chem. Labordiagnostik 4)	74.418	19.225	76.725	19.354	80.790	20.445	+ 5,3	+ 5,6	
Summe Sonstige Fachärzte	148.314	28.630	147.937	27.921	153.599	28.512	+ 3,8	+ 2,1	
Summe aller Vertragsärzte	1.318.376	2.360.237	1.298.548	2.306.485	1.283.963	2.272.487	- 1,1	- 1,5	

Quelle: SVC (SV Chipkarten Betriebs- und Errichtungsgesellschaft m.b.H)

Erstkonsultation:

Erste Inanspruchnahme eines Vertragspartners eines bestimmten Fachgebietes durch einen Anspruchsberechtigten eines bestimmten KV-Trägers im Abrechnungszeitraum (= Quartal).

Folgekonsultation:

Ab der zweiten Inanspruchnahme

- durch denselben Anspruchsberechtigten
- bei demselben Vertragspartner
- in derselben Prüfperiode
- aus demselben Behandlungsfall
- in demselben Fachgebiet

spricht man von einer Folgekonsultation.

Die Anzahl bei FA für Med./Chem. Labordiagnostik ist nicht aussagekräftig, da Laborleistungen vielfach ohne direkten Patientenkontakt (d.h. ohne E-Card-Konsultation) abgerechnet werden.

¹⁾ Diese Ärzte werden in HVB-E-Card-Statistiken zu den "FA f. Chirurgie" gezählt.

Diese Ärzte (ebenso der FA f. Immunologie) werden in HVB-E-Card-Statistiken aus organisatorischen Gründen bei "Sonstige Vertragspartner" erfasst.

³⁾ bei HVB-E-Card-Statistiken bis 2014 bei "Sonstige Vertragspartner"

⁴⁾ inkl. FA f. Pathologie und FA f. Immunologie

Heilmittelverordnungen nach Bezugsquellen

Bezugsquellen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Bezug aus öffentlichen Apotheken *)	3.352.217	3.225.464	3.092.788	- 4,1
Bezug aus ärztlichen Hausapotheken	2.551.182	2.439.399	2.346.798	- 3,8
Summe	5.903.399	5.664.863	5.439.586	- 4,0

^{*)} Im Jahr 2014 inkl. 7.286, im Jahr 2015 inkl. 7.121 und im Jahr 2016 inkl. 7.597 Heilmittelverordnungen aus sonstigen Bezugsquellen - das sind in diesem Fall Anstaltsapotheken.

Für den Bereich Kostenzuschuss liegen keine Fallzahlen vor, diese sind in der Anzahl aber ohne Bedeutung.

Verordnung:

Als Verordnung wird jede Abgabeeinheit ("Packung") eines Heilmittels bezeichnet.

Rezeptgebührenbefreiungen nach Befreiungsarten Stand Dezember

Befreiungsarten	2014	2015 *)	2016	Δ 2015 2016 in %
Dauerbefreiungen	33.916	23.740	20.043	- 15,6
REGO-Befreiungen	29.320	27.899	27.364	- 1,9
Summe	63.236	51.639	47.407	- 8,2

Quelle: HVB (REGO-Befr) und SVB Datenbankausw.RPG ab 2016 (Dauerbefr)

Dauerbefreiungen:

Gezählt sind hier Hauptversicherte (Beitragsleistende Aktive bzw. Pensionisten), die zum Stand 31.12. des Berichtsjahres aufgrund eines Antrages oder automatisch rezeptgebührenbefreit waren.

REGO-(Rezeptgebührenobergrenze)Befreiungen (seit 2008):

Laut REGO-Richtlinien sind Rezeptgebühren lediglich bis zur Obergrenze von 2 % des Nettoeinkommens pro Jahr zu entrichten. Wird in einem Kalenderjahr diese Grenze erreicht, muss für jedes weitere Medikament (in diesem Kalenderjahr) keine Rezeptgebühr mehr bezahlt werden.

^{*)} BJ 2015: Niedrige Anzahl an Dauerbefreiungen, aufgrund der Korrektur der Auswertungskriterien durch den HVB!

Behandlungsfälle und erbrachte Einzel-/Reparaturleistungen im Zahnhilfebereich

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Zahnbehandlung *)	208.577	202.713	204.758	+ 1,0
Zahnersatz	32.475	31.255	30.928	- 1,0
Alle Behandlungsfälle	241.052	233.968	235.686	+ 0,7
Zahnbehandlung *)	841.965	812.903	819.228	+ 0,8
Zahnersatz	44.828	42.902	42.965	+ 0,1
dav. Neuerstellung	10.813	10.386	10.288	- 0,9
dav. Reparatur (Instandsetzung)	33.547	31.982	31.802	- 0,6
dav. sonstige Leistungen	468	534	875	+ 63,9
Alle Einzel-/Reparaturleistungen	886.793	855.805	862.193	+ 0,7

^{*)} inkl. Kieferorthopädie (Kieferregulierung)

Die **Leistungserbringung** erfolgt

- bei Vertragszahnärzten und -dentisten
- bei Wahlzahnbehandlern
- in Eigenbetrieben anderer KV-Träger
- in Vertragseinrichtungen

Abrechnungszeitraum:

Bei Zahnbehandlungen ist der Abrechnungszeitraum (= Behandlungsfall) das Quartal, im Gegensatz dazu erstreckt sich ein kieferorthopädischer Behandlungsfall über ein Behandlungsjahr (z.B. Beginn 15.9.2011 - Ende 14.9.2012), wobei die Fallzählung zu Anfang der Behandlung erfolgt.

Einzelleistungen:

Dazu zählen im Bereich der Zahnbehandlung beispielsweise Füllungen und Wurzelbehandlungen.

Reparaturleistungen:

Darunter versteht man im Rahmen der Kieferorthopädie beispielsweise Unterfütterungen und Erweiterungen, im Bereich des Zahnersatzes sind dies Instandsetzungen an Metall- und Kunststoffprothesen.

Sonstige Leistungen:

Hier werden außertarifliche Leistungen wie Stiftzähne, Brücken, Kronen oder Inlays erfasst.



E-Card-Konsultationen bei Zahnärzten, Dentisten und Zahnambulatorien

Konsultationen nach Fachgebieten	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Zahnärzte, Dentisten	189.063	185.902	184.649	- 0,7
Zahnambulatorien	10.244	9.787	9.278	- 5,2
Erstkonsultationen	199.307	195.689	193.927	- 0,9
Zahnärzte, Dentisten	153.649	148.559	150.130	+ 1,1
Zahnambulatorien	10.308	9.587	8.957	- 6,6
Folgekonsultationen	163.957	158.146	159.087	+ 0,6
Zahnärzte, Dentisten	342.712	334.461	334.779	+ 0,1
Zahnambulatorien	20.552	19.374	18.235	- 5,9
Alle Konsultationen	363.264	353.835	353.014	- 0,2

Quelle: SVC

Da die Anzahl der abrechnenden Dentisten stagniert, sind die Konsultationen in diesem Bereich rückläufig.



Spitalsfälle bei Anstaltspflege nach Hauptdiagnosen

Hauptdiagnosen	201	14	201	15	20	16		5 2016 %
Thauptolagnosen	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	2.081	1.452	1.916	1.411	1.971	1.429	+ 2,9	+ 1,3
Neoplasien	13.769	10.835	12.731	10.226	13.368	10.622	+ 5,0	+ 3,9
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	2.069	1.581	1.958	1.516	2.000	1.518	+ 2,1	+ 0,1
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	998	799	939	789	940	793	+ 0,1	+ 0,5
Psychiatrische Krankheiten	2.968	1.730	2.828	1.746	2.535	1.552	- 10,4	- 11,1
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	12.298	9.744	11.872	9.514	12.360	9.991	+ 4,1	+ 5,0
Krankheiten des Kreislaufsystems	16.035	13.395	15.615	13.010	15.513	13.112	- 0,7	+ 0,8
Krankheiten der Atmungsorgane	5.684	4.394	6.469	5.149	5.711	4.444	- 11,7	- 13,7
Krankheiten der Verdauungsorgane	7.671	5.464	7.564	5.439	7.380	5.302	- 2,4	- 2,5
Krankheiten der Urogenitalorgane	5.246	3.684	5.174	3.709	5.371	3.841	+ 3,8	+ 3,6
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	527	4	455	2	501	4	+ 10,1	+ 100,0
Krankheiten der Haut und der Subcutis	1.136	775	1.090	784	1.003	669	- 8,0	- 14,7
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	9.505	6.669	8.906	6.296	8.973	6.333	+ 0,8	+ 0,6
Kongenitale Anomalien	232	69	234	64	254	81	+ 8,5	+ 26,6
Perinatale Affektionen	10	1	8	1	5	-	- 37,5	- 100,0
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	4.798	3.685	4.776	3.666	4.690	3.638	- 1,8	- 0,8
Verletzungen und Vergiftungen	10.121	6.593	10.337	6.707	9.819	6.528	- 5,0	- 2,7
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	524	380	572	414	534	384	- 6,6	- 7,2
Summe	95.672	71.254	93.444	70.443	92.928	70.241	- 0,6	- 0,3

Pens. = Pflichtversicherte Pensionisten (ohne deren anspruchsberechtigte Angehörige)

Neoplasien:

Neubildungen von Gewebe mit Störung oder Verlust der Wachstumsregulation (meist im Zusammenhang mit bösartigen Tumoren)

Subcutis: Unterhaut

Kongenitale Anomalien: ererbte, angeborene Entwicklungsstörungen

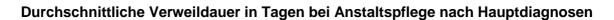
Perinatale Affektionen:

Erkrankungen des Kindes, die zwischen Ende der 24. Schwangerschaftswoche und dem 7. Lebenstag nach der Geburt entstehen



Spitalstage bei Anstaltspflege nach Hauptdiagnosen

Hauptdiagnosen	201	14	20	15	20	16	Δ 2015 2016 in %	
nauptdiagnosen	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	18.698	14.525	18.254	14.771	17.012	13.999	- 6,8	- 5,2
Neoplasien	67.136	53.828	59.348	48.525	61.756	49.886	+ 4,1	+ 2,8
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	15.397	12.445	13.924	11.439	13.463	10.877	- 3,3	- 4,9
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	5.647	4.731	5.533	4.789	5.316	4.493	- 3,9	- 6,2
Psychiatrische Krankheiten	35.641	21.146	35.059	22.343	33.025	19.978	- 5,8	- 10,6
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	33.605	26.036	32.443	25.571	30.869	24.677	- 4,9	- 3,5
Krankheiten des Kreislaufsystems	131.980	113.964	126.285	108.861	121.390	105.398	- 3,9	- 3,2
Krankheiten der Atmungsorgane	43.943	37.021	51.342	44.443	43.183	37.080	- 15,9	- 16,6
Krankheiten der Verdauungsorgane	51.347	39.690	49.304	38.665	47.362	36.935	- 3,9	- 4,5
Krankheiten der Urogenitalorgane	31.455	24.976	31.205	25.606	32.134	25.969	+ 3,0	+ 1,4
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	2.424	58	2.193	4	2.358	5	+ 7,5	+ 25,0
Krankheiten der Haut und der Subcutis	9.629	7.641	9.149	7.423	7.936	6.138	- 13,3	- 17,3
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	74.750	57.910	68.800	53.227	69.506	54.453	+ 1,0	+ 2,3
Kongenitale Anomalien	1.067	433	1.037	383	1.205	551	+ 16,2	+ 43,9
Perinatale Affektionen	33	6	65	9	19	-	- 70,8	- 100,0
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	28.304	23.207	28.070	23.514	27.889	23.474	- 0,6	- 0,2
Verletzungen und Vergiftungen	86.673	65.973	87.492	67.066	83.115	64.160	- 5,0	- 4,3
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	1.920	1.476	2.181	1.684	2.058	1.553	- 5,6	- 7,8
Summe	639.649	505.066	621.684	498.323	599.596	479.626	- 3,6	- 3,8



Hauptdiagnosen	201	14	201	15	20	16	Δ 2015 2016 in %	
Trauptulugilosett	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	6,9	10,0	6,9	10,5	6,3	9,8	- 8,7	- 6,7
Neoplasien	4,3	5,0	4,2	4,7	4,0	4,7	- 4,8	-
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	5,4	7,9	5,0	7,5	5,0	7,2	-	- 4,0
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	3,9	5,9	5,1	6,1	5,8	5,7	+ 13,7	- 6,6
Psychiatrische Krankheiten	13,0	12,2	12,4	12,8	13,9	12,9	+ 12,1	+ 0,8
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	3,2	2,7	3,1	2,7	2,7	2,5	- 12,9	- 7,4
Krankheiten des Kreislaufsystems	5,5	8,5	5,3	8,4	5,6	8,0	+ 5,7	- 4,8
Krankheiten der Atmungsorgane	4,5	8,4	4,6	8,6	4,3	8,3	- 6,5	- 3,5
Krankheiten der Verdauungsorgane	4,8	7,3	4,6	7,1	4,8	7,0	+ 4,3	- 1,4
Krankheiten der Urogenitalorgane	3,5	6,8	3,2	6,9	3,4	6,8	+ 6,2	- 1,4
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	4,4	14,5	4,9	2,0	4,7	1,3	- 4,1	- 35,0
Krankheiten der Haut und der Subcutis	4,5	9,9	4,7	9,5	4,5	9,2	- 4,3	- 3,2
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	5,1	8,7	5,1	8,5	5,0	8,6	- 2,0	+ 1,2
Kongenitale Anomalien	6,0	6,3	4,3	6,0	5,6	6,8	+ 30,2	+ 13,3
Perinatale Affektionen	-	6,0	+ 11,0	9,0	-	-	- 100,0	- 100,0
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	4,4	6,3	3,7	6,4	3,8	6,5	+ 2,7	+ 1,6
Verletzungen und Vergiftungen	5,4	10,0	5,3	10,0	5,5	9,8	+ 3,8	- 2,0
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	3,4	3,9	3,0	4,1	3,0	4,0	-	- 2,4
Summe	5,1	7,1	5,0	7,1	5,0	6,8	-	- 4,2

Aktive = Pflichtversicherte Erwerbstätige inkl. Freiwillig Versicherte

In dieser Tabelle bleiben anspruchsberechtigte Angehörige unberücksichtigt.



Entbindungsfälle nach Entbindungsart

Entbindungsarten	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Anstaltsentbindungen	729	729	760	+ 4,3
Hausentbindungen	8	9	12	+ 33,3
Alle Entbindungsfälle	737	738	772	+ 4,6

Verpflegstage bei Anstaltsentbindungen

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Ø Verweildauer	5,2	5,1	5,0	- 2,0
Anzahl der Verpflegstage	3.791	3.703	3.790	+ 2,3

Leistungsfälle und Leistungstage für Betriebshilfe

Betriebshilfe	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Anzahl der Leistungsfälle	4	-	2	-
Anzahl der Leistungstage	194	-	166	-

Leistungsfälle und Leistungstage für Wochengeld

Wochengeld	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Anzahl der Leistungsfälle	1.350	1.371	1.422	+ 3,7
Anzahl der Leistungstage	133.097	140.987	143.757	+ 2,0

Zählweise für Leistungsfälle, die Leistungstage in 2 Kalenderjahren aufweisen: Zählung je eines Falles mit den dazugehörigen Tagen in jedem Jahr

Patienten bei Vorsorgeuntersuchungen

	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Männer	12.048	11.644	12.011	+ 3,2
Frauen	26.183	26.327	27.595	+ 4,8
Alle Patienten	38.231	37.971	39.606	+ 4,3

Die Schwankungen bei der Inanspruchnahme hängen mit der unterschiedlichen Anzahl an Informations-/Einladungsschreiben, die an ausgewählte Zielgruppen versandt werden, zusammen (Kampagnen im Rahmen des VU Call/Recall Systems).

Unfallversicherung



Geschätzter Versichertenstand im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Alle Selbständig Erwerbstätigen	479.237	475.239	471.355	- 0,8
Betriebsführer	266.164	263.914	261.810	- 0,8
Ehegatten *)	191.400	189.800	188.200	- 0,8
Pächter von Jagden und Fischereien	19.888	19.694	19.583	- 0,6
sonstige unfallversicherte Personen	1.785	1.831	1.762	- 3,8
Familienangehörige	464.100	457.800	453.300	- 1,0
Eltern, Großeltern, *)	183.300	179.900	178.000	- 1,1
Kinder, Enkel, *)	230.600	228.700	227.000	- 0,7
Geschwister *)	50.200	49.200	48.300	- 1,8
Selbstversicherte	40	104	214	+ 105,8
Alle Versicherten	943.377	933.143	924.869	- 0,9

^{*)} geschätzt

Der Beitrag zur Unfallversicherung stellt als echter Betriebsbeitrag sowohl für den Betriebsführer als auch für den Ehegatten und praktisch alle nahen Angehörigen (§ 3 Abs. 1 Z. 2 BSVG), wenn sie im Betrieb tätig sind, Versicherungsschutz sicher.

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 261.810 Betriebsführern Beiträge vorgeschrieben. Die Zahl der versicherten Personen kann nicht genau angegeben werden.

Unter Anwendung von Schätzverfahren und Sonderauswertungen, die von der Statistik Austria zur Verfügung gestellt wurden, ergeben sich für die Jahre 2014 - 2016 oben stehende geschätzte Versichertenstände.

Stand der Betriebe nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	4.645	4.678	4.719	1,8	+ 0,9
Niederösterreich	57.040	56.265	55.643	21,3	- 1,1
Burgenland	18.617	18.133	17.671	6,7	- 2,5
Oberösterreich	55.321	54.910	54.494	20,8	- 0,8
Salzburg	12.645	12.652	12.645	4,8	- 0,1
Tirol	18.572	18.475	18.400	7,0	- 0,4
Vorarlberg	7.706	7.645	7.571	2,9	- 1,0
Steiermark	63.900	63.491	63.046	24,1	- 0,7
Kärnten	27.718	27.665	27.621	10,6	- 0,2
SVB	266.164	263.914	261.810	100,0	- 0,8

Arten der Beitragsbemessung für Betriebsführer nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	255.307	4.609	52.751	17.322	52.863	12.552	18.246	7.465	62.211	27.288
≤ 1.400	143.953	3.373	26.219	12.295	27.769	5.331	10.598	5.203	36.931	16.234
1.500 - 4.000	34.905	504	5.186	1.342	6.813	2.560	3.952	1.055	9.277	4.216
4.100 - 5.900	13.994	151	2.607	516	2.446	1.157	1.307	326	3.785	1.699
6.000 - 7.900	9.992	79	2.202	303	2.004	767	720	240	2.522	1.155
8.000 - 9.900	7.446	41	1.743	218	1.593	594	516	128	1.846	767
10.000 - 14.900	12.508	100	3.210	454	3.071	821	616	221	2.872	1.143
15.000 - 19.900	7.905	53	2.195	302	2.123	538	301	114	1.668	611
20.000 - 24.900	5.387	32	1.556	273	1.603	297	109	76	1.042	399
25.000 - 29.900	3.832	50	1.199	231	1.178	195	53	41	628	257
30.000 - 39.900	5.090	54	1.715	370	1.599	179	42	35	776	320
40.000 - 49.900	3.377	43	1.318	242	1.072	67	18	17	410	190
50.000 - 59.900	2.377	37	1.071	199	731	23	6	4	200	106
60.000 - 69.900	1.444	30	685	156	405	11	4	2	96	55
70.000 - 87.300	1.203	24	701	157	217	5	1	2	53	43
≥ 87.400	1.894	38	1.144	264	239	7	3	1	105	93
Individuelle BTG-Bildung	12	1	7	•	-	1	-	-	3	1
BTG-Option	3.346	66	2.037	100	890	17	5		163	68
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	2.486	67	632	99	612	63	112	54	602	245
Alle Arten	261.151	4.743	55.427	17.521	54.365	12.632	18.363	7.519	62.979	27.602

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Betriebsführer, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind Personen mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik der Betriebsführer nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	318	2	73	26	54	10	21	10	79	43
20 - 24	2.663	25	631	137	508	139	212	48	669	294
25 - 29	7.074	106	1.485	292	1.619	372	604	154	1.604	838
30 - 34	13.310	184	2.718	554	3.140	812	1.036	291	3.062	1.513
35 - 39	19.797	338	4.112	931	4.661	1.225	1.428	419	4.660	2.023
40 - 44	27.472	424	5.826	1.473	6.277	1.559	1.988	620	6.568	2.737
45 - 49	36.872	595	8.046	2.089	8.384	2.001	2.676	870	8.669	3.542
50 - 54	43.928	713	9.751	2.733	9.906	2.163	3.017	1.128	10.210	4.307
55 - 59	40.218	742	8.819	3.078	8.234	1.896	2.792	1.136	9.466	4.055
60 - 64	23.205	543	4.767	2.214	4.196	900	1.557	822	5.631	2.575
65 - 69	17.024	377	3.361	1.712	2.736	602	1.184	623	4.422	2.007
70 - 74	10.102	290	1.839	777	1.677	389	686	424	2.756	1.264
75 - 79	10.360	239	2.154	839	1.629	317	635	462	2.803	1.282
80 und mehr	8.808	165	1.845	666	1.344	247	527	512	2.380	1.122
Summe	261.151	4.743	55.427	17.521	54.365	12.632	18.363	7.519	62.979	27.602

Entwicklung der Meldungen (Unfälle und Berufskrankheiten) nach Regionalbüros

	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
2006	6.157	21	1.295	169	1.538	385	476	108	1.568	597
2007	5.690	16	1.200	141	1.474	342	430	116	1.399	572
2008	5.826	16	1.234	123	1.399	370	440	112	1.505	627
2009	6.703	16	1.516	151	1.607	435	473	108	1.450	947
2010	6.615	20	1.375	150	1.586	495	483	159	1.330	1.017
2011	6.805	13	1.354	126	1.646	451	519	166	1.373	1.157
2012	5.648	15	985	102	1.487	438	482	104	1.181	854
2013	5.367	13	1.072	103	1.283	428	461	111	1.246	650
2014	5.262	17	952	108	1.311	458	403	76	1.210	727
2015	4.972	17	896	84	1.175	482	397	74	1.184	663
2016	5.184	23	891	75	1.262	507	413	66	1.180	767

Entwicklung der anerkannten Versicherungsfälle

				da	von			dav	/on
				Be	rufskrankhei	ten		töd	lich
	Alle aner- kannten Versiche- rungsfälle	Arbeits- unfälle	Summe Berufs- krank- heiten	Farmer- lunge	Asthma bronchiale	Erkrankung der Atem- wege durch chemisch irritative Stoffe	Zecken-	Arbeits- unfälle	Berufs- krank- heiten
2006	5.238	5.069	169	46	76	17	13	69	3
2007	4.890	4.760	130	29	61	23	6	62	0
2008	5.292	5.138	154	33	72	36	3	62	1
2009	5.766	5.613	153	44	55	16	5	59	11
2010 *)	6.688	6.520	168	53	62	17	4	76	7
2011	5.516	5.399	117	28	38	15	6	54	6
2012	4.549	4.485	64	8	24	10	5	51	5
2013	3.900	3.805	95	12	38	18	7	56	8
2014	4.763	4.632	131	21	50	30	3	70	7
2015	3.878	3.748	130	20	33	36	7	57	12
2016	3.915	3.783	132	19	17	21	7	52	5

^{*)} Ab dem Berichtsjahr 2010 wurden die Auswertungskriterien umgestellt. Es werden auch jene Fälle ins Berichtsjahr gezählt, welche bis 31.03. des Folgejahres anerkannt werden und das Unfallgeschehen im Berichtsjahr erfolgte. Daher ergibt sich im Berichtsjahr 2010 eine höhere Anzahl an anerkannten Versicherungsfällen.



Anerkannte Arbeitsunfälle nach Unfallursachen Berichtsjahr 2016

Unfallursachen	SVB	davon tödlich	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
ausgelöst durch elektrische Störung, Explosion, Feuer	10	-	-	4	-	1	-	-	1	3	1
ausgelöst durch Überlaufen, Umkippen, Auslaufen, Überflutung, Verdampfen, Emission	17	_	_	4	-	4	-	-	1	3	5
Reißen, Brechen, Bersten, Rutschen, Fallen, Zusammenstürzen von Gegenständen	650	11	1	118	15	160	44	47	7	165	93
Kontrollverlust über Maschine, Transport- oder Fördermittel, Handwerkzeug, Gegenstand, Tier	1.121	26	5	207	16	294	90	104	11	241	153
Ausgleiten oder Stolpern mit Sturz, (Ab)Sturz von Personen	1.081	11	5	195	11	306	88	89	12	248	127
Bewegung des Körpers ohne körperliche Belastung (im Allgemeinen äußere Verletzung)	296	2	2	65	6	64	23	22	4	64	46
Bewegung des Körpers mit/unter körperlicher Belastung (im Allgemeinen innere Verletzung)	265	-	2	42	4	65	27	29	4	57	35
Überraschung, Schreck, Gewalt, Angriff, Bedrohung, Anwesenheit	334	2	2	56	2	100	38	24	9	57	46
Sonstige Unfallursachen	9	-	-	1	-	1	1	1	-	3	2
Summe	3.783	52	17	692	54	995	311	316	49	841	508
	davon tödlich	52	-	10	-	11	2	7	-	8	14

Anerkannte Arbeitsunfälle nach dem Monat des Unfallereignisses Berichtsjahr 2016

		Unfallmonat												
Summe	Jän.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
3.783	315	253	297	274	264	292	385	359	381	324	312	327		

Anerkannte Arbeitsunfälle nach dem Wochentag des Unfallereignisses Berichtsjahr 2016

		Unfallwochentag													
Summe	Мо	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Feier- tag	Tag nach Feiertag	keine Angabe					
3.783	532	507	540	501	552	624	285	83	144	15					

Anerkannte Versicherungsfälle nach Personenkreis

Personenkreis	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Betriebsführer	3.275	2.697	2.831	+ 5,0
hauptberufl. besch. Angehörige	207	169	163	- 3,6
mithelfende Familienangehörige	1.281	1.012	921	- 9,0
andere geschützte Personen	-	-	-	•
Summe	4.763	3.878	3.915	+ 1,0

Anzahl der Renten nach Rentenarten und nach dem ASVG und BSVG

	20	14	20)15	20	16	Δ 2015 2016	Δ 2015 2016
Rentenarten	nach dem	in %	in %					
	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG
Versehrten-/Betriebsrenten	13.962	4.214	13.217	4.346	12.502	4.341	- 5,4	- 0,1
MdE bis 49%	12.514	3.850	11.845	3.974	11.219	3.958	- 5,3	- 0,4
MdE 50-99%	1.243	267	1.185	274	1.107	284	- 6,6	+ 3,6
Vollrenten	205	97	187	98	176	99	- 5,9	+ 1,0
Witwen(Witwer)renten	1.749	735	1.654	764	1.555	795	- 6,0	+ 4,1
Waisenrenten	146	294	137	281	126	279	- 8,0	- 0,7
Alle Renten	15.857	5.243	15.008	5.391	14.183	5.415	- 5,5	+ 0,4

Ab 1.1.1999 ist die bäuerliche Unfallversicherung sowohl beitrags- als auch leistungsrechtlich nach dem BSVG geregelt (22. Novelle).

Für Versicherungsfälle bis 31.12.1998 gelten nach wie vor die entsprechenden Bestimmungen nach dem ASVG. Ab 1.1.2000 fallen für die Versicherungsfälle des Jahres 1999 erstmals Betriebsrenten an.



Anzahl der Renten nach dem ASVG und BSVG nach Rentenarten und nach Regionalbüros Stand Dezember 2016

Rentenarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Versehrten-/Betriebsrenten	16.843	78	3.701	927	3.868	1.265	1.672	462	3.300	1.570
MdE bis 49%	15.177	62	3.343	840	3.522	1.148	1.503	417	2.938	1.404
MdE 50-99%	1.391	13	296	76	297	99	134	39	299	138
Vollrenten	275	3	62	11	49	18	35	6	63	28
Witwen(Witwer)renten	2.350	15	595	122	497	165	197	48	474	237
Waisenrenten	405	2	91	9	77	33	42	10	89	52
Alle Renten	19.598	95	4.387	1.058	4.442	1.463	1.911	520	3.863	1.859

Rentenarten nach ASVG	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Versehrtenrenten	12.502	64	2.686	830	2.858	919	1.221	361	2.444	1.119
MdE bis 49%	11.219	50	2.419	761	2.592	828	1.091	325	2.159	994
MdE 50-99%	1.107	11	223	63	238	79	108	31	243	111
Vollrenten	176	3	44	6	28	12	22	5	42	14
Witwen(Witwer)renten	1.555	11	394	105	333	102	120	32	321	137
Waisenrenten	126	2	29	4	25	12	12	4	26	12
Alle Renten	14.183	77	3.109	939	3.216	1.033	1.353	397	2.791	1.268

Rentenarten nach BSVG	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Betriebsrenten	4.341	14	1.015	97	1.010	346	451	101	856	451
MdE bis 49%	3.958	12	924	79	930	320	412	92	779	410
MdE 50-99%	284	2	73	13	59	20	26	8	56	27
Vollrenten	99		18	5	21	6	13	1	21	14
Witwen(Witwer)renten	795	4	201	17	164	63	77	16	153	100
Waisenrenten	279		62	5	52	21	30	6	63	40
Alle Renten	5.415	18	1.278	119	1.226	430	558	123	1.072	591

Höhe der Durchschnittsrenten Stand Dezember

	20)14	20)15	20	16	Δ 2015 2016	Δ 2015 2016
Rentenarten	nach dem	in %	in %					
	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG
Versehrten-/Betriebsrenten	176,66	329,53	180,40	337,30	181,86	345,27	+ 0,8	+ 2,4
MdE bis 49%	119,29	259,07	122,05	267,30	124,11	272,28	+ 1,7	+ 1,9
MdE 50-99%	590,31	886,87	604,36	905,50	611,40	928,07	+ 1,2	+ 2,5
Vollrenten	1.170,53	1.591,95	1.188,27	1.589,40	1.161,22	1.591,38	- 2,3	+ 0,1
Witwen(Witwer)renten	446,40	298,22	461,73	304,50	470,21	307,73	+ 1,8	+ 1,1
Waisenrenten	161,81	330,61	165,14	335,20	163,49	333,98	- 1,0	- 0,4
Alle Renten	206,28	325,20	211,27	332,60	213,31	339,18	+ 1,0	+ 2,0



					2016		
Rentenarten	2014	2015	2016	dav	on	Höhe der	
Kentenarten	2014	2010	2010		Berufs-	Durch-	Δ 2015 2016
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Versehrten-/Betriebsrenten	469	430	431	2	32	304,27	+ 0,2
MdE bis 49%	445	400	403	2	29	254,29	+ 0,8
MdE 50-99%	17	21	20	-	3	843,27	- 4,8
Vollrenten	7	9	8	-	0	1.474,43	- 11,1
Witwen(Witwer)renten	57	46	44	0	2	301,62	- 4,3
Waisenrenten	23	30	28	0	1	311,32	- 6,7
Alle Renten	549	506	503	2	35	304,43	- 0,6

					2016		
Rentenarten nach ASVG	2014	2015	2016	dav	ron	Höhe der	
Remember hach Acvo	2014	2010	2010		Berufs-	Durch-	Δ 2015 2016
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Versehrtenrenten	8	4	3	-	-	79,05	- 25,0
MdE bis 49%	7	4	3	-	-	79,05	- 25,0
MdE 50-99%	1	-	-	-	-	-	-
Vollrenten	-	-	-	-	-	-	-
Witwen(Witwer)renten	8	7	2	-	2	456,90	- 71,4
Waisenrenten	1	1	1	-	1	469,11	-
Alle Renten	17	12	6	-	3	270,01	- 29,4

					2016		
Rentenarten nach BSVG	2014	2015	2016	dav	on	Höhe der	
Rentenanten nach Bovo	2014	2010			Berufs-	Durch-	△ 2015 2016
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Betriebsrenten	461	426	428	2	32	305,85	+ 0,5
MdE bis 49%	438	396	400	2	29	255,60	+ 1,0
MdE 50-99%	16	21	20	-	3	843,27	- 4,8
Vollrenten	7	9	8	-	-	1.474,43	- 11,1
Witwen(Witwer)renten	49	39	42	-	-	294,23	+ 7,7
Waisenrenten	22	29	27	-	-	305,47	- 6,9
Alle Renten	532	494	497	2	32	304,85	+ 0,6

Ab 1.1.2000 können für Versicherungsfälle ab 1.1.1999 erstmals Betriebsrenten anfallen. Für Versicherungsfälle bis 31.12.1998 sind nach wie vor Versehrtenrentenneuzugänge möglich. Neuzugänge an Hinterbliebenenrenten können wie bereits 1999 leistungsrechtlich sowohl nach dem ASVG als auch nach dem BSVG anfallen.

Pensionsversicherung



Versichertenstand nach Versichertengruppen im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2014	2015	2016	Δ 2015 2016 in %
Pflichtversicherte Selbständige	130.910	128.857	127.077	- 1,4
Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten	7.227	7.218	7.146	- 1,0
Hauptberuflich beschäftigte Übergeber	375	388	423	+ 9,0
Pflichtversicherte Kinder	5.240	5.112	4.700	- 8,1
Freiwillig Weiterversicherte	253	253	239	- 5,5
Alle Versicherten	144.005	141.828	139.585	- 1,6

Versichertenstand nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Basianalhiirea	2014	2015	20)16	Δ 2015 2016
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.395	1.419	1.420	1,0	+ 0,1
Niederösterreich	38.057	37.348	36.564	26,2	- 2,1
Burgenland	6.115	5.897	5.703	4,1	- 3,3
Oberösterreich	31.901	31.505	31.064	22,3	- 1,4
Salzburg	9.374	9.360	9.320	6,7	- 0,4
Tirol	10.891	10.773	10.667	7,6	- 1,0
Vorarlberg	2.933	2.918	2.888	2,1	- 1,0
Steiermark	30.601	30.003	29.485	21,1	- 1,7
Kärnten	12.738	12.605	12.474	8,9	- 1,0
SVB	144.005	141.828	139.585	100,0	- 1,6

Pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.328	1.348	1.346	1,0	- 0,1
Niederösterreich	35.025	34.384	33.777	26,6	- 1,8
Burgenland	5.814	5.619	5.441	4,3	- 3,2
Oberösterreich	29.968	29.568	29.197	23,0	- 1,3
Salzburg	8.325	8.275	8.233	6,5	- 0,5
Tirol	8.630	8.543	8.482	6,7	- 0,7
Vorarlberg	2.439	2.420	2.414	1,9	- 0,2
Steiermark	28.088	27.524	27.081	21,3	- 1,6
Kärnten	11.293	11.176	11.106	8,7	- 0,6
SVB	130.910	128.857	127.077	100,0	- 1,4

Arten der Beitragsbemessung für pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	111.905	978	28.630	4.515	25.338	7.810	8.049	2.218	24.579	9.788
≤ 1.400	1.306	18	128	16	54	118	539	120	109	204
1.500 - 2.200	10.068	138	1.556	400	1.711	834	1.488	287	2.500	1.154
2.300 - 5.900	32.679	353	5.992	1.028	5.509	2.837	3.597	838	8.743	3.782
6.000 - 7.900	10.593	69	2.490	288	2.232	798	747	255	2.643	1.071
8.000 - 9.900	8.000	36	2.010	212	1.756	636	514	145	1.982	709
10.000 - 14.900	13.604	79	3.712	423	3.394	940	629	254	3.120	1.053
15.000 - 19.900	8.756	42	2.543	280	2.411	628	296	128	1.859	569
20.000 - 24.900	5.986	23	1.761	261	1.849	373	113	74	1.166	366
25.000 - 29.900	4.193	39	1.306	205	1.342	255	58	47	718	223
30.000 - 39.900	5.612	44	1.878	360	1.874	250	46	43	850	267
40.000 - 49.900	3.748	42	1.444	229	1.306	91	15	19	442	160
50.000 - 59.900	2.634	28	1.152	205	911	27	4	4	213	90
60.000 - 69.900	1.593	19	731	183	490	13	1	3	100	53
70.000 - 87.300	1.270	18	744	166	252	4	-	1	52	33
≥ 87.400	1.863	30	1.183	259	247	6	2	-	82	54
Individuelle BTG-Bildung	8.662	283	2.102	649	2.144	340	317	125	1.633	1.069
BTG-Option	3.676	69	2.239	109	990	20	6	-	173	70
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	1.901	31	487	88	514	44	52	60	485	140
dav. pers.haftende Gesellsch.(KG,OG)	423	21	140	22	86	9	12	6	96	31
Alle Arten	126.144	1.361	33.458	5.361	28.986	8.214	8.424	2.403	26.870	11.067

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Pflichtversicherte Selbständige, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind zum überwiegenden Teil (österreichweit über 99 %) Mehrfachversicherte, deren Beitragshöhe auf Basis einer Differenzbeitragsgrundlage bis zur Erreichung der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage ermittelt wird (§ 33 a BSVG). Versicherte mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage zählen ebenfalls zur Gruppe der Personen mit individueller Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik pflichtversicherter Selbständiger nach Regionalbüros Stand 31.12.2016

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	173	1	49	14	31	6	11	3	39	19
20 - 24	1.857	15	525	82	377	92	133	35	422	176
25 - 29	4.989	56	1.210	185	1.205	295	382	108	1.020	528
30 - 34	9.167	82	2.192	323	2.266	678	633	178	1.918	897
35 - 39	13.257	155	3.322	500	3.355	993	823	228	2.696	1.185
40 - 44	17.422	169	4.583	694	4.176	1.193	1.095	292	3.728	1.492
45 - 49	22.690	198	6.159	920	5.506	1.523	1.417	417	4.792	1.758
50 - 54	26.904	228	7.456	1.164	6.311	1.676	1.674	500	5.755	2.140
55 - 59	20.819	222	5.720	1.103	4.393	1.233	1.474	436	4.419	1.819
60 - 64	4.521	108	1.171	261	682	292	408	125	959	515
65 - 69	1.910	57	525	74	278	100	175	42	453	206
70 - 74	973	36	198	12	159	68	90	18	250	142
75 - 79	914	26	211	19	152	44	79	11	268	104
80 und mehr	548	8	137	10	95	21	30	10	151	86
Summe	126.144	1.361	33.458	5.361	28.986	8.214	8.424	2.403	26.870	11.067

Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Danianalhiinaa	2014	2015	20)16	Δ 2015 2016
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	21	20	23	0,3	+ 15,0
Niederösterreich	1.122	1.103	1.088	15,2	- 1,4
Burgenland	46	42	48	0,7	+ 14,3
Oberösterreich	886	901	900	12,6	- 0,1
Salzburg	678	711	718	10,0	+ 1,0
Tirol	1.723	1.705	1.682	23,5	- 1,3
Vorarlberg	367	372	361	5,1	- 3,0
Steiermark	1.341	1.337	1.336	18,7	- 0,1
Kärnten	1.043	1.027	990	13,9	- 3,6
SVB	7.227	7.218	7.146	100,0	- 1,0

Pflichtversicherte Kinder nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2014	2015	20	16	Δ 2015 2016
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	42	46	45	1,0	- 2,2
Niederösterreich	1.754	1.704	1.546	32,9	- 9,3
Burgenland	228	209	190	4,0	- 9,1
Oberösterreich	942	938	872	18,6	- 7,0
Salzburg	316	312	297	6,3	- 4,8
Tirol	426	397	356	7,6	- 10,3
Vorarlberg	105	111	100	2,1	- 9,9
Steiermark	1.074	1.043	973	20,7	- 6,7
Kärnten	353	352	321	6,8	- 8,8
SVB	5.240	5.112	4.700	100,0	- 8,1



Arton day Anträga	Anz	zahl Männer und Fra	uen	Δ 2015 2016
Arten der Anträge	2014	2015	2016	in %
Alle Leistungsanträge	7.435	6.495	7.620	+ 17,3
Erwerbsunfähigkeitspensionen	2.564	1.407	2.167	+ 54,0
Alle Alterspensionen	2.368	2.603	2.985	+ 14,7
normale Alterspensionen	1.102	1.170	1.430	+ 22,2
vorz. Alterspensionen bei langer Vers.dauer	54	95	75	- 21,1
Korridorpensionen	24	23	21	- 8,7
Langzeitversicherte	583	335	255	- 23,9
Schwerarbeitspensionen BSVG	275	611	829	+ 35,7
Schwerarbeitspensionen APG	330	369	375	+ 1,6
Witwen(Witwer)pensionen	2.198	2.163	2.158	- 0,2
Waisenpensionen	305	322	310	- 3,7
Feststellungsanträge	726	2.251	3.989	+ 77,2
auf Versicherungszeiten (§ 108a BSVG)	5	1.472	3.351	+ 127,6
auf Erwerbsunfähigkeit (§ 124a BSVG)	721	779	638	- 18,1
Wanderversicherungsanfragen	1.366	1.156	1.790	+ 54,8
Sonstige	14.953	2.319	2.342	+ 1,0
Alle Anträge	24.480	12.221	15.741	+ 28,8

Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer:

Das Antrittsalter für diese Pensionsart wird seit 2004 stufenweise bis zum Regelpensionsalter (nämlich 60 für Frauen, 65 für Männer) angehoben.

Korridorpension:

Anfallsalter mindestens 62

Die Korridorpension ist vorerst nur für Männer relevant, da das Regelpensionsalter für Frauen ohnehin nicht höher als 62 ist.

Da die Anzahl sehr gering ist, wirkt sich jede Veränderung in den Prozentsätzen stark aus.

Schwerarbeitspension APG:

Anfallsalter mindestens 60 und 540 Versicherungsmonate (davon 120 Schwerarbeitsmonate) Die Verordnung über besonders belastende Berufstätigkeiten (Schwerarbeitsverordnung) trat mit 1.1.2007 in Kraft.

Sonstige Anträge:

Hohe Anzahl der sonstigen Anträge durch vermehrte Datenerfassungsverfahren



Anträge von Männern nach Antragsart

Arton dos Antrino		Anzahl Männer		Δ 2015 2016
Arten der Anträge	2014	2015	2016	in %
Alle Leistungsanträge	2.715	2.193	2.796	+ 27,5
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.301	750	1.257	+ 67,6
Alle Alterspensionen	655	674	763	+ 13,2
Witwen(Witwer)pensionen	614	606	611	+ 0,8
Waisenpensionen	145	163	165	+ 1,2
Feststellungsanträge	424	1.089	1.981	+ 81,9
Wanderversicherungsanfragen	694	425	877	+ 106,4
Sonstige	2.169	723	933	+ 29,0
Alle Anträge	6.002	4.430	6.587	+ 48,7

Anträge von Frauen nach Antragsart

Arton dos Antrino		Anzahl Frauen		Δ 2015 2016
Arten der Anträge	2014	2015	2016	in %
Alle Leistungsanträge	4.720	4.302	4.824	+ 12,1
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.263	657	910	+ 38,5
Alle Alterspensionen	1.713	1.929	2.222	+ 15,2
Witwen(Witwer)pensionen	1.584	1.557	1.547	- 0,6
Waisenpensionen	160	159	145	- 8,8
Feststellungsanträge	302	1.162	2.008	+ 72,8
Wanderversicherungsanfragen	672	731	913	+ 24,9
Sonstige	12.784	1.596	1.409	- 11,7
Alle Anträge	18.478	7.791	9.154	+ 17,5

Anträge nach Regionalbüros Berichtsjahr 2016

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Leistungsanträge	7.620	49	2.523	365	1.628	411	406	116	1.563	559
Erwerbsunfähigkeitspensionen	2.167	11	555	66	561	89	107	14	513	251
Alle Alterspensionen	2.985	17	1.073	165	575	202	170	67	555	161
normale Alterspensionen	1.430	8	458	107	217	79	106	38	307	110
vorz. AP b.langer Versicherungsdauer	75	1	40	4	9	10	1	5	6	-1
Korridorpensionen	21	1	11	2	1	-	3	1	1	1
Langzeitversicherte	255	2	84	8	45	20	22	3	55	16
Schwerarbeitspensionen BSVG	829	1	261	28	280	68	18	6	139	28
Schwerarbeitspensionen APG	375	4	219	16	23	25	20	14	47	7
Witwen(Witwer)pensionen	2.158	15	780	127	443	102	114	27	421	129
Waisenpensionen	310	6	115	7	49	18	15	8	74	18
Feststellungsanträge	3.989	10	1.648	164	621	262	58	18	988	220
auf Vers.zeiten (§ 108a BSVG)	3.351	10	1.585	134	547	245	21	1	719	89
auf Erwerbsunfähigkeit (§ 124a BSVG)	638	-	63	30	74	17	37	17	269	131
Wanderversicherungsanfragen	1.790	17	501	145	375	115	128	13	351	145
Sonstige	2.342	11	704	142	524	176	74	157	295	259
Alle Anträge	15.741	87	5.376	816	3.148	964	666	304	3.197	1.183

Anmerkung:

Minuszahlen ergeben sich durch rückwirkende Storni von Anträgen.



Anzahl der Pensionen Stand Dezember

Pensionsarten	Anz	Anzahl Männer und Frauen			
	2014	2015	2016	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen	13.605	11.560	10.620	- 8,1	
Alle Alterspensionen	123.773	123.544	123.462	- 0,1	
normale Alterspensionen	119.114	118.839	118.552	- 0,2	
vorz. Alterspensionen bei langer Vers.dauer	58	32	14	- 56,3	
Korridorpensionen	49	48	47	- 2,1	
Langzeitversicherte	3.149	2.427	1.831	- 24,6	
Schwerarbeitspensionen BSVG	208	716	1.521	+ 112,4	
Schwerarbeitspensionen APG	1.195	1.482	1.497	+ 1,0	
Witwen(Witwer)pensionen	37.320	36.537	35.906	- 1,7	
Waisenpensionen	4.168	4.065	3.989	- 1,9	
Alle Pensionen	178.866	175.706	173.977	- 1,0	

Anmerkungen zu

"Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer", "Korridorpension" und "Schwerarbeitspension APG" siehe Erklärungen zur Tabelle "Anträge nach Antragsart".

Anzahl der Pensionen für Männer Stand Dezember

Pensionsarten		Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	10.142	9.097	8.665	- 4,7
Alle Alterspensionen	43.960	43.463	42.896	- 1,3
Witwen(Witwer)pensionen	5.312	5.339	5.344	+ 0,1
Waisenpensionen	2.085	2.040	2.011	- 1,4
Alle Pensionen	61.499	59.939	58.916	- 1,7

Anzahl der Pensionen für Frauen Stand Dezember

Pensionsarten		Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	3.463	2.463	1.955	- 20,6
Alle Alterspensionen	79.813	80.081	80.566	+ 0,6
Witwen(Witwer)pensionen	32.008	31.198	30.562	- 2,0
Waisenpensionen	2.083	2.025	1.978	- 2,3
Alle Pensionen	117.367	115.767	115.061	- 0,6



Anzahl der Pensionen nach Regionalbüros Stand Dezember 2016

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Erwerbsunfähigkeitspensionen	10.620	42	2.539	441	2.744	448	548	95	2.724	1.039
Alle Alterspensionen	123.462	688	39.290	8.432	29.544	6.089	5.703	1.623	24.781	7.312
normale Alterspensionen	118.552	667	37.376	8.176	28.387	5.711	5.473	1.542	24.034	7.186
vorz. AP bei langer Versicherungsdauer	14	-	5	1	-	2	3	-	2	1
Korridorpensionen	47	-	25	6	4	1	7	1	2	1
Langzeitversicherte	1.831	6	543	92	569	145	69	20	335	52
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.521	1	457	68	528	123	30	11	265	38
Schwerarbeitspensionen APG	1.497	14	884	89	56	107	121	49	143	34
Witwen(Witwer)pensionen	35.906	216	11.772	2.351	7.262	1.654	2.036	540	7.527	2.548
Waisenpensionen	3.989	40	1.142	184	776	207	278	94	941	327
Alle Pensionen	173.977	986	54.743	11.408	40.326	8.398	8.565	2.352	35.973	11.226

Anzahl der Ausgleichszulagen je Pensionsart Stand Dezember

Ausgleichszulagen nach Pensionsarten	Anz	Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	2.723	2.463	2.336	- 5,2
Alle Alterspensionen	21.524	20.697	19.885	- 3,9
Witwen(Witwer)pensionen	14.268	13.629	13.070	- 4,1
Waisenpensionen	1.988	1.960	1.900	- 3,1
Alle Pensionen	40.503	38.749	37.191	- 4,0



Pensionsarten	Durchschn	Δ 2015 2016		
rensionsalten	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.014,41	1.051,96	1.084,12	+ 3,1
Alle Alterspensionen	796,03	818,49	838,18	+ 2,4
normale Alterspensionen	783,76	806,13	825,01	+ 2,3
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	975,39	962,13	870,77	- 9,5
Korridorpensionenen	1.046,56	1.259,74	1.314,53	+ 4,3
Langzeitversicherte	1.052,24	1.034,01	1.031,08	- 0,3
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.100,20	1.096,36	1.097,68	+ 0,1
Schwerarbeitspensionen APG	1.271,86	1.305,43	1.366,69	+ 4,7
Witwen(Witwer)pensionen	581,98	594,53	604,38	+ 1,7
Waisenpensionen	383,94	393,98	400,35	+ 1,6
Alle Pensionen	758,38	777,46	794,91	+ 2,2

Pensionsarten	Durc	Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.103,58	1.125,01	1.143,92	+ 1,7
Alle Alterspensionen	1.127,82	1.152,66	1.173,99	+ 1,9
Witwen(Witwer)pensionen	242,49	249,70	256,21	+ 2,6
Waisenpensionen	385,77	395,41	400,84	+ 1,4
Alle Pensionen	1.022,20	1.042,26	1.059,93	+ 1,7

Pensionsarten	Durc	Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	753,27	782,17	819,11	+ 4,7
Alle Alterspensionen	613,28	637,13	659,39	+ 3,5
Witwen(Witwer)pension	638,33	653,55	665,26	+ 1,8
Waisenpension	382,11	392,54	399,84	+ 1,9
Alle Pensionen	620,14	640,36	659,20	+ 2,9

Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen je Pensionsart Stand Dezember

Pensionsarten	Durchsch	Durchschnittsbetrag Ausgleichszulagen			
	2014	2015	2016	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen	446,09	452,40	455,19	+ 0,6	
Alle Alterspensionen	389,74	392,73	393,98	+ 0,3	
Witwen(Witwer)pensionen	421,43	429,00	435,84	+ 1,6	
Waisenpensionen	454,10	462,60	471,30	+ 1,9	
Alle Pensionen	407,85	412,81	416,49	+ 0,9	



Pensionsneuzugang nach Pensionsarten

Pensionsarten	Anz	Δ 2015 2016		
Pensionsarten	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	2.124	789	1.638	+ 107,6
Alle Alterspensionen	2.178	2.258	2.582	+ 14,3
normale Alterspensionen	915	958	1.056	+ 10,2
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	87	69	73	+ 5,8
Korridorpensionen	20	23	17	- 26,1
Langzeitversicherte	628	356	255	- 28,4
Schwerarbeitspensionen BSVG	208	508	805	+ 58,5
Schwerarbeitspensionen APG	320	344	376	+ 9,3
Witwen(Witwer)pensionen	2.063	2.018	2.011	- 0,3
Waisenpensionen	254	248	230	- 7,3
Alle Pensionen	6.619	5.313	6.461	+ 21,6

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Pensionsneuzugang Männer nach Pensionsarten

Pensionsarten		Δ 2015 2016		
	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	1.099	459	1.023	+ 122,9
Alle Alterspensionen	525	544	540	- 0,7
Witwen(Witwer)pensionen	495	493	500	+ 1,4
Waisenpensionen	135	124	125	+ 0,8
Alle Pensionen	2.254	1.620	2.188	+ 35,1

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Pensionsneuzugang Frauen nach Pensionsarten

Pensionsarten		Anzahl Frauen			
	2014	2015	2016	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	1.025	330	615	+ 86,4	
Alle Alterspensionen	1.653	1.714	2.042	+ 19,1	
Witwen(Witwer)pensionen	1.568	1.525	1.511	- 0,9	
Waisenpensionen	119	124	105	- 15,3	
Alle Pensionen	4.365	3.693	4.273	+ 15,7	

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Ausgleichszulagen des Pensionsneuzuganges je Pensionsart

Pensionsarten	Anzahl Ausgleich	Anzahl Ausgleichszulagen des Pensionsneuzuganges				
i elisiolisai teli	2014	2015	2016	in %		
Erwerbsunfähigkeitspensionen	216	100	203	+ 103,0		
Alle Alterspensionen	107	115	131	+ 13,9		
Witwen(Witwer)pensionen	561	586	537	- 8,4		
Waisenpensionen	44	49	39	- 20,4		
Alle Pensionen	928	850	910	+ 7,1		

Pensionsneuzugänge nach Regionalbüros Berichtsjahr 2016

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.638	9	323	57	497	57	72	8	422	193
Alle Alterspensionen	2.582	22	1.002	133	458	164	174	53	447	129
normale Alterspensionen	1.056	11	402	74	116	56	96	26	190	85
vorz. AP bei langer Versicherungsdauer	73	-	24	3	9	9	14	4	9	1
Korridorpensionen	17	-	9	3	1	-	1	1	1	1
Langzeitversicherte	255	2	84	10	54	13	23	4	52	13
Schwerarbeitspensionen BSVG	805	1	265	26	262	59	19	5	147	21
Schwerarbeitspensionen APG	376	8	218	17	16	27	21	13	48	8
Witwen(Witwer)pensionen	2.011	10	724	119	406	94	108	24	411	115
Waisenpensionen	230	5	80	7	40	14	7	5	55	17
Alle Pensionen	6.461	46	2.129	316	1.401	329	361	90	1.335	454

Pensionsneuzugang Durchschnittsalter in Jahren

Direktpensionsarten	Männer und Frauen			Männer			Frauen		
Direktpensionsarten		2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Erwerbsunfähigkeitspensionen	57,4	56,4	58,1	57,6	57,1	58,3	57,2	55,5	57,7
normale Alterspensionen	61,9	61,8	61,5	66,1	66,3	66,5	61,2	61,1	60,9
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	59,5	59,8	60,1	65,0	64,7	65,0	59,4	59,6	60,0
Korridorpensionen	62,7	62,9	62,8	62,7	62,9	62,8	-	-	-
Langzeitversicherte	57,3	58,0	58,9	62,6	63,3	63,7	56,9	57,6	58,5
Schwerarbeitspensionen BSVG	55,2	55,7	56,1	60,0	60,8	61,8	55,0	55,5	56,0
Schwerarbeitspensionen APG	60,8	60,8	60,7	60,8	60,8	60,7	-	-	-



Pensionsneuzugang Durchschnittliche Höhe der Bruttopensionen mit Ausgleichszulage und Kinderzuschuss

Pensionsarten	Durchschn	ittsbetrag Männer ι	ınd Frauen	Δ 2015 2016
rensionsalten	2014	2015	2016	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.009,23	1.011,61	1.094,25	+ 8,2
Alle Alterspensionen	974,06	1.004,87	1.036,55	+ 3,2
normale Alterspensionen	809,19	830,41	844,43	+ 1,7
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	975,54	1.014,74	947,56	- 6,6
Korridorpensionen	912,14	1.343,07	1.138,56	- 15,2
Langzeitversicherte	978,19	992,02	1.044,66	+ 5,3
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.099,56	1.095,56	1.091,27	- 0,4
Schwerarbeitspensionen APG	1.359,26	1.345,48	1.466,12	+ 9,0
Witwen(Witwer)pensionen	573,07	581,82	583,96	+ 0,4
Waisenpensionen	239,48	253,14	273,40	+ 8,0
Alle Pensionen	832,18	810,10	883,14	+ 9,0

Pensionsarten	Durc	Durchschnittsbetrag Männer					
Fensionsarten	2014	2015	2016	in %			
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.188,91	1.154,48	1.204,72	- 2,9			
Alle Alterspensionen	1.206,13	1.253,00	1.366,28	+ 3,9			
Witwen(Witwer)pensionen	259,14	263,03	271,19	+ 1,5			
Waisenpensionen	237,59	236,78	272,19	- 0,3			
Alle Pensionen	931,75	846,03	977,99	- 9,2			

Pensionsarten	Dure	Durchschnittsbetrag Frauen					
	2014	2015	2016	in %			
Erwerbsunfähigkeitspensionen	816,58	812,90	910,49	+ 12,0			
Alle Alterspensionen	900,35	926,11	949,35	+ 2,5			
Witwen(Witwer)pensionen	672,18	684,88	687,46	+ 0,4			
Waisenpensionen	241,62	269,51	274,84	+ 2,0			
Alle Pensionen	780,76	794,33	834,57	+ 5,1			

Pensionsneuzugang Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen je Pensionsart

Pensionsarten	Durchschnittsbe	Durchschnittsbetrag der AZ beim Pensionsneuzugang					
i elisiolisai teli	2014	2015	2016	in %			
Erwerbsunfähigkeitspensionen	401,76	403,62	431,31	+ 6,9			
Alle Alterspensionen	351,92	338,40	317,50	- 6,2			
Witwen(Witwer)pensionen	404,10	407,06	413,68	+ 1,6			
Waisenpensionen	257,52	256,91	262,12	+ 2,0			
Alle Pensionen	390,59	388,71	397,27	+ 2,2			

Bundespflegegeld - Pensions- und Unfallversicherung



Pensionsversicherung

Pflegegeld-Anträge nach Art und Geschlecht Berichtsjahr 2016

Anträge nach Art und Geschlecht	Anzahl					
	Männer und Frauen	Männer	Frauen			
Erstmalige Anträge	5.580	2.107	3.473			
Erhöhungsanträge	10.489	2.842	7.647			
Summe der Anträge	16.069	4.949	11.120			

Pflegegeldbezieher nach Stufen **Stand Dezember**

SVB	Alle Stufen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
2014	39.551	8.192	12.445	6.923	5.932	4.108	1.176	775
2015	38.888	8.624	11.364	6.805	5.990	4.165	1.177	763
2016	38.605	8.810	10.465	6.895	6.046	4.427	1.200	762

Durchschnittsalter bei Pflegegeld-Neuzuerkennungen

Durchschnittsalter bei Neuzuerkennungen	2014	2015	2016
Männer	79,6	79,9	80,1
Frauen	80,2	80,3	80,4
Männer und Frauen	80,0	80,1	80,3

Unfallversicherung

Pflegegeldbezieher nach Stufen Stand Dezember

SVB	Alle Stufen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
2014	156	16	22	13	67	26	7	5
2015	145	13	19	14	63	25	6	5
2016	141	14	17	12	60	24	9	5



Generalversammlung



Die Generalversammlung ist das rechtsetzende Organ der SVB. Ihr obliegt die Satzungs- und Budgethoheit. Im Jahr 2016 hielt die Generalversammlung zwei Sitzungen ab.

Die erste Sitzung der neunten Funktionsperiode fand am 13. April 2016 statt. Auf der Tagesordnung stand die Beschlussfassung des Jahresvoranschlages 2016 mit einem Gebarungsvolumen von rund 3,3 Milliarden Euro für die bäuerliche Kranken-, Unfallund Pensionsversicherung sowie Pflegegeld. Weiters wurde die Zuweisung an den Unterstützungsfonds beschlossen. Als besondere Gäste konnten Mag. Ulrike Rabmer-Koller, Verbandsvorsitzende des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, und Abg.z.NR ÖKR Ing. Hermann Schultes, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, begrüßt werden.

In der Herbstsitzung der Generalversammlung am 1. Dezember 2016 erfolgte die Abstimmung über den Jahresbericht 2015 mit dem Rechnungsabschluss 2015 und die damit verbundene Entlastung des Vorstandes. Darüber hinaus wurden Änderungen der Satzung, wie beispielsweise eine Anpassung des Pflegekostenzuschusses bei stationären Aufenthalten in bestimmten Privatkrankenanstalten, beschlossen. Weiters sprach Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier aktuelle Themen, wie unter anderem die Beitragserstattung für das vierte Quartal 2016 und die Umsetzung der Einheitswert-Hauptfeststellung, deren sozialversicherungsrechtliche Wirksamkeit mit 1.1.2017 determiniert ist, an.





Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

1. Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

2. Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Mitglieder der Generalversammlung (Stand: 1. Oktober 2017)

Mitglieder:	Stellvertreter:

Dir. Dr. Johannes ABENTUNG Brucknerstraße 6/3 1040 Wien

> Landesbäuerin Vizepräs. ÖKR Elisabeth HÖLZL Hauptstraße 21 5531 Eben im Pongau

derzeit unbesetzt

Julia BOGENSPERGER Althofen 43 5571 Mariapfarr

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER

Kampichl 11

2871 Zöbern

OLWR Mag. Wolfgang DOBRITZHOFER

Wiener Straße 64

3100 St. Pölten

Bgm. KR Gabriele DÖRFLINGER

Sittenberg 3

9373 Klein St. Paul

Franz Josef DORNINGER

Stetten 6

3261 Steinakirchen am Forst

GR LKR Andreas EHRENBRANDTNER

Urltal 22

3352 St. Peter in der Au

LKR Claudia ENTLEITNER

Friedensbach 66

5721 Piesendorf

DI (FH) Hans-Peter ERTL

Dorfstraße 27

9721 Uggowitz

ÖKR Paul FASCHING

Hauptstraße 124

7063 Oggau

Erna FELDHOFER

Bergviertel 35

8190 Miesenbach bei Birkfeld

Stellvertreter:

LKR Karl SOMMER

Hof 1

3643 Maria Laach am Jauerling

OLWR Dr. Heinz WILFINGER

Wiener Straße 64

3100 St. Pölten

Bgm. KR Johann THALER

Penzelberg 15

9841 Winklern

GR Erwin GINDL

Ritzenberg 7

3240 Mank

Landesbäuerin-Stv. KR ÖKR

Elisabeth SCHWAMEIS

Schrattenbruck 6

3390 Melk

BBKO Silvester GFRERER

Bach 40

5611 Großarl

KR Manfred MUHR

Polan 2

9062 Moosburg

KR Andrea TOBLER

Eisenstädterstraße 78

7021 Draßburg

Johann HERBST

Neudorf 21

8211 IIztal

Generalversammlung



Mitglieder:

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER Karl-Bednarik-Gasse 46

1220 Wien

Stellvertreter:

Anneliese SCHIPPANI Hörtengasse 551

1110 Wien

Marianne GELTER LKR Norbert RIEGELNEGG

Flatschach 11 Untergreith 85

8720 Knittelfeld 8453 St. Johann im Saggautal

GPO GR KO Ing. Johannes GRUBER BBKO ÖKR J

lpftal 28

4491 Niederneukirchen

BBKO ÖKR Josef MÜHLBACHLER

Eibenberg 2 4252 Liebenau

KR ÖKR Stefan HAUSER KR Michael GLAUBER

Rabnitzstraße 17 Hauptstraße 44 7373 Piringsdorf 7032 Sigleß

Mag. Gabriele HEBESBERGER Mag. Manuela LANG

Auf der Gugl 3
4021 Linz
Auf der Gugl 3
4021 Linz

Präsident Ing. Josef HECHENBERGER Vizepräs. Helga BRUNSCHMID

Brunner Berg 5 Gasteigerstraße 29 6235 Reith i. A. 6382 Kirchdorf

GR Ing. Michael HELL LL.B. Monika GÖSSINGER

Marktgasse 14 Im Unteren Feld 7 3141 Kapelln 2211 Pillichsdorf

Bgm. LKR ÖKR Franz HOCHEGGER LKR Michael SCHWARZLMÜLLER

Mühlwitraun 5 Arzberg, Florianistraße 26 4761 Enzenkirchen 4462 Reichraming

Abg. z. NR Bgm. DI Manfred HOFINGER DI Michael TREIBLMEIER

Reichergerhagen 14 Pirath 10

4772 Lambrechten 4943 Kirchdorf am Inn

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

Abg. z. NR Johann HÖFINGER

Hauptstraße 21 3004 Ollern

KR Karl HOPF jun. Neurissenweg 6

1110 Wien

Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Albern 2

9062 Moosburg

BBKO Edeltraud HUEMER

Furtberg 14

4532 Rohr im Kremstal

LAbg. LKR Ing. Kathrin KALTENHAUSER

Unterdorf 14

6261 Strass im Zillertal

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Gallenberg 3

4950 Altheim

KR ÖKR Karl KEPLINGER

Piberstein 11

4184 Helfenberg

BKO Bgm. ÖKR Rudolf KÖLL

Pfassenweg 9

6464 Tarrenz

Hannes KÖLTRINGER

Altenberg 1

5162 Obertrum am See

Stellvertreter:

BBKO Herbert HOFER

Röhrawiesen 7

3752 Walkenstein

Ing. Horst SCHMIDT

Neurissenweg 21

1110 Wien

KR Sabine STERNIG

Edling 10

9623 St. Stefan

GR LKR ÖKR Johann SCHACHL

Kronberg 55

4881 Straß im Attergau

Ing. Mag. David SÜß

Brucknerstraße 6/3

1040 Wien

LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER

Hofberg 24

4443 Maria Neustift

KR ÖKR Johann GROßPÖTZL

Grub 8

4771 Sigharting

Richard WÖRLE

Oberpinswang 13

6600 Pinswang

Walter RAINER

Kleinlehenstraße 40

5102 Anthering

Generalversammlung



Mitglieder:

LKR ÖKR Matthias KRANZ

Linderweg 17 8724 Spielberg

8692 Neuberg/Mürz

Friedrich REISINGER

Stellvertreter:

Arzbach 11

LKR DI Dr. Andreas LEIDWEIN

Hauptstraße 5 2263 Dürnkrut LKR Roman BAYER
Falkenstein 72
2162 Falkenstein

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Obervetterbach 4 5303 Thalgau

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER Kirchenstraße 1

Kirchenstraße 1 5151 Nußdorf

Landesbäuerin LKR ÖKR Auguste MAIER

Josefine Pacher Weg 30 8075 Hart bei Graz Vizebgm. Mag. Christian KONRAD

Bahnhofstraße 5 8401 Kalsdorf

Obfrau

Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2

3240 Mank

LAbg. GR Doris SCHMIDL

Kleinsierning 2

3231 St. Margarethen

Präsident ÖKR Ing. Johann MÖßLER

Museumsgasse 5 9020 Klagenfurt Vizepräs. Anton HERITZER

Pollheim 5

9411 St. Michael

Ing. Mag. Dr. Erhard NEUBAUER

Obere Hauptstraße 60 2074 Kleinhöflein

LKR ÖKR Renate SCHRENK

Großreichenbach 11 3931 Schweiggers

René NÖHRER

Unterdombach 14 8274 Buch b. Hartberg Martin HEBENSTREIT

Pachern 30 8831 Niederwölz

BO ÖKR Hannes PARTL

Buch 44

6200 Buch in Tirol

Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL

Dickicht 6a

6173 Oberperfuß

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

KO HBO ÖKR Werner PRESSLER

Packerstraße 32 8583 Edelschrott

Abg. z. NR

Bgm. LO-Stv. ÖKR Nikolaus PRINZ

Sattl 8

4381 St. Nikola

BBKO Rupert QUEHENBERGER

Steuer 6

5524 Annaberg

Mag. Wolfgang RAAB Harrachstraße 12

4010 Linz

Dr. Anton REINL Schauflergasse 6

1014 Wien

Landesbäuerin KR Eva RIESCHL

Höchtlgasse 7

7163 Andau

ÖKR August ROTH

Niederberg 9

8151 Hitzendorf

LAbg. KR Ing. Karin SCHABUS

Dorfstraße 107

9546 Bad Kleinkirchheim

KR Rosemarie SCHEIN

Loschental 20

9470 Sankt Paul im Lavanttal

Stellvertreter:

LAbg. Hubert LANG

Oberneuberg 130

8225 Pöllau

LKR Johanna MIESENBERGER

Selker 8

4230 Pregarten

Johann SCHITTER

Einöd 1

5580 Tamsweg

LKR Anita STRAßMAYR

Haidermoos 17

4654 Bad Wimsbach-Neydharting

Mag. Ulrike ÖSTERREICHER

Schauflergasse 6

1014 Wien

KR ÖKR Adalbert ENDL

Obere Hauptstraße 3

7042 Antau

LKR Anna Maria BRUNNEGGER

Fischbach 53

8654 Fischbach

KR Markus GEIGER

Völkermarkterstraße 122

9020 Klagenfurt

KR Thomas RINNER

Timrian 7/2

9361 St. Salvator

Generalversammlung



Mitglieder:

Landesbäuerin ÖKR Theresia SCHIFFMANN

Außerberg 43 6133 Weerberg

Stellvertreter:

Bez.B ÖKR Gertrud DENOTH

Dorf 182 6521 Fließ

Stellvertreter der Obfrau.

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Winkeln 9 4072 Alkoven **BBKO Rosemarie FERSTL**

Weinzierl 11 4312 Perg

Stellvertreter der Obfrau. KR ÖKR Klaus SCHWARZ

Herbigen 82 6952 Hittisau Herbert FINK Buch 149 6934 Sulzberg

Bundesbäuerin Vizepräs.

ÖKR Andrea SCHWARZMANN

Litze 10 6741 Raggal Elisabeth AMANN Neuwiesen 4 6824 Schlins

Abg. z. NR Norbert SIEBER

Fluh 37

6900 Bregenz

Hildegard MEUSBURGER

Sieban 72

6863 Egg-Großdorf

Landesbäuerin-Stv. LKR Ingrid ÖKR STACHER

Thomasl 38 2115 Ernstbrunn KO Dipl.-HLFL

Ing. Manfred WEINHAPPEL

Prager Straße 6 2011 Sierndorf

Michael STIX Liesing 1

8773 Kammern

Andreas RACZ St. Georgen 75 8820 Neumarkt

Präsident ÖKR Franz TITSCHENBACHER

Altirdning 16 8952 Irdning KO ÖKR Johann REISINGER

Schölbing 121 8230 Hartberg

Thomas WAITZ

Großwalz 9

8463 Schlossberg

Raimund STÖCKL

Forsthub 2

4973 St. Martin im Innkreis



Mitglieder:

KR Johann WEBER Winten 6 7521 Eberau

KR Hannes WINKLEHNER Galgenau 5 4212 Neumarkt im Mühlkreis

KO Josef WUMBAUER I.Viertel 63 8171 St. Kathrein

Johannes ZEILER Zeissenberg 15 8960 Öblarn

Stellvertreter:

LO-Stv. KR Maria PORTSCHY Podler 41 7461 Weiden bei Rechnitz

KR Stefan WEISS Unterlangenberg 86 5431 Kuchl

HBOStv. Mag. Roland PICHLER Paisberg 25a 8741 Weißkirchen

LKR Christa SCHÖRKMAIER Oppenberg 237 8786 Rottenmann

Vorstand



Dem Vorstand obliegt die Geschäftsführung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Im Jahr 2016 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab.

Am 26. Jänner 2016 fand die konstituierende Sitzung des Vorstandes statt. Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier sowie deren beiden Stellvertreter KR ÖKR Klaus Schwarz und BBKO ÖKR Ludwig Schurm wurden einstimmig wiedergewählt. Bei den Sitzungen befassten sich die Vorstandsmitglieder sehr umfassend mit der finanziellen Entwicklung der bäuerlichen Sozialversicherung und berieten über den Rechnungsabschluss 2015 sowie die laufenden Gebarungsvorschaurechnungen. Weiters fasste der Vorstand wichtige Beschlüsse zu Vertragspartnerangelegenheiten, zu Personalangelegenheiten oder zu freiwilligen Leistungen, wie der Neuausrichtung bzw. Weiterentwicklung einzelner Gesundheitsaktionen. Einen sehr umfangreichen Punkt stellte die Verschmelzung der "REHAMED Rehabilitationszentrum für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen Bad Gleichenberg GmbH" und der "KBB-Klinikum Besitz- und BetriebsGmbH", dem Betreiber der Kliniken Baden, Bad Gastein, Bad Hall und Bad Schallerbach, zu einer Gesellschaft, der "Klinikum – Austria GmbH" dar, welche in der Sitzung im April behandelt wurde.

Vorstandssitzungen 2016: Sitzung am 26.01.2016 Sitzung am 12.04.2016 Sitzung am 21.06.2016 Sitzung am 28.09.2016 Sitzung am 30.11.2016



Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

1. Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

2. Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Mitglieder des Vorstandes (Stand: 1. Oktober 2017)

Mitglieder:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER Kampichl 11 2871 Zöbern

Franz Josef DORNINGER Stetten 6 3261 Steinakirchen am Forst

Stellvertreter:

LKR Karl SOMMER Jauerling, Hof 1 3643 Maria Laach

GR Erwin GINDL Ritzenberg 7 3240 Mank



Mitglieder:

ÖKR Paul FASCHING Hauptstraße 124 7063 Oggau

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER Karl-Bednarik-Gasse 46 1220 Wien

KR ÖKR Stefan HAUSER Rabnitzstraße 17 7373 Piringsdorf

Abg. z. NR Johann HÖFINGER Hauptstraße 21 3004 Ollern

Vizebgm. KR Siegfried HUBER Albern 2 9062 Moosburg

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER Gallenberg 3 4950 Altheim

LKR ÖKR Matthias KRANZ Linderweg 17 8724 Spielberg

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER Obervetterbach 4 5303 Thalgau

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2 3240 Mank

Stellvertreter:

KR Andrea TOBLER Eisenstädterstraße 78 7021 Draßburg

Anneliese SCHIPPANI Hörtengasse 551 1110 Wien

KR Michael GLAUBER Hauptstraße 44 7032 Sigleß

BBKO Herbert HOFER Röhrawiesen 7 3752 Walkenstein

KR Sabine STERNIG Edling 10 9623 St. Stefan

LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER Hofberg 24 4443 Maria Neustift

Friedrich REISINGER Arzbach 11 8692 Neuberg/Mürz

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER Kirchenstraße 1 5151 Nußdorf

LAbg. GR Doris SCHMIDL Kleinsierning 2 3231 St. Margarethen an der Sierning

Mitglieder:

BO ÖKR Hannes PARTL Buch 44 6200 Buch in Tirol

Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Winkeln 9 4072 Alkoven

Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ Herbigen 82 6952 Hittisau

Stellvertreter:

Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL Dickicht 6a 6173 Oberperfuß

BBKO Rosemarie FERSTL Weinzierl 11 4320 Perg

Herbert FINK Buch 149 6934 Sulzberg

Mitglieder der Unterausschüsse des Vorstandes (Stand: 1. Oktober 2017)

Management

Sitzungen des Managements

Sitzung am 17.05.2016

Vorsitzende: Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

Mitglieder:

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2 3240 Mank Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ Herbigen 82 6952 Hittisau

Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Winkeln 9 4072 Alkoven



Gesundheits- und Sicherheitsausschuss

Sitzungen des Gesundheits- und Sicherheitsausschusses

Sitzung am 23.02.2016 Sitzung am 17.05.2016 Sitzung am 29.11.2016

Vorsitzender:

Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

Mitglieder:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER Kampichl 11 2871 Zöbern

ÖKR Paul FASCHING Hauptstraße 124 7063 Oggau

Vizebgm. KR Siegfried HUBER Albern 2 9062 Moosburg

LKR ÖKR Matthias KRANZ Linderweg 17 8724 Spielberg

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2 3240 Mank

Mit beratender Stimme:

Vizepräs. LKR Maria PEIN Oberspitz 1 8483 Deutsch Goritz Vorsitzender-Stellvertreter:

Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Franz Josef DORNINGER

Stetten 6

3261 Steinakirchen am Forst

Bgm. KR ÖKR Stefan HAUSER

Rabnitzstraße 17 7373 Piringsdorf

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Gallenberg 3 4950 Altheim

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Obervetterbach 4 5303 Thalgau

BO ÖKR Hannes PARTL

Buch 44

6200 Buch in Tirol

Personalausschuss

Sitzungen des Personalausschusses

Sitzung am 30.11.2016

6952 Hittisau

Vorsitzende: Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

Mitglieder: Stellvertreter:

Obfrau ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Gallenberg 3

Loipersdorf 2 4950 Altheim 3240 Mank

Stellvertreter der Obfrau ÖKR Paul FASCHING KR ÖKR Klaus SCHWARZ Hauptstraße 124 7063 Oggau

Stellvertreter der Obfrau LKR ÖKR Matthias KRANZ BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Linderweg 17

Winkeln 9 8724 Spielberg 4072 Alkoven

Vertreter des Zentralbetriebsrates:

ZBRV Franz LANG

ZBR Sabine HAFENSCHER

(Harmatetalla / Barriaga Haira NÖAMisa)

(Hauptstelle/Regionalbüro NÖ/Wien) (Hauptstelle/Regionalbüro NÖ/Wien)

ZBRV-Stv. Thomas GALIK ZBR Michael Auer (Regionalbüro Steiermark) (Regionalbüro Tirol)

Widerspruchsausschuss

gemäß § 367a Abs 2 ASVG

Sitzungen des Widerspruchsausschusses

NÖ/Wien: Sitzung am 08.02.2016 (Konstituierende Sitzung) Sitzung am 17.02.2016 (Konstituierende Sitzung) Burgenland: Oberösterreich: Sitzung am 01.03.2016 (Konstituierende Sitzung) Salzburg: Sitzung am 01.03.2016 (Konstituierende Sitzung) Tirol: Sitzung am 25.02.2016 (Konstituierende Sitzung) Sitzung am 26.02.2016 (Konstituierende Sitzung) Vorarlberg: Steiermark: Sitzung am 08.03.2016 (Konstituierende Sitzung) Sitzung am 03.03.2016 (Konstituierende Sitzung) Kärnten:

Mitglieder:

Der Widerspruchsausschuss besteht aus der Gesamtheit der Mitglieder der regionalen Leistungsausschüsse (siehe Seite 162 bis 165). Er entscheidet durch regionale Widerspruchsausschüsse, die in ihrer personellen Zusammensetzung den jeweiligen regionalen Leistungsausschüssen entsprechen.

Regionaler Leistungsausschuss NÖ/Wien – 12 Sitzungen

Vorsitzende: LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER

Mitglieder: Stellvertreter:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER LKR Karl SOMMER Kampichl 11 Jauerling, Hof 1 2871 Zöbern 3643 Maria Laach

OLWR Mag. Wolfgang DOBRITZHOFER OLWR Dr. Heinz WILFINGER

Wiener Straße 64 Wiener Straße 64 3100 St. Pölten 3100 St. Pölten

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER Anneliese SCHIPPANI Karl-Bednarik-Gasse 46

Hörtengasse 551

1220 Wien 1110 Wien

Abg. z. NR Johann HÖFINGER **BBKO Herbert HOFER**

Hauptstraße 21 Röhrawiesen 7 3004 Ollern 3752 Walkenstein

Landesbäuerin-Stv. LKR ÖKR Ingrid STACHER KO Dipl.-HLFL Ing. Manfred WEINHAPPEL

Thomasl 38 Prager Straße 6 2115 Ernstbrunn 2011 Sierndorf

Regionaler Leistungsausschuss Burgenland – 6 Sitzungen

Vorsitzender: ÖKR Paul FASCHING

Mitglieder: Stellvertreter:

ÖKR Paul FASCHING KR Andrea TOBLER Hauptstraße 124 Eisenstädterstraße 78 7063 Oggau 7021 Draßburg

KR ÖKR Stefan HAUSER KR Michael GLAUBER

Rabnitzstraße 17 Hauptstraße 44 7373 Piringsdorf 7032 Sigleß

KR Johann WEBER LO-Stv. KR Maria PORTSCHY

Podler 41 Winten 6 7521 Eberau 7461 Podler



Regionaler Leistungsausschuss Oberösterreich – 9 Sitzungen

Vorsitzende: ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Mitglieder: Stellvertreter:

BBKO ÖKR Josef MÜHLBACHLER GPO GR KO Ing. Johannes GRUBER

Eibenbera 2 4491 Niederneukirchen 4252 Liebenau

Mag. Gabriele HEBESBERGER Mag. Manuela LANG

Auf der Gugl 3 Auf der Gugl 3 4021 Linz 4021 Linz

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER

Gallenberg 3 Hofberg 24

4950 Altheim 4443 Maria Neustift

Mag. Wolfgang RAAB LKR Anita STRAßMAYR

Harrachstraße 12 Haidermoos 17

4010 Linz 4654 Bad Wimsbach-Neydharting

BBKO Rosemarie FERSTL Stellvertreter der Obfrau

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Weinzierl 11

Winkeln 9 4320 Perg 4072 Alkoven

Regionaler Leistungsausschuss Salzburg – 7 Sitzungen

Vorsitzende: LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Mitglieder: Stellvertreter:

LKR Claudia ENTLEITNER **BBKO Silvester GFRERER**

Friedensbach 66 Bach 40 5721 Piesendorf 5611 Großarl

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Kirchenstraße 1 Obervetterbach 4 5151 Nußdorf 5303 Thalgau

BBKO Rupert QUEHENBERGER Johann SCHITTER

Steuer 6 Einöd 1

5524 Annaberg 5580 Tamsweg

Regionaler Leistungsausschuss Tirol – 5 Sitzungen

Vorsitzender: BO ÖKR Hannes PARTL

<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

Präsident Vizepräs. Helga BRUNSCHMID

Ing. Josef HECHENBERGERGasteigerstraße 29Brunner Berg 56382 Kirchdorf

6235 Reith i. A.

BO ÖKR Hannes PARTL Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL

Buch 44 Dickicht 6a 6200 Buch in Tirol 6173 Oberperfuß

Landesbäuerin ÖKR Theresia SCHIFFMANN Bez.B ÖKR Gertrud DENOTH

Außerberg 43 Dorf 182 6133 Weerberg 6521 Fließ

Regionaler Leistungsausschuss Vorarlberg – 4 Sitzungen

Vorsitzender: Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

Mitglieder: Stellvertreter:

Stellvertreter der Obfrau Herbert FINK KR ÖKR Klaus SCHWARZ Buch 149 Herbigen 82 6934 Sulzberg 6952 Hittisau

Bundesbäuerin Vizepräs. Elisabeth AMANN ÖKR Andrea SCHWARZMANN Neuwiesen 4 Litze 10 6824 Schlins

Abg. z. NR Norbert SIEBER Hildegard MEUSBURGER

Fluh 37 Sieban 72

6900 Bregenz 6863 Egg-Großdorf

6741 Raggal



Regionaler Leistungsausschuss Steiermark – 10 Sitzungen

Vorsitzender: LKR ÖKR Matthias KRANZ

Mitglieder: Stellvertreter:

LKR ÖKR Matthias KRANZ Friedrich REISINGER

Linderwea 17 Arzbach 11

8724 Spielberg 8692 Neuberg/Mürz

Landesbäuerin LKR ÖKR Auguste MAIER Vizebgm. Mag. Christian KONRAD

Josefine Pacher Weg 30 Bahnhofstraße 5 8075 Hart bei Graz 8401 Kalsdorf

KO HBO ÖKR Werner PRESSLER LAbg. Hubert LANG

Packerstraße 32 Oberneuberg 130 8583 Edelschrott 8225 Pöllau

KO Josef WUMBAUER HBO-Stv. Mag. Roland PICHLER

I. Viertel 63 Paisberg 25a 8171 St. Kathrein 8741 Weißkirchen

LKR Christa SCHÖRKMAIER Johannes ZEILER

Zeissenberg 15 Oppenberg 237 8960 Öblarn 8786 Rottenmann

Regionaler Leistungsausschuss Kärnten – 7 Sitzungen

Vorsitzender: Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Mitglieder: Stellvertreter:

DI (FH) Hans-Peter ERTL KR Manfred MUHR

Dorfstraße 27 Polan 2

9721 Uggowitz 9062 Moosburg

KR Sabine STERNIG Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Albern 2 Edling 10 9623 St. Stefan 9062 Moosburg

LAbg. KR Ing. Karin SCHABUS **KR Markus GEIGER** Dorfstraße 107

Völkermarkterstraße 122

9546 Bad Kleinkirchheim 9020 Klagenfurt



Kontrollversammlung

Selbstverwaltung



Kontrollversammlung

Die Kontrollversammlung ist das kontrollierende Organ in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, sie hat die gesamte Gebarung des Versicherungsträgers ständig zu überwachen. In bestimmten Angelegenheiten des Vorstandes bedarf es der Zustimmung der Kontrollversammlung.

Am 26. Jänner 2016 fand die konstituierende Sitzung der Kontrollversammlung statt, bei der die Vorsitzende Vizepräs. LKR Maria Pein sowie ihr Stellvertreter Dr. Peter Kaluza wiedergewählt wurden.

Zu den Themen, mit denen sich die Mitglieder der Kontrollversammlung in den Sitzungen befassten, zählen der Jahresvoranschlag, die Veranlagung des Finanzvermögens der SVB, die Betriebsabrechnung sowie der Jahresbericht für das Jahr 2015. Nach eingehender Prüfung des Rechnungsabschlusses, wurde dieser der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt und empfohlen dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung zu erteilen.

Ebenso befasste sich die Kontrollversammlung mit dem Bericht zur "Verschmelzung (Fusion) der REHAMED Rehabilitationszentrum für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen Bad Gleichenberg GmbH und KBB-Klinikum Besitz- und BetriebsGmbH" oder mit Berichten über Maßnahmen im EDV-Bereich. Die Kontrollversammlung führte 2016 zudem eine Einschau in die Umsetzung der Sozialen Betriebshilfe neu durch.

Sitzungen der Kontrollversammlung 2016: Sitzung am 26.01.2016 Sitzung am 12.04.2016 Sitzung am 30.11.2016



Vorsitzende:

Vizepräs. LKR Maria PEIN

Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Peter KALUZA

Mitglieder der Kontrollversammlung (Stand: 1. Oktober 2017)

Mitglieder:

BBKO ÖKR Friederike HAMMERLINDL Radersdorf 39 8263 Groß Wilfersdorf

Vors.-Stv. Dr. Peter KALUZA Schauflergasse 6 1014 Wien

Stellvertreter:

Mag. Elisabeth HAAS Hamerlinggasse 3 8010 Graz

Mag. Johann ZIMMERMANN Schauflergasse 6 1014 Wien

Mag. Marion BÖCK Schauflergasse 6 1014 Wien

Selbstverwaltung



Kontrollversammlung

Mitglieder:

Johanna KLAMPFL Loosdorf 43 2133 Fallbach

Präsident LKR ÖKR DI Felix MONTECUCCOLI Gut Mitterau 10 3385 Prinzersdorf

Vorsitzende Vizepräs. LKR Maria PEIN Oberspitz 1 8483 Deutsch Goritz

Dir. GR Maria SAUER Harrachstraße 12 4010 Linz

Harald TRAUTENBERGER Bucherholzstraße 1 4061 Thening

LAbg. Franz WIESER Kulm 6 9102 Mittertrixen

Dr. Raphael WIMMER Auf der Gugl 3 4021 Linz

Stellvertreter:

GR LKR Martin FRÜHWIRTH Etlas 11 3925 Arbesbach

Waltraud HAYDN Pöttendorf 10 3383 Pöttendorf

Dir. DI Franz TONNER Reitschulgasse 3/1 8010 Graz

DI Wilfried SÖLLRADL Harrachstraße 12 4010 Linz

Josef MAISLINGER Heimhausen 5142 Eggelsberg

Bgm. KR Martin GRUBER Geiselsdorf 1 9321 Kappel/Krappfeld

MMag. Robert ABLINGER Auf der Gugl 3 4021 Linz

Beirat



Der Beirat vertritt die Interessen der Versicherten sowie insbesondere jene der Pensions- und Rentenbezieher sowie Pflegegeldbezieher in der Sozialversicherung.

Die Mitglieder des Beirates der SVB wurden von der Generalversammlung am 13.4.2016 für die neunte Funktionsperiode der SVB-Gremien neu bestellt. Der bisherige Vorsitzende des Beirates Abg. z.NR a.D. ÖKR Georg Schwarzenberger und dessen Stellvertreterin LAbg. a.D. ÖKR Monika Lugmayr wurden von den Beiratsmitgliedern in ihren Funktionen bestätigt.

Insgesamt hielt der Beirat 2016 zwei Sitzungen ab.

Inhaltlich befasste sich dieses Gremium mit aktuellen Themen, wie der Einheitswert-Hauptfeststellung, durch die es zu Veränderungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen kommt, oder der Beitragserstattung für das vierte Quartal 2016 und der damit verbundene Wegfall der GSBG-Mittel (Tabaksteuer) in der Höhe von rund 30 Millionen Euro.

Ein besonders wichtiges Anliegen, die beim Hauptverband eingebracht wurde, war auch die Gleichstellung bäuerlicher Ausgleichszulagenbezieher mit allen anderen Pensionisten bei der Rezeptgebührenbefreiung.



Im Bild: Die Beiratsvorsitzenden – Abg. z. NR a.D. ÖKR Schwarzenberger, LAbg. a.D. ÖKR Lugmayr

Vorsitzender:

Abg. z. NR a.D. ÖKR Georg SCHWARZENBERGER

Vorsitzender-Stellvertreterin:

LAbg. a.D. ÖKR Monika LUGMAYR

Mitglieder des Beirats (Stand: 1. Oktober 2017)

Vertreter der Versicherten

Mitglieder:

Johanna AUST Römerstraße 2 8472 Straß

JB-LO Mag.(FH) Leonhard GMEINER Weinzierl 8 4320 Perg

Stellvertreter:

Harald KRAXNER Kulm am Zirbitz 33 8820 Neumarkt

JB-BO Josef MUSS Winteredt 5 4872 Neukirchen an der Vöckla



Mitglieder:

KO ÖKR Johann GWIGGNER Leitschwendtweg 65

6314 Niederau

Leopoldine HIRTENLEHNER

Konradsheim 57 3340 Waidhofen/Ybbs

Hedwig LINDORFER
Drautendorf 6

4174 Niederwaldkirchen

KR ÖKR Josef RATHMANNER

Hauptstraße 40 7343 Neutal

LKR Ing. Julius SCHAUERHUBER

Herrengasse 12

3463 Stetteldof am Wagram

LAbg. Josef TÜRTSCHER

Buchboden 35 6731 Sonntag

KR ÖKR Erwin WINKLER Bleiberger Straße 394

9500 Villach

Stellvertreter:

Maria KRANEBITTER

Oberdorf 16

6406 Oberhofen im Inntal

Mag. Paul KAMMERHOFER

Ferstlergasse 4 3100 St. Pölten

Barbara PAYREDER Mitter Pabneukirchen 2

4363 Pabneukirchen

Ilse GASSLER Moschendorf 130

7540 Moschendorf

Martin RENNHOFER

Theyernstraße 12 3508 Höbenbach

Elisabeth TASCHNER

Klederinger Straße 167

1100 Wien

KR Josef FRADLER

Möderndorf 8 9063 Maria Saal

Vertreter der Pensionisten und Rentenbezieher

Mitglieder: Stellvertreter:

Hans EICHINGER Hofmannstraße 14

4040 Linz

Max PENNINGER

Kirchberg 4 4970 Eitzing

Bds. Vors. LKR ÖKR Josef ETZENBERGER

Schickenberggasse 30

3552 Lengenfeld

Hildegard GLINZ Forsthub 11

3282 St. Georgen a.d. Leys

Mitglieder:

Abg.z.NR a.D. ÖKR Josef HORN Bärndorf 56a 8786 Rottenmann

LAbg. a.D. ÖKR Maria JACHS Oberwindhaag 16/1 4263 Windhaag bei Freistadt

Vors.-Stv. LAbg. a.D. ÖKR Monika LUGMAYR An der Schwemme 9 2285 Breitstetten

Vorsitzender Abg.z.NR a.D. ÖKR Georg SCHWARZENBERGER Lindenweg 35 5620 St. Veit im Pongau

Stellvertreter:

GR Dr. Gerhard LEITNER Viktringer Ring 25/1 9020 Klagenfurt

Bez.Obm. Altbgm. ÖKR Franz NINAUS Stainzerhof 19 8511 Lichtenhof

Peisselberg 5 6252 Haus

ÖKR Josef MARGREITER

ÖKR Josef ZECHNER Fladnitzweg 25 9373 Klein St. Paul

Vertreter der Pflegegeldbezieher

Mitglieder: Stellvertreter:

Vizepräs. Willi-Klaus BENESCH
Löwenthalgasse 14/3
1230 Wien
Präsident
Mag. Michael SVOBODA
Lange Gasse 53
1080 Wien

Leopold HOLLMANN

Runder Weg 3

2214 Auersthal

Johann FITZKA

Kirchengasse 7

2011 Senning

DSA Michael LEITNER Manfred SPIESS
Gewerbepark Urfahr 6/1 Sandgasse 44a
4040 Linz 6850 Dornbirn





Stellvertreter: GDStv. Mag. Kurt ZISCH

Leitender Arzt: Chefarzt MR Dr. Karl SCHMOLL Organisationsmanager: Dir. Mag. Friedrich STRAUß

Hauptstelle, Regionalbüro Niederösterreich/Wien *)

Ghegastraße 1, 1030 Wien Tel.: 01 797 06, Fax DW 1300

Regionalbüro Burgenland

Siegfried Marcus-Straße 5, 7000 Eisenstadt

Tel.: 02682 631 16, Fax DW 3300

Regionalbüroleiter: Dr. Norbert Wanka DW 3111

Regionalbüro Oberösterreich

Blumauerstraße 47, 4020 Linz Tel.: 0732 76 33, Fax DW 4300

Regionalbüroleiter: Dir. Dr. Josef Striegl DW 4111

Regionalbüro Salzburg

Rainerstraße 25, 5020 Salzburg Tel.: 0662 87 45 91, Fax DW 5300

Regionalbüroleiter: Dir. Ing. Johann Mayr DW 5111

Regionalbüro Tirol

Fritz-Konzert-Straße 5, 6020 Innsbruck

Tel.: 0512 520 67, Fax DW 6300

Regionalbüroleiter: Mag. Martin Holas DW 6111

Regionalbüro Vorarlberg

Montfortstraße 9, 6900 Bregenz Tel.: 05574 49 24, Fax DW 7300

Regionalbüroleiter: Mag. Joachim Rhomberg DW 7111

Regionalbüro Steiermark

Dietrich-Keller-Straße 20, 8074 Raaba-Grambach

Tel.: 0316 343, Fax DW 8300

Regionalbüroleiter: Dr. Paul Tschuffer DW 8111

Regionalbüro Kärnten

Feldkirchner Straße 52, 9020 Klagenfurt am Wörthersee

Tel.: 0463 58 45, Fax DW 9300

Regionalbüroleiter: Dr. Arno Ladstätter DW 9111

*) Zwischen der Hauptstelle und dem Regionalbüro Niederösterreich/Wien besteht eine Bürogemeinschaft, deren Leitung durch die Direktion erfolgt.

Abteilungsstruktur der SVB: Ghegastraße 1, 1030 Wien, Tel.: 01 797 06

Chefärztlicher Dienst

Leitung: Chefarzt MR Dr. Karl Schmoll DW 2151, E-Mail: karl.schmoll@svb.at

Allgemeine Verwaltung (Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Weiterbildung, Versichertenservice)

Leitung: Dir.Rat Dr. Georg Schwarz DW 2201, E-Mail: georg.schwarz@svb.at

Beitragswesen

Leitung: Mag. Karin Goldenits

DW 2801, E-Mail: karin.goldenits@svb.at

Betriebsorganisation und Informatik

Leitung: Dir.Rat Ing. Rudolf Fink DW 1501, E-Mail: rudolf.fink@svb.at

Finanzwesen

Leitung: Mag. Robert Fischer

DW 1001, E-Mail: robert.fischer@svb.at

Koordinationsstelle Gesundheitseinrichtungen

Leitung: GF Dir. Reinhard Dür

DW 2131, E-Mail: reinhard.duer@svb.at

Leistungswesen 1 (Kranken- und Unfallversicherung, Rehabilitation und Gesundheitswesen)

Leitung: Dr. Leopold Wabro

DW 2401, E-Mail: leopold.wabro@svb.at

Leistungswesen Pensionsversicherung

Leitung: Dr. Harald Jilke

DW 2601, E-Mail: harald.jilke@svb.at

Personalwesen

Leitung: Dr. Wolfgang Dorner

DW 1201, E-Mail: wolfgang.dorner@svb.at

Rechtswesen

Leitung: Dir.Rat Dr. Christian Figl DW 1701, E-Mail: christian.figl@svb.at

Revision

Leitung: Mag. Klaus Gidl

DW 1401, E-Mail: klaus.gidl@svb.at

Sicherheit und Gesundheit

Leitung: Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Reeh DW 2301, E-Mail: gerhard.reeh@svb.at

Vertragspartnerwesen

Leitung: Mag. Franz Schweinberger

DW 1801, E-Mail: franz.schweinberger@svb.at

Wirtschaftswesen, SVD-Schnittstelle

Leitung: Josef Weidner

DW 1102, E-Mail: josef.weidner@svb.at

Stand: 1. Oktober 2017